

Oliver Decker · Johannes Kiess · Elmar Brähler

DIE MITTE IM UMBRUCH

RECHTSEXTREME EINSTELLUNGEN
IN DEUTSCHLAND 2012

Herausgegeben für die
Friedrich-Ebert-Stiftung
von Ralf Melzer



DIE MITTE IM UMBRUCH

Oliver Decker
Johannes Kiess
Elmar Brähler

DIE MITTE IM UMBRUCH

Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012

Unter Mitarbeit von
Benjamin Schilling und Peter Ullrich

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung
von Ralf Melzer



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-0429-7

Copyright © 2012 by Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn
Umschlaggestaltung: Jens Vogelsang, Aachen
Satz: Jens Marquardt, Bonn
Druck und Verarbeitung: Druckerei Braul, Berlin
Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2012

**FRIEDRICH
EBERT**
STIFTUNG

Forum Berlin

FES Projekt
GEGEN
RECHTS
EXTREMISMUS

Inhalt

Vorwort	7
1 Die Ergebnisse der »Mitte-Studien« 2002-2010 zu rechtsextremen Einstellungen und Strukturen	
Oliver Decker, Johannes Kiess, Elmar Brähler	10
2 Die Mitte im Umbruch – rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012	
Oliver Decker, Johannes Kiess, Elmar Brähler	24
2.1 Beschreibung der Methodik und Stichprobe	24
2.2 Verbreitung rechtsextremer Einstellung	28
2.3 Rechtsextreme Einstellung nach soziodemografischen Merkmalen	37
2.4 Rechtsextreme Einstellung im Zeitverlauf 2002-2012	48
2.5 Fazit.....	54
3 Politik und Leben in Deutschland 2012	56
3.1 Politische Einstellungen und wirtschaftliche Lage Johannes Kiess, Oliver Decker, Elmar Brähler	57
3.2 Judenfeindschaften – Alte Vorurteile und moderner Antisemitismus Peter Ulrich, Oliver Decker, Johannes Kiess, Elmar Brähler	68

3.3	Islamfeindschaft und Islamkritik	
	Oliver Decker, Benjamin Schilling, Johannes Kiess, Elmar Brähler	86
3.4	Politische Einstellungen bei Migrantinnen und Migranten	
	Oliver Decker, Johannes Kiess, Elmar Brähler	101
4	Zusammenfassung und Handlungsfelder	
	Johannes Kiess, Oliver Decker, Elmar Brähler	112
4.1	Die Ergebnisse	113
4.2	Handlungsfelder	117
	Glossar	127
	Literatur.....	131
	Die Autoren.....	141

Vorwort

Die drängende Aufarbeitung der rassistisch motivierten Mordserie des sogenannten »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) beschäftigt derzeit nicht nur parlamentarische Untersuchungsausschüsse, Staatsanwaltschaften und Polizei, sondern auch die Medien und die Öffentlichkeit. Zu wenig Beachtung findet allerdings häufig, dass es menschenfeindliches Denken und Rassismus in ihrer alltäglichen Ausprägung sind, die den Resonanzboden bilden für das Entstehen von organisiertem, gewalttätigem Rechtsextremismus. Gewöhnung und Abstumpfung vergiften schleichend das gesellschaftliche Klima: Die »Abwertung der Anderen«¹ beginnt ganz unspektakulär, unterhalb der Schwelle breiter öffentlicher Wahrnehmung.

Nach wie vor wird von manchen bestritten, dass Rechtsextremismus auf der Einstellungsebene kein Randproblem, sondern eines der Mitte der Gesellschaft ist. Dabei zeigen die seit 2002 unter wissenschaftlicher Leitung von Prof. Dr. Elmar Brähler und PD Dr. Oliver Decker vorgelegten und seit 2006 im Zweijahresrhythmus von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebenen »Mitte-Studien«, dass rechtsextremes Denken in allen Teilen der Gesellschaft in erheblichem Maße verbreitet ist.

Wie demokratiefähig ist also die Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2012 unter den Bedingungen anhaltender sozialer und politischer Deprivation? In welchen Formen findet politisches Engagement statt? Beeinflusst ein Migrationshintergrund das gesellschaftliche Partizipationsverhalten? Wie wirken sich Kontrollverlust der Politik und Bedrohungsge-

1 Andreas Zick, Beate Küpper, Andreas Hövermann, Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung, Berlin (Friedrich-Ebert-Stiftung) 2011.

fühle in Zeiten von Entsolidarisierung, Finanzkrisen und vielfältigen gesellschaftlichen Umbrüchen aus? Welche Rolle spielt Bildung für den Grad rechtsextremen Denkens? Inwieweit verstärken Phänomene der Moderne – wie Beschleunigung und Ungewissheit – die Entfremdung von der Demokratie?

Mit der aktuellen Studie liegt – erneut auf Basis repräsentativer bundesweiter Erhebungen – ein Barometer antidemokratischer Einstellungen vor. Im Gegensatz zu den früheren »Mitte-Studien« wurde bei der Auswertung erfasst, ob die Befragten einen Migrationshintergrund haben oder nicht. Erstmals in einer Studie dieser Reihe wurden sowohl primärer als auch sekundärer Antisemitismus differenziert nach verschiedenen Bevölkerungsgruppen ermittelt. Im Hinblick auf die Haltung zum Islam wiederum wird zwischen sachlicher Islamkritik und rassistischer Islamfeindlichkeit unterschieden. Neben der Interpretation der Zahlen und der Ursachenanalyse werden auch Konsequenzen und Handlungsfelder diskutiert, die sich aus den empirischen Befunden ableiten lassen. Und Handeln auf allen Ebenen – ob in der politischen Bildungsarbeit, in Medien, Zivilgesellschaft und demokratischen Parteien – ist dringend geboten, denn die Zustimmung, die rechtsextreme Aussagen in der deutschen Bevölkerung finden, ist in vielerlei Hinsicht beunruhigend.

Gegenüber der vorangegangenen Studie »Die Mitte in der Krise« aus dem Jahr 2010 ist in Deutschland insgesamt der Prozentsatz derer, die über ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild verfügen, von 8,2 auf 9 Prozent angestiegen. Die Ergebnisse der vorliegenden Studie zeigen, wie wichtig wissenschaftliche Analyse, Information und Sensibilisierung bleiben. Darüber hinaus sind neue Formen zivilgesellschaftlichen Engagements sowie schulischer und außerschulischer Vermittlung gefragt, um der Herausforderung Rechtsextremismus erfolgreich begegnen zu können. Für die Friedrich-Ebert-Stiftung wird die Auseinandersetzung mit diesem Problembereich auch weiterhin ein Arbeitsschwerpunkt sein.

Der herzliche Dank des Herausgebers gilt an dieser Stelle vor allem dem Autorenteam sowie Dipl.-Math. Gabriele Schmutzer, in deren bewährter

Zuständigkeit die Datenberechnungen lagen, und Diana Pätz M.A. für das Korrekturlesen. Ein ebenso herzlicher Dank für gute Zusammenarbeit geht an die Kolleginnen und Kollegen des Verlags J.H.W. Dietz Nachf., Bonn, namentlich Hilde Holtkamp und Alexander Behrens.

Berlin, im Oktober 2012

Dr. Ralf Melzer

Leiter des Projekts »Gegen Rechtsextremismus«
im Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung

1. Die Ergebnisse der »Mitte-Studien« 2002-2010 zu rechtsextremen Einstellungen und Strukturen

Oliver Decker, Johannes Kiess, Elmar Brähler

Seit der Veröffentlichung der letzten »Mitte-Studie« im Jahr 2010 hat eine Reihe einschneidender Ereignisse die bundesrepublikanische Politik und Öffentlichkeit aufgeschreckt: Nach einem Bankraub im November 2011 in Jena kamen die beiden Täter – wahrscheinlich durch Suizid – in einem Wohnmobil zu Tode, das in der Nähe des Tatorts für die Flucht abgestellt worden war. Dieses Wohnmobil hat die Polizei auf ihre Spur geführt, denn es war nicht der erste Banküberfall dieser Art. Aber was die ermittelnden Beamten zum damaligen Zeitpunkt wahrscheinlich nicht wussten und der Öffentlichkeit noch unbekannt war: Mit diesem Suizid fand eine Terrorwelle mit mindestens zehn Toten ihr Ende. Über einen Zeitraum von mehr als zehn Jahren sind im gesamten Bundesgebiet nicht nur systematisch Morde an Migrantinnen und Migranten verübt worden. Auch eine Reihe von Anschlägen wird dem Trio zugeordnet, welches sich selbst den Namen »Nationalsozialistischer Untergrund« (»NSU«) gab und in der medialen Öffentlichkeit seitdem als »Zwickauer Terrorzelle« firmiert.

In welchem Umfang das Bundesamt für Verfassungsschutz, die Landesämter für Verfassungsschutz und andere Geheimdienste Hinweise über die tatsächlichen Motive dieser Attentatsserie hatten, ist eine Frage, mit der sich ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss des Bundestages beschäftigt. Die Aufklärung ist durch die systematische Vernichtung von Akten bei einigen der involvierten Sicherheitsbehörden nicht leichter geworden. Wie beim NPD-Parteiverbotsverfahren, so stellt sich auch hier die Frage, ob und wie weitgehend die rechtsextremen Organisations-

strukturen des »NSU« von Bundes- oder Landesbehörden stillschweigend gedeckt oder sogar finanziell unterstützt worden sind. Unsere Forschungsergebnisse haben in der Vergangenheit immer wieder deutlich gemacht, wie stark rechtsextreme Einstellungen von großen Teilen der Bevölkerung geteilt werden. Geht man von der These aus, dass sich unter den Angehörigen demokratischer Institutionen dieselben Einstellungen wiederfinden lassen wie in der Bevölkerung, und dies mit dem gleichen Verbreitungsgrad, so muss man stark annehmen, dass auch die Sicherheitsbehörden keine Insel der Seligen sein können. Zugespitzt gefragt: Inwieweit haben sich dort aus mangelhaftem demokratischen Selbstverständnis und ebenso mangelhafter demokratischer Kontrollmöglichkeit Parallelstrukturen gebildet, für die die rechtsextreme Szene nicht nur ein Verbündeter im Geiste war?² Leider können wir diese wichtige Frage hier nicht beantworten. Selbst wenn die Verflechtungen am Ende der Untersuchung weniger skandalös sein sollten, als derzeit vermutet werden muss, stellt sich die Frage, wozu der Verfassungsschutz da ist, wenn er eine solche Mordserie nicht verhindern oder zumindest aufdecken kann. Aber nicht nur der Verfassungsschutz, auch die polizeilichen Ermittlungen und die öffentliche Wahrnehmung gingen an der Realität vorbei. Anstelle einer mordenden Bande rechtsextremer Deutscher wurde eine Fehde unter Ausländern vermutet. Der Name der Ermittlungsgruppe »Bosporus« oder die in den Medien flink vergebene Bezeichnung »Döner-Morde« machen deutlich: Die Wahrnehmung des Verbrechens war selbst durch rassistische Stereotype verzerrt. Der demokratischen Öffentlichkeit bzw. den Orten, wo diese Stereotype manifest werden, Tageszeitungen, Fernsehen, Rundfunk, ist es nicht gelungen, staatliches Handeln einer medialen Kontrolle zu unterwerfen. Dabei gehört die öffentliche Meinungsbildung zu den integralen Bestandteilen der Demokratie.

Dass etwas nicht stimmt in der staatlichen Wahrnehmung rechter Gewalt, zeigt auch ein Blick auf die – seit langem kritisierten – offiziellen Statistiken von Polizei und Verfassungsschutz. Während der Tagesspiegel vom

2 An dieser Stelle sei auf die, wohl nicht einmalige enge Verflechtung von rechtsextremen Organisationen und geheimdienstlichen Strukturen in Europa verwiesen (Ganser 2008).

31.05.2012 von 149 Todesopfern durch rechte Gewalt seit der Wiedervereinigung schreibt³ und die Amadeu-Antonio-Stiftung im November des vorangegangenen Jahres gar 182 Todesopfer zählte⁴, ging die Bundesregierung noch 2009 von 46 aus.⁵ Unter dem Eindruck der »NSU«-Affäre wurde die Zahl inzwischen auf 58 korrigiert, was aber an den grundsätzlich fragwürdigen Kriterien dieser Zählweise nichts ändert. Wenn auch die direkte Unterstützung der Terrorgruppe noch unklar ist und die strafrechtliche Aufarbeitung ihrer Taten aussteht: Die Auseinandersetzung muss selbstverständlich den Stand des öffentlichen Bewusstseins einschließen. Welchen Nährboden und Hintergrund bietet die Gesellschaft einem rechts-extremen Weltbild, das offenbar eine Legitimation dafür liefert, Menschen, auf die man aus diffusen Gründen seinen Hass projiziert, zu ermorden?

Organisierter Rechtsextremismus

Die Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland weist unterschiedliche Etappen auf, die sich entlang strategischer Optionen, Kampagnenthemen und wechselnder Organisationsformen differenzieren lassen. Zum Beispiel lassen sich zwei ideologische Traditionslinien des Rechtsextremismus ausmachen (deutsch-national und neonazistisch), die beide jeweils über eigene populistische Themen verfügen (Stöss 2010, 29). Neben diesen beiden Linien existiert noch eine Fülle von deskriptiven Kennzeichen zur Beschreibung rechtsextremer Gruppierungen in der aktuellen politischen Situation. Hier sollen nur einige Punkte herausgegriffen werden. Von den strategischen Optionen des Rechtsextremismus fallen in jüngerer Zeit vor allem zwei ins Auge, eine politische Opposition innerhalb des »Systems« und eine offen gegen das »System« kämpfende. Mit der politischen Opposition innerhalb des Systems versuchen rechtsextreme Parteien, auf legalem Wege eine Machtstellung innerhalb der parlamentarischen Demokratie zu erringen. Seit den 1990er Jahren sind hierbei insbesondere die Nationaldemokratische

3 <http://www.tagesspiegel.de/politik/rechtsextremismus/toedlicher-hass-149-todesopfer-rechter-gewalt/1934424.html>

4 <http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/chronik-der-gewalt/todesopfer-rechtsextremer-und-rassistischer-gewalt-seit-1990/>

5 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/16/141/1614122.pdf>

Partei Deutschlands (NPD) und die Deutsche Volksunion (DVU) erfolgreich gewesen, die zeit- und ortsgebundene Bündnisse eingingen und seit Ende 2010 eine Fusionierung anstreben.⁶ Sichtbarste Folge dieser zunächst gerichtlich verhinderten Fusion ist die Änderung des Namenszusatzes der NPD von »Die Nationalen« in »Die Volksunion«.

Wahrscheinlich war es vor allem diesem erfolgreichen Themenwechsel geschuldet – weg von revisionistischen Themen hin zu sozialpolitischen und globalisierungskritischen (Grumke 2009) –, dass beiden Parteien der Einzug in zahlreiche Landesparlamente gelang: der DVU zunächst in Westdeutschland, der NPD dann auch in Ostdeutschland (Stöss 2010, 86). Es wurden vor allem Themen besetzt, die als Brücke zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus innerhalb der rechten Flügel der demokratischen Parteien fungieren konnten. Hierzu zählen neben sozialpolitischen Themen auch islamfeindliche Kampagnen und sogenannte »ethnopluralistische Positionen«. Als »moderne« Spielart des Rassismus finden diese ihre Begründung weniger in der biologistischen Kategorie der »Rasse« oder der Annahme einer Höher- und Minderwertigkeit einzelner »Rassen«; diese biologistische Kategorie wurde abgelöst durch eine kulturalistische Begründung der Ressentiments, die von der Höher- oder Minderwertigkeit einer Kultur ausgeht und – analog zum biologistischen Rassenbegriff – unterstellt, dass eine Vermischung der Kulturen zu Lasten beider ginge. Wie tragfähig die Brückenfunktion dieser kulturalistischen Argumentation ist, wird daran deutlich, dass bis in demokratische Parteien hinein die Ansicht geteilt wird, es gebe ein kulturelles Gefälle zum Islam, der zudem eine Bedrohung darstelle. Mittlerweile ist ein von Frauen getragenes Kopftuch für viele in Deutschland ein stark mit Resentiments aufgeladenes Symbol für die scheinbare Rückständigkeit der Menschen aus islamisch geprägten Kulturkreisen.

Als Gewinner einer solchen Verschiebung des rassistischen Diskurses in die Mitte der Gesellschaft dürfen vor allem neue rechtspopulistische Par-

6 Verfassungsschutzbericht des Landes NRW, S. 16 (http://www.mik.nrw.de/fileadmin/user_upload/Redakteure/Verfassungsschutz/Dokumente/Verfassungsschutzbericht_2010.pdf).

teien gelten wie PRO Köln oder PRO NRW. Beide werden vom Verfassungsschutz beobachtet, und auch hier können Bündnisbildungen festgestellt werden, etwa Annäherungen zu den Republikanern. Allerdings: Bei der offen gegen das System kämpfenden politischen Opposition gilt die NPD als das »Gravitationszentrum« des Rechtsextremismus in Deutschland, wie es das Bundesamt für Verfassungsschutz formulierte. Nicht nur die Hegemonie im rechtsextremen Parteienspektrum rechtfertigt eine solche Einordnung. Der NPD gelang es vor allem durch ihre Jugendorganisation der Jungen Nationalen (JN), offen antidemokratische und gewaltbereite Kräfte an die Partei zu binden und so auch in dieser Richtung zeitweilig eine Brückenfunktion wahrzunehmen. Diese Brücke führte zu neonazistischen Gruppierungen, die sich dezentral organisiert und durch Personen, die in beiden Gruppierungen aktiv sind, Anschluss an die NPD gefunden haben. Dadurch wurde diese Partei auch für gewaltorientierte Personen attraktiv. Zumeist aus der rechtsextremen Subkultur stammende Gruppierungen, wie etwa Kameradschaften, Freie Nationalisten, Autonome Nationalisten oder andere dezentrale Organisationsformen, gingen auf diesem Weg Bündnisse mit der NPD ein, wodurch sich vor allem die lokale Verankerung der NPD verbesserte. Die derzeit bundesweit etwa 1.000 »Autonomen Nationalisten« rekrutieren sich aus dem Altersspektrum von 16 bis 26 Jahre und sind vor allem in Westdeutschland, besonders im Ruhrgebiet und im Rheinland, aktiv (Peters & Schulze 2009, 11). Die »Erlebniswelt Rechtsextremismus« ist attraktiver denn je, und Jugendliche sind die wichtigste Zielgruppe (Glaser & Pfeiffer 2007).

Beide neonazistischen Gruppen sind dabei, sich auf lokaler Ebene zu stabilisieren (Peters & Schulze 2009, 15). Durch die dezentrale und nicht-institutionalisierte Organisationsform – »Organisieren ohne Organisation« – weisen sie eine deutlich höhere Resistenz gegen staatliche Repression auf, und mit ihren Gewalttaten gegen Einrichtungen und Personen gewinnen sie offensichtlich eine gewisse Attraktivität.⁷ Es scheint, dass die

7 Verfassungsschutzbericht 2010 des Landesamtes für Verfassungsschutz NRW (http://www.mik.nrw.de/fileadmin/user_upload/Redakteure/Verfassungsschutz/Dokumente/Verfassungsschutzbericht_2010.pdf, S. 15/16) und Bundesverfassungsbericht 2010 (<http://www.verfassungsschutz.de/de/publikationen/verfassungsschutzbericht/>, S. 65/66).

Freien Kräfte dauerhaft, wenn auch unterschiedlich stark ausgeprägt, in der Lage sind, überregionale Bündnisse einzugehen und damit für Aktionen einen hohen Mobilisierungsgrad zu erreichen (Hoffmann 2010).

Insgesamt wirkt die rechtsextreme Szene und Parteienlandschaft bundesweit noch so, als sei sie in einer Phase der Neuorganisation begriffen. Die Bündelung der antidemokratischen Kräfte in einer rechtsextremen oder rechtspopulistischen Partei ist in Deutschland – anders als in den meisten europäischen Nachbarländern – noch nicht gelungen (Globisch, Pufelska & Weiß 2011). Da in diesen Staaten mit ähnlich gelagerten Themen (Zick, Küpper & Wolf 2009) dauerhaft große Wähleranteile gebunden werden konnten, muss die derzeitige Lage in Deutschland auch als Konsolidierungsphase der rechtsextremen Szene aufgefasst werden. Bislang nur mäßig erfolgreiche Etablierungsversuche, wie die Gründung der Partei »Freiheit«, scheinen das zu bestätigen.

Dass aus dem Fehlen einer gut organisierten und damit täglich sichtbaren rechtsextremen Partei keineswegs geschlossen werden darf, es gebe in großen Teilen der Gesellschaft keinen Rechtsextremismus, wurde unter anderem durch frühere »Mitte-Studien« mehrfach belegt. Rechtsextreme Einstellungen finden sich, je nach Dimension, bei 5% bis 30% der Bevölkerung, ein gefestigtes rechtsextremes Weltbild bei jedem und jeder zehnten Deutschen. Die Zahlen, die den »Mitte-Studien« zugrunde liegen, haben neben der Ausprägung rechtsextremer Einstellung noch ein anderes Ergebnis zu Tage gefördert, das hier Relevanz besitzt: Der manifeste und organisierte Rechtsextremismus ist eingebunden in ein breites Umfeld von latentem Rechtsextremismus.

Mitte und Rechtsextremismus – Die Begriffe

Die Begriffe »Rechtsextremismus« und »Extremismus« sind umstritten (Decker et al. 2010a; Buck et al. 2011). Das liegt vor allem daran, dass sie aus der verfassungsrechtlichen Praxis stammen. Sie sind geprägt durch die Staatsrechtslehre und einschlägige Gerichtsurteile, etwa die des Bundesverfassungsgerichts zum Verbot der Sozialistischen Reichspartei (SRP) oder der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) aus den 1950er

Jahren. In dieser Tradition basiert die Vorstellung von »Extremismus« auf dem politischen Konzept der »wehrhaften Demokratie«, das die Bedrohung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung über Verfassungsfeindlichkeit definiert.

Auch in den Sozialwissenschaften hat sich der Begriff weitgehend durchgesetzt, doch zeichnet er sich hier durch eine große Bedeutungsvielfalt aus. Der wissenschaftliche Sprachgebrauch weist in nur 13 Studien genau 37 unterschiedliche Bedeutungen für Rechtsextremismus auf (Druwe 1996), auch wenn diese gewisse inhaltliche Schnittmengen haben. Umso wichtiger ist es, in Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Konzepten eine eindeutige Begriffsdefinition zu entwickeln, d.h. das zu untersuchende Problem klar zu benennen (Kiess 2011).

Erstens birgt der Rechtsextremismusbegriff eine Sprachproblematik. Extremismus verlangt einen Gegenbegriff, zum Beispiel »Normalität« (Klärner 2006, 16). Diese Konstruktion hat zur Folge, dass eine Mitte und ihr monopolisiertes Demokratieverständnis (Kopke & Rensmann 2000, 1451) idealisiert werden, ohne dieses Demokratieverständnis und diese Mitte selbst zu thematisieren. Die Bedrohung der Demokratie kommt in diesem Sinne also von den »Rändern« der Gesellschaft her, eben von »Extremisten«. Die »Mitte-Studien« aber weisen regelmäßig darauf hin, dass dies ein Trugschluss ist: Gefahr droht aus der »Mitte« selbst, in der rechtsextreme Einstellung, autoritäre Phantasien und mangelndes demokratisches Bewusstsein weit verbreitet sind.

Damit verbunden und fest in der verfassungsrechtlichen Definition verwurzelt ist, zweitens, die Links-Rechts-Dichotomie des Extremismusbegriffs. Wieder treffen wir auf eine (gedachte) Mitte, von der aus die politischen Ränder »links« und »rechts« gleich weit entfernt sind (u.a. Link 1991, 19). Die Gleichsetzung von rechts und links ist ideologisch geleitet, analytisch irreführend und inhaltlich fragwürdig. Auf den Punkt gebracht: »Rechtsextremismus strebt die Beseitigung der Demokratie, der Sozialismus jedoch die Abschaffung des Kapitalismus an«. Beide – und also »links« und »rechts« – sind deshalb nicht auf die selbe Stufe zu stel-

len (Stöss 1989, 18). Während die sehr heterogenen gesellschaftlichen Gruppen, die gewöhnlich als »linksextrem« bezeichnet werden, nicht von einer radikalen Ungleichheitsvorstellung getragen werden, sondern von der Radikalisierung des Egalitätsgedankens, stellen wir beim Rechtsextremismus eben dies als verbindendes Element fest (Heitmeyer 2002). Da aber Egalitätsvorstellungen Kennzeichen der liberalen Demokratien seit der Französischen Revolution sind, zeigt sich das Problem des Extremismus-Begriffs unter anderem sehr deutlich bei den als »linksextrem« Bezeichneten: Diese verstehen »sich selbst fast durchgängig als demokratisch orientiert und akzeptieren zu 94 Prozent das Grundgesetz« (Neugebauer 2000, 24 f.). Der Extremismusbegriff und die ihm zugrunde liegende Extremismustheorie werden wegen ihrer Eindimensionalität der »gesellschaftlich-politischen Wirklichkeit kaum gerecht«, weshalb sie in der Forschung auch eher Ablehnung erfahren (vgl. Kowalsky & Schröder 1994; Neugebauer 2000, 13; Stöss 2010).

Außerdem wird die Gleichsetzung von »rechts« und »links« sowie die Konstruktion einer »Mitte« mitunter von rechter Seite instrumentalisiert – ein Jugendprojekt gegen Rechts müsse auch gegen Linksextreme sein, argumentieren nicht nur lokale NPD-Politiker gerne (Schickert 2010). Und nicht nur im ländlichen Raum und unter konservativen Kommunalpolitikern gelten Protestaktionen gegen Rechts als mindestens so gefährlich und zu vermeiden wie marschierende Neonazis selbst.

Um den Rechtsextremismusbegriff angesichts der aufgezeigten Probleme dennoch wissenschaftlich zu verwenden, orientieren sich die »Mitte-Studien« zum einen an Seymour Martin Lipset, der »Extremismus« als Antithese zum Pluralismus auffasst und den Extremismusbegriff nicht an die Pole des Links-Rechts-Spektrums gebunden sieht (Lipset 1959), zum anderen an der Studie »The Authoritarian Personality« (Adorno et al. 1950), die den autoritären/faschistischen dem demokratischen Charakter gegenüberstellt. Anstelle der Dichotomie extremistisch vs. gesellschaftliche Mitte (oder der Konstruktion Links-Mitte-Rechts) operieren wir mit der Dichotomie rechtsextrem/antidemokratisch vs. demokratisch. Hierfür werden nicht nur die abstrakte Ablehnung einer bestimmten

Form von Demokratie, sondern auch konkrete Einstellungen (u.a. Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Ausländerfeindlichkeit) zum Phänomen »rechtsextreme Einstellung« zusammengeführt. Darüber hinaus werden autoritäre Aggressionen und die projektive Aufladung von Menschen als »Fremde« oder »Andere« zum Gegenstand der »Mitte-Studie«. Die Orientierung an den grundlegenden Überlegungen der Studien zum Autoritären Charakter hat zur Folge, dass dieses Einstellungsbündel in diesem Sinne auch summarisch und synonym als »antidemokratisch« bezeichnet wird.

Schließlich lehnen wir uns an die Rechtsextremismusdefinition von Wilhelm Heitmeyer an, der zwischen rechtsextremer Handlung (insbesondere Gewalt) und Einstellung differenziert (Heitmeyer 1987). Auch wir unterscheiden zwischen der rechtsextremen Einstellung und dem tatsächlich gezeigten Verhalten (Decker, Brähler & Geißler 2006). »Rechtsextreme Einstellung« definieren wir⁸ wie folgt: »Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozial-darwinistische Einstellungen.«⁹

Die »Mitte-Studien« – ausgewählte Befunde

Bevor wir zur aktuellen »Mitte-Studie« des Jahres 2012 kommen, wollen wir kurz ausgewählte Ergebnisse der vergangenen Studien vorstellen. Damit sollen unsere Leserinnen und Leser auf spezifische Fragestellungen vorbereitet werden. Wie in den Jahren zuvor musste mit der Erhe-

8 An der Definition waren beteiligt: Elmar Brähler (Leipzig), Michael Edinger (Jena), Jürgen Falter (Mainz), Andreas Hallermann (Jena), Joachim Kreis (Berlin), Oskar Niedermayer (Berlin), Karl Schmitt (Jena), Siegfried Schumann (Mainz), Richard Stöss (Berlin), Bettina Westle (Erlangen), Jürgen Winkler (Mainz).

9 Auf diese Definition geht auch die Entwicklung des in den »Mitte-Studien« eingesetzten Fragebogens zum Rechtsextremismus zurück.

bung 2010 auch der hohe Sockel rechtsextremer Einstellungen dokumentiert werden (vgl. Tabelle 1).

Rechtsextreme Einstellungen in West- und Ostdeutschland 2010

(in Prozent)

Tabelle 1

	Gesamt (N=2.411)	West (N=1907)	Ost (N=504)
Befürwortung Diktatur	5,1	4,6	6,8
Chauvinismus	19,3	19,2	19,8
Ausländerfeindlichkeit	24,7	21,9	35
Antisemitismus	8,7	9	7,7
Sozialdarwinismus	4	3,4	6,2
Verharmlosung des Nationalsozialismus	3,3	3,7	1,8

Neben diesem Befund, der differenziert in der Publikation aus demselben Jahr dargestellt ist, wurden auch weitere Bedingungsfaktoren und Erscheinungsformen der antidemokratischen Einstellung beschrieben. Es kristallisierten sich über die Dauer der Studie immer mehr aktuelle Themenfelder heraus, die für eine zivilgesellschaftliche Stärkung der Demokratie von zentraler Bedeutung sind.

Stigmatisierung und Ausgrenzung

Wir haben bereits in einer früheren Studie festgestellt, dass ein allgemeiner Stigmatisierungsdruck den Hintergrund der besonderen Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten bildet (Decker et al. 2008). Das betraf nicht nur die Stigmatisierung von Randgruppen, sondern war eine Erfahrung, die fast alle Mitglieder einer Gesellschaft in der einen oder anderen Weise kannten und fürchteten. Es gab neben den »äußeren Fremden« (Migrantinnen und Migranten, Nationen) auch »innere Fremde« (Erdheim 1985, 261). Damit wurde deutlich, dass der Begriff »Desintegration« den Stigmatisierungsprozess nur zum Teil korrekt beschreibt und gerade den sozialen Aspekt übergeht: Goffman (1963) und auch Pettigrew und Meertens (1995) beschrieben den Ausschluss aus einer »In-Group« zwar als sozialen Prozess, und die Desintegrationsforschung schließt beim Ver-

such, rechtsextreme Einstellung mit der Angst vor Desintegration zu begründen, an solche Überlegungen an (Heitmeyer & Mansel 2008). Betrachten wir aber das soziale Geschehen, spricht man treffender von einem Einschluss der Stigmatisierten. Im sozialen Raum gibt es kein Drinnen und Draußen, daher kann es im Sinne des Wortes keinen Ausschluss geben: »Alles ist drin im Raum« (Waldenfels 1990, 29; vgl. auch Luhmann 1994).

Dabei konnten wir beobachten, dass »negative sozialräumliche Verdichtungen« (Hüpping & Reinecke 2007, 78) nicht nur zwischen ökonomisch aufwärtsstrebenden, relativ gleichbleibenden sowie abwärtsdriftenden Regionen zu verzeichnen sind, sondern auch in ihnen. Soll heißen: Auch in sozioökonomisch stabilen oder aufwärtsstrebenden Regionen entwickeln sich soziale Räume relativer Deprivation und Stigmatisierung mit jener paradoxen Wirkung von psychischem Ausschluss und sozialem Einschluss. Diese Entwicklung ist in mehrfacher Hinsicht problematisch. Die Bereitschaft, andere als Träger eines Stigma wahrzunehmen, sie zur Projektionsfläche von Ressentiments und in letzter Konsequenz zu Objekten der Verfolgung zu machen, muss in einer Gesellschaft, die sich als aufgeklärt und zivilisiert versteht, unmittelbar großen Anstoß erregen, sobald Menschen Gewalt ausgesetzt sind, die von anderen Mitgliedern der Gesellschaft ausgeübt oder stillschweigend geduldet wird.

Wenn ganze Bevölkerungsgruppen von der gleichberechtigten Teilhabe am sozialen (und dabei langfristig oft auch politischen) Leben ausgeschlossen werden, ist ein zentrales Versprechen der modernen Demokratie gebrochen. Die daraus resultierende Legitimationskrise der Demokratie artikuliert sich in vielfältigen »Bedrohungen der Demokratie«, Vertrauensverlust gegenüber Institutionen, Entsolidarisierung, Politikverdrossenheit (Brodocz, Llanque & Schaal 2008). Schließlich werden sozialdarwinistische Einstellungsmuster so nicht nur legitimiert, sondern kommen in diesen Prozessen selbst zum Ausdruck.

Demokratie und Partizipation

Das Gegenstück zur rechtsextremen Einstellung, folgen wir der oben entwickelten Dichotomie, ist eine demokratische. Deshalb haben wir auch in der vorangegangenen »Mitte-Studie« in leichter Abwandlung der Worte Willy Brandts »Noch! Mehr Demokratie wagen!« gefordert. Blicken wir allerdings auf die Ergebnisse früherer Untersuchungen, wird deutlich, dass sich diese Forderung nicht nur an die Politik, sondern auch an die Bürgerinnen und Bürger und die Öffentlichkeit (die Medien) richten muss. In Gruppendiskussionen (Decker et al. 2008) konnten wir jedoch feststellen, dass »Demokratie« und »Politik« von vielen Teilnehmenden nicht als etwas begriffen werden kann, an dem sie beteiligt sind. Es sind Regierungen oder Politikerinnen und Politiker, die handeln; die einzig wahrgenommene Partizipationsmöglichkeit besteht in den Wahlen, und diese werden in den Gruppendiskussionen entwertet. Regelmäßig geben die Befragten an, weder einen Sinn darin erkennen zu können, sich politisch zu engagieren, noch das Gefühl zu haben, Einfluss auf die Regierung nehmen zu können (Decker et al. 2010). Dieses Phänomen ist stabil – und hier scheint ein großes Bedrohungspotenzial für die demokratische Verfasstheit der Gesellschaft zu liegen. Bei einer Verschärfung gesellschaftlicher – nicht nur ökonomischer – Krisen wird die Befürwortung antidemokratischer Regierungsformen manifest (Decker et al. 2010).

Die geringe Identifikation mit der Demokratie muss auch deshalb beunruhigen, weil sie an der Legitimation der Demokratie nagt. Nur eine gelebte Demokratie, in der Teilhabe nicht nur formal vorgesehen ist, liefert langfristig und klassenübergreifend die Stabilität, die sie zur bevorzugten Gesellschaftsform macht. Rechtsextremismus und seine Wurzeln sind nicht nur ein normatives Problem. Ohne aktive Teilhabe und Nutzung und ohne eine demokratische Einstellung in der Bevölkerung ist aber die Demokratie gefährdet.

Kommunikationslatenz und Antisemitismus

In der Studie »Die Mitte in der Krise« zeigten sich Hinweise für das Fortbestehen des Antisemitismus nicht nur in der entsprechenden Dimension des Rechtsextremismusfragebogens. 8,7% der Bundesdeutschen, 9% in

Westdeutschland und 7,7% in Ostdeutschland, waren manifest antisemitisch eingestellt. Im Osten nahm der Antisemitismus auf der Ebene einzelner erfasster Aussagen sogar deutlich zu. Darüber hinaus wurde in der Analyse der Daten klar, dass neben dem klassischen, primären Antisemitismus noch weitere Ebenen existieren, auf denen sich antisemitische Ressentiments äußern können – so im Antiamerikanismus und in bestimmten Formen der Kapitalismuskritik. Zwar werden in Deutschland wie in den meisten westeuropäischen Ländern öffentliche antisemitische Äußerungen in der Regel sozial sanktioniert (Beyer & Krumpal 2010). Das heißt aber nicht, dass solche Ressentiments nicht weit verbreitet wären. Denn zum einen werden sie oftmals nicht offen zu erkennen gegeben (Kommunikationslatenz) (Bergmann & Erb 1986), sondern z.B. über anti-kapitalistische Äußerungen. Zum anderen gibt es auch einen sekundären Antisemitismus, der sich sein Potential aus dem Bemühen um eine Relativierung deutscher Verbrechen im Zweiten Weltkrieg und der Shoah speist. »Antisemitismus ist weder primär als historisches Phänomen noch vorrangig als eine Einstellung von Extremisten zu bewerten [...], sondern stellt ein spezifisches Vorurteilssystem dar, dessen Stereotype und negative Abwehrgefühle auch in weiten Teilen der bürgerlichen Mitte verankert sind« (Schwarz-Friesel, Friesel & Reinharz 2010). Einerseits äußert sich die Kommunikationslatenz des Antisemitismus also in einer »Umwegkommunikation«, in anti-amerikanischen oder anti-israelischen Stereotypen. Andererseits gewinnt der sekundäre Antisemitismus zunehmend an Bedeutung, um den Konsens gegen den Antisemitismus zu umgehen (Imhoff 2010).

Narzisstische Plombe und Wirtschaft

Häufig belegt ist der Zusammenhang zwischen einer wirtschaftlich schlechten Lage – wissenschaftlich auch als wirtschaftliche Deprivation bezeichnet – und einer rechtsextremen, menschenfeindlichen Einstellung. Überraschenderweise ist es aber weniger die individuelle wirtschaftliche Deprivation, sondern stärker die negative Einschätzung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland insgesamt, die mit einer rechtsextremen Einstellung zusammenfällt. Wie kann das erklärt werden? Menschen identifizieren sich mit Autoritäten umso leichter, je eher sie sich

ihnen in einer hierarchischen Gesellschaft ohnehin fügen müssen. Die Autorität muss nicht immer eine Person sein. Hauptsache ist, dass sie stark ist und durch den Identifikationsprozess etwas von ihrem hellen Licht auch auf den kleinsten Anhänger fällt. Aus dieser Identifikation – etwa mit einer starken »Exportnation Deutschland« – erwächst eine Gratifikation, die für die eigene Unterwerfung und die individuell weniger günstige wirtschaftliche Lage entschädigt. Diese Gratifikation ist eine narzisstische Ersatzbefriedigung und entlastet den Einzelnen. Hier werden Ursprung und das Potenzial eines weitverbreiteten Chauvinismus deutlich. Mit der Überhöhung des Wir geht die »Abwertung der Anderen« (Zick, Küpper & Hövermann 2011) Hand in Hand, und die Aggressionen richten sich gegen Schwächere und Fremde.

Das Bild des Führers ist zwar der Prototyp einer Identifikationsfigur, doch die Identifikation mit ihm lässt sich in einer demokratischen Gesellschaft durch etwas Abstrakteres wie Nationalstolz, starke D-Mark oder Kapitalismus ersetzen (Marcuse 1963). Genau diese Entwicklung haben wir in unserer Studie 2008 dokumentiert, 2010 bestätigt gefunden und mit der Denkfigur vom Wohlstand als »narzisstischer Plombe« beschrieben. Solange der eigene Wohlstand oder zumindest die Aussicht darauf, am doch wachsenden Gesamtwohlstand teilhaben zu können, nicht erschüttert ist, bleiben die Aggressionskanäle noch verstopft. Bröckelt jedoch die Gewissheit um das Wohlergehen des Ganzen, so werden eben die Gesellschaftsschichten, die sich Hoffnung auf Teilhabe an »ihrer« Autorität auch im materiellen Sinne machen konnten, die sogenannten »Mittelschichten«, zur Gefahr für die Demokratie. Rechtsextremismus lässt sich, ob in seinen vielfältigen Erscheinungsformen auf der Verhaltensebene – wir erinnern uns an die Themenwechsel rechtsextremer Parteien – oder auf der Einstellungsebene, nicht von den »sozioökonomischen Rahmenbedingungen ablösen, sondern nur im Kontext einer größeren Weltmarktdynamik verstehen« (Butterwegge 2008). Mit dem oft schillernden Begriff des Neoliberalismus verbinden sich vielfältige Beschreibungen ökonomischer Landnahme. Zu Recht wird die »Recodierung von Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnissen auf der Grundlage einer neuen Topografie des Sozialen« (Bröckling, Krasmann & Lemke 2000, 32) thematisiert und kritisiert.

2. Die Mitte im Umbruch – rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012

Johannes Kiess, Oliver Decker, Elmar Brähler

In diesem Kapitel geben wir zunächst die Ergebnisse unserer Befragung zur rechtsextremen Einstellung deskriptiv wieder. Am Beginn stehen Methodik und Stichprobe unserer repräsentativen Datenerhebung 2012 (Sample-Points, soziodemografische Merkmale etc.). Dazu wird der eingesetzte Fragebogen vollständig dargestellt (Rechtsextremismusfragen inklusive Antwortverteilung). Danach werden die aktuellen Ergebnisse zur Verbreitung rechtsextremer Einstellungen auf der Ebene der einzelnen Fragen (Items) sowie aufgeschlüsselt nach verschiedenen Einstellungsdimensionen grafisch aufbereitet. Es folgt eine Differenzierung der Zustimmung in den einzelnen Dimensionen nach soziodemografischen Merkmalen (Ost-/Westdeutschland, Bildung, Geschlecht, Erwerbsstatus, Alter, Parteipräferenz und Kirchenzugehörigkeit). Abschließend steht ein Vergleich der Ergebnisse von 2012 mit den Daten, die wir in den Jahren 2002, 2004, 2006, 2008 und 2010 erhoben haben, um Erkenntnisse über die rechtsextreme Einstellung im Zeitverlauf zu gewinnen.

2.1 Beschreibung der Methodik und Stichprobe

Die den folgenden Ergebnissen und Berechnungen zugrunde liegende Erhebung ist im Sommer 2012 durch das Meinungsforschungsinstitut USUMA (Berlin) im Auftrag der Universität Leipzig und mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführt worden. Um die Repräsentativität der Stichprobe zu gewährleisten, wurde die besiedelte Fläche der Bundesrepublik Deutschland zunächst in Stichprobenflächen (Sample-

Points) aufgeteilt. Jeder Sample-Point ist räumlich überschneidungsfrei definiert, wobei das Ziel war, möglichst homogene, zumindest aber mengenmäßig möglichst gleich große Sample-Points zu erreichen. Je Sample-Point sollten räumlich eng zusammenhängende Gebiete erfasst werden. Für dieses Vorgehen stehen die Stichproben der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Meinungsforschungsinstitute (ADM) zur Verfügung. Das weitere Auswahlverfahren ist dreistufig und lässt sich wie folgt beschreiben:

In der ersten Stufe (Sample-Point-Auswahl) wurden für die von USUMA deutschlandweit als face-to-face durchgeführte Befragung 320 Sample-Points gezogen, 256 Auswahlflächen in den alten und 64 in den neuen Bundesländern. In der zweiten Stufe (Random-Route-Verfahren zur Haushaltsauswahl) sind innerhalb dieser Fläche auf Basis einer Begehung vor Ort eine Startadresse und eine Schrittweite für die Zufallsauswahl der Haushalte vorgegeben worden. Die Interviewer und Interviewerinnen mussten dazu alle Klingelschilder bis zu einer bestimmten Anzahl (in unserem Fall 14 bzw. so viele mehr, wie qualitätsneutrale Ausfälle registriert wurden) nach festgelegten Regeln auflisten. Diese aufgelisteten Haushalte waren dann für die Befragung ausgewählt (zunächst 4480). In der dritten Stufe (Personenauswahl) mussten die Interviewenden dann in dem ausgewählten Haushalt alle Personen, die der Grundgesamtheit der Stichprobe entsprechen, ermitteln und nochmals per vorgegebenem Zufallsverfahren eine Zielperson auswählen, mit der schließlich die Befragung durchzuführen war. Da nicht nur die Flächenstichprobe, sondern auch die Auswahl der kontaktierten Privathaushalte innerhalb der Flächen sowie die der Zielpersonen im Zufallsverfahren getroffen wurde, sind die ADM-Stichproben als repräsentative Zufallsstichproben zu bewerten, die den in der mathematischen Statistik entwickelten Zufallsmodellen gehorchen. Im Feld wurden erfahrene und geschulte Interviewerinnen und Interviewer eingesetzt, die für dieses Projekt eine schriftliche Interviewanweisung erhielten. Diese enthielt neben den Angaben zur Startadresse (Postleitzahl, Ort und Straßenname) auch Hinweise zur Vorgehensweise bei der Befragung und konkrete Erläuterungen zu besonders zu beachtenden Fragebogeninhalten. In der ersten Kontaktpphase überreichten die Interviewenden zudem eine ausführliche Datenschutzerklärung und zu-

sätzlich ein offizielles Anschreiben der Universität Leipzig, welches noch einmal auf den wissenschaftlichen Charakter der Umfrage hinwies. Bei der eigentlichen Befragung wurden zunächst gemeinsam mit den Interviewerinnen und Interviewern soziodemografische Angaben zur Zielperson und zum Haushalt nach den demografischen Standards des statistischen Bundesamtes ermittelt. Danach wurde den Befragten der Fragebogen übergeben. Dieser sollte auf Grund der teilweise sehr persönlichen Angaben eigenständig beantwortet werden. Die Interviewerinnen und Interviewer standen bei Schwierigkeiten allerdings beratend zur Verfügung. Zur Wahrung der Anonymität ihrer Angaben hatten die Befragten die Möglichkeit, den ausgefüllten Fragebogen in einem verschlossenen Umschlag an die Interviewenden zurückzugeben. Diese Umschläge wurden erst im Institut geöffnet.

Die Feldphase gliederte sich in eine Haupt- und in eine Nachfasswelle zwischen dem 15. Juni und 15. Juli 2012, wobei in der Hauptwelle alle Sample-Points der Stichprobe eingesetzt wurden. Die schließlich erreichte Ausschöpfungsquote betrug 56,5%. Als Ausfälle zählten die Weigerung des Haushalts (13,7%), die Weigerung der Zielperson zur Auskunft (13,3%), trotz viermaligem Besuch des Haushalts niemanden angetroffen zu haben (12,9%) sowie etwaige Krankheiten, Urlaub oder Abwesenheit der Zielperson.

Soziodemografische Beschreibung der Stichprobe

(nur deutsche Staatsangehörige, 14-91 Jahre)

Tabelle 2.1.1

		Gesamtgruppe (N=2415)		Westdeutsche (N=1929)		Ostdeutsche (N=486)	
Alter in Jahren	Mittelwert	49,7		48,8		53,7	
	Standardabweichung	18		18,1		17,4	
Altersgruppen	bis 24 Jahre	263	10,9	225	11,7	38	7,8
	25-34 Jahre	326	13,5	276	14,3	50	10,3
	35-44 Jahre	338	14	282	14,6	56	11,5
	45-54 Jahre	441	18,3	370	19,2	71	14,6
	55-64 Jahre	459	19	333	17,3	126	25,9
	65-74 Jahre	401	16,6	303	15,7	98	20,2
	ab 75 Jahre	187	7,7	140	7,3	47	9,7
Geschlecht	männlich	1115	46,2	874	45,3	241	49,6
	weiblich	1300	53,8	1055	54,7	245	50,4
Familienstand	verheiratet/zusammenlebend	1202	49,8	925	48	277	57
	verheiratet/getrennt lebend	31	1,3	26	1,4	5	1
	ledig	621	25,7	531	27,5	90	18,5
	geschieden	285	11,8	240	12,4	45	9,3
	verwitwet	276	11,4	207	10,7	69	14,2
Partnerschaft	ja (leben mit Partner)	1403	58,1	1083	56,14	320	65,8
	nein (leben ohne Partner)	1012	41,9	846	43,86	166	34,2
Schulabschluss	ohne Abschluss	31	1,3	28	1,5	3	0,6
	Hauptschule 8. Klasse	895	37,1	791	41	104	21,4
	mittlere Reife/Realschule	752	31,1	673	34,9	79	16,3
	POS 10. Klasse	185	7,7	15	0,8	170	35
	Fachschule	80	3,3	55	2,9	25	5,1
	Abitur/o. abgeschl. Studium	227	9,4	194	10,1	33	6,8
	abgeschl. Hoch-/FH-Studium	185	7,7	117	6,1	68	14
	Schüler/in einer allg. Schule	60	2,5	56	2,9	4	0,8
Berufstätigkeit	Vollzeit mit > 35 h/Woche	988	40,9	792	41,1	196	30,3
	Teilzeit mit 15-25 h/Woche	254	10,5	220	11,4	34	7
	Teilzeit mit < 15 h/Woche	53	2,2	49	2,5	4	0,8
	Wehr-/Zivildienst o. Mutterschutz-/Erziehungsurlaub	16	0,7	13	0,7	3	0,6
	arbeitslos/0-Kurzarbeit	90	3,7	56	2,9	34	7
	Rentner/Vorruhestand	720	29,8	535	27,7	185	38,1
	nicht berufstätig	106	4,4	97	5	9	1,9
	in Berufsausbildung	41	1,7	37	1,9	4	0,8
	in Schulausbildung	147	6,1	130	6,7	17	3,5
Haushalts-einkommen	weniger als 750 €/Monat	68	2,9	43	2,3	25	5,3
	750 bis < 1250 €/Monat	348	14,8	268	14,3	80	16,8
	1250 bis < 2000 €/Monat	720	30,6	531	28,3	189	39,7
	2000 bis < 3500 €/Monat	915	38,9	767	40,9	148	31,1
	ab 3500 €/Monat	300	12,8	266	14,2	34	7,1
Kirchen-zugehörigkeit	nein	561	23,7	266	14	295	63,4
	ja	1804	76,3	1634	86	170	36,6

2.2 Verbreitung rechtsextremer Einstellung

Die Ergebnisse des Rechtsextremismus-Fragebogens für jedes einzelne Item ist Tabelle 2.2.1 zu entnehmen. Abgestuft nach der verwendeten Fünfer-Skala sind Ablehnung, »teils/teils«-Antworten und die Zustimmung zu den einzelnen Fragen ablesbar. Neben den teilweise hohen Zustimmungswerten, auf die wir im Folgenden noch eingehen werden, ist der große Anteil an »teils/teils«-Antworten hervorzuheben. Wir vermuten hinter diesen Antworten zumindest teilweise eine versteckte bzw. latente Zustimmung zu den vorgelegten Aussagen, die nicht geäußert wird, weil den Probandinnen und Probanden die soziale Unerwünschtheit der betreffenden Aussage (vgl. Kapitel 1) bewusst ist. In der auf der Studie »Vom Rand zur Mitte« (Decker, Brähler & Geißler 2006) aufbauenden Gruppendiskussionsuntersuchung »Ein Blick in die Mitte« konnten wir diese Vermutung bestätigen: Tatsächlich äußerten Teilnehmende, die im Fragebogen ablehnende oder »teils/teils«-Antworten gegeben hatten, insbesondere ausländerfeindliche Positionen (Decker et al. 2008). Gerade unter Gesichtspunkten der politischen Aufklärungsarbeit sollte dies immer mitbedacht werden.

Umgekehrt betrachtet bedeutet das: Nur etwas über 50% der Befragten lehnten die Aussage »Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß« ab (bei einer Zustimmung von 20%). Während jeder zehnte Befragte bei der Aussage »Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert« zustimmend beantwortete, waren sich weitere 15% nicht sicher, ob ein »Führer« zum »Wohle aller« nicht doch besser wäre. Besonders nachdenklich stimmen die Werte bei den Aussagen zu »Ausländern«. Deutlich weniger als die Hälfte der Befragten lehnte die einzelnen Aussagen ab. Der Aussage »Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen« stimmte etwa ein Drittel zu, ein weiteres Drittel war sich unsicher und nur ein Drittel lehnte diese Aussage ab. Bei allen Fragen betrug der Wert der »teils/teils«-Antworten zwischen 15 und 30%. Insbesondere Ausländerfeindlichkeit ist somit tief in den gesamtgesellschaftlichen Diskurs verwoben, von einer toleranten Mehrheitsgesellschaft sind wir noch weit entfernt.

Prozentwerte der Rechtsextremismusfragen

Tabelle 2.2.1

Rechtsextremismus	lehne völlig ab %	lehne über- wiegend ab %	stimme teils zu, teils nicht zu %	stimme über- wiegend zu %	stimme voll und ganz zu %
01 Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.	56,9	20,3	15,8	6,2	0,8
02 Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen.	51,4	20,2	17,8	8,6	2
03 Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.	39,4	20,8	23,7	12,7	3,5
04 Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.	58,8	16,1	15,1	7,6	2,5
05 Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.	44,8	20,2	20,6	12	2,5
06 Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.	16,8	16,9	30,4	21,7	14,3
07 Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.	33,1	22,6	24,8	13,9	5,6
08 Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.	16,1	14,9	29,7	26	13,2
09 Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen.	42,4	20	19,9	12,6	5,2
10 Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.	22,8	18,1	27,5	18,4	13,2
11 Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden.	53,2	21,4	17,4	6	2

→

Rechtsextremismus	lehne völlig ab %	lehne über- wiegend ab %	stimme teils zu, teils nicht zu %	stimme über- wiegend zu %	stimme voll und ganz zu %
12 Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.	22,9	16,9	30,5	21	8,7
13 Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.	41,9	21,6	21,1	11,6	3,8
14 Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht.	24,6	18,5	29,6	20,6	6,8
15 Es gibt wertvolles und unwertes Leben.	58,2	15,3	16	6,9	3,7
16 Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.	19,4	16,2	27,2	22,3	14,9
17 Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.	39,6	21,6	24,3	10,5	4
18 Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.	49,3	19	21,5	7,3	2,9

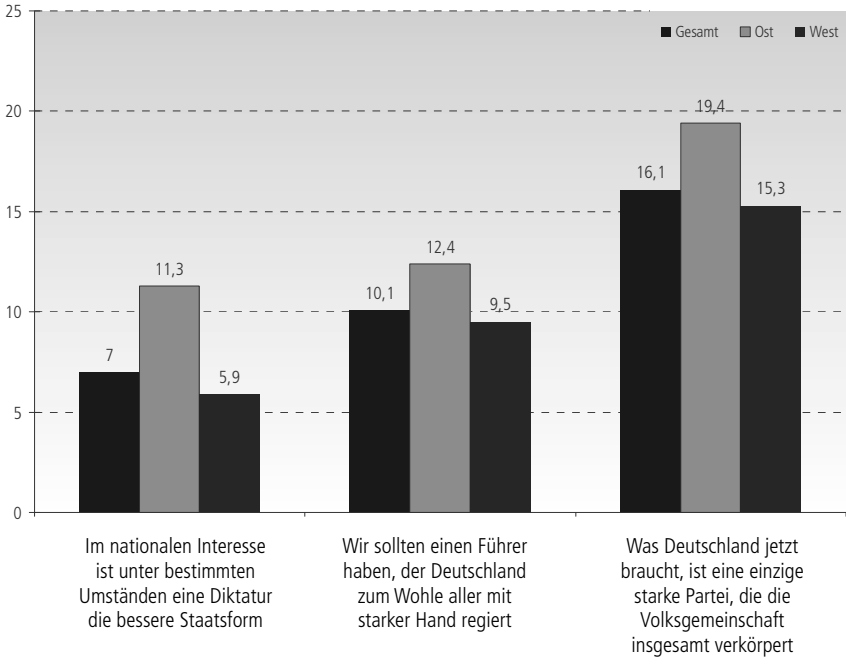
Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen in den Dimensionen

Die Aussagen, die den Befragten im Fragebogen vorgelegt wurden, werden im Folgenden den Dimensionen rechtsextremer Einstellung zugeordnet. Ausgehend von unserer Definition (vgl. Kapitel 1) haben wir sechs Dimensionen abgeleitet, die das mehrdimensionale rechtsextreme Einstellungsmuster ausmachen: Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus sowie Verharmlosung des Nationalsozialismus. Zu den einzelnen Dimensionen wurden jeweils drei Aussagen angeboten, zu denen die Befragten ihre Zustimmung oder Ablehnung auf einer fünfstufigen Skala notieren sollten (vgl. Fragebogen Tabelle 2.2.1). Für die Darstellung je Dimension werden die beiden Antwortoptionen, mit denen die Befragten den Aussagen zustimmen konnten (»stimme überwiegend zu« und »stimme voll und ganz zu«), zusammengefasst.

Antidemokratische Aussagen sind demnach in Deutschland durchaus verbreitet. Unter Umständen würden 7% der Befragten eine Diktatur als Staatsform vorziehen (vgl. Grafik 2.2.1). Die völkische Begründung einer Diktatur, die Fiktion eines Volkes als Schicksalsgemeinschaft mit einem gemeinsamen Interesse, das von einer Partei verfolgt wird, findet Zustimmung bei jedem sechsten Deutschen. Einen Führer wünscht sich immerhin noch mehr als jeder zehnte Deutsche. In Anlehnung an die Sinusstudie von 1981 ließe sich heute formulieren: »8 Millionen Deutsche: ›Wir sollten wieder einen Führer haben...‹« (Greiffenhagen 1981).

Zustimmung zu den Aussagen der Dimension »Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur« (in Prozent)

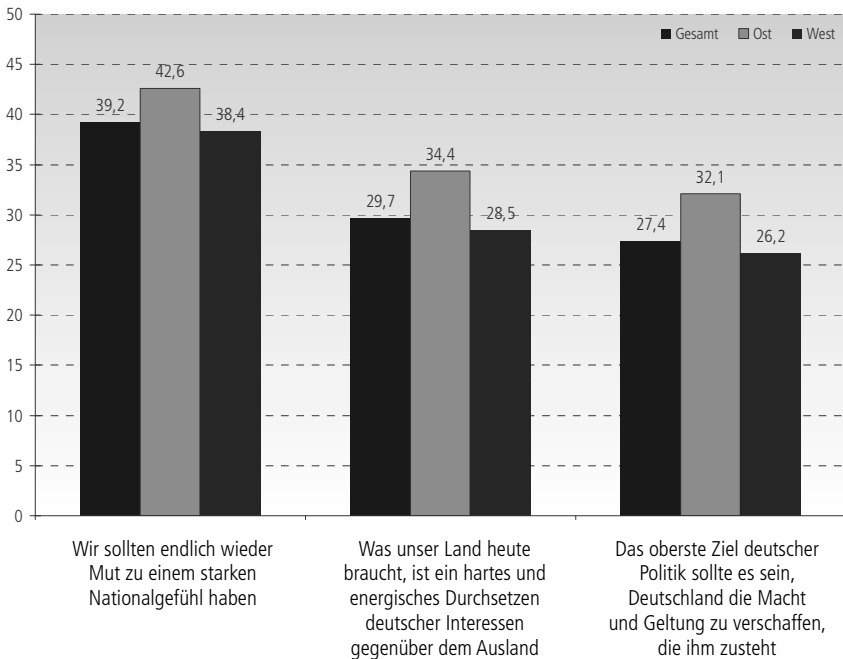
Grafik 2.2.1



In weiten Teilen der Bevölkerung zustimmungsfähig sind Aussagen der Dimension Chauvinismus, definiert als eine Form übersteigerten Nationalgefühls mit gleichzeitiger Fremdadwertung (vgl. Grafik 2.2.2). Ein starkes Nationalgefühl wird dabei mit knapp 40% am häufigsten gewünscht. Die Vorstellung von einem gemeinsamen Interesse aller Deutschen als völkische Begründung kam bereits bei der Befürwortung einer Diktatur zum Tragen. Hier dient sie zur Begründung eines harten Auftretens gegenüber »dem Ausland«, welches ein Drittel der Befragten fordert. Das Ziel, mehr und einen »gerechteren« Anteil an »Macht und Geltung« zu bekommen, befürwortet immerhin noch mehr als ein Viertel der Bevölkerung.

Zustimmung zu den Aussagen der Dimension »Chauvinismus«
 (in Prozent)

Grafik 2.2.2

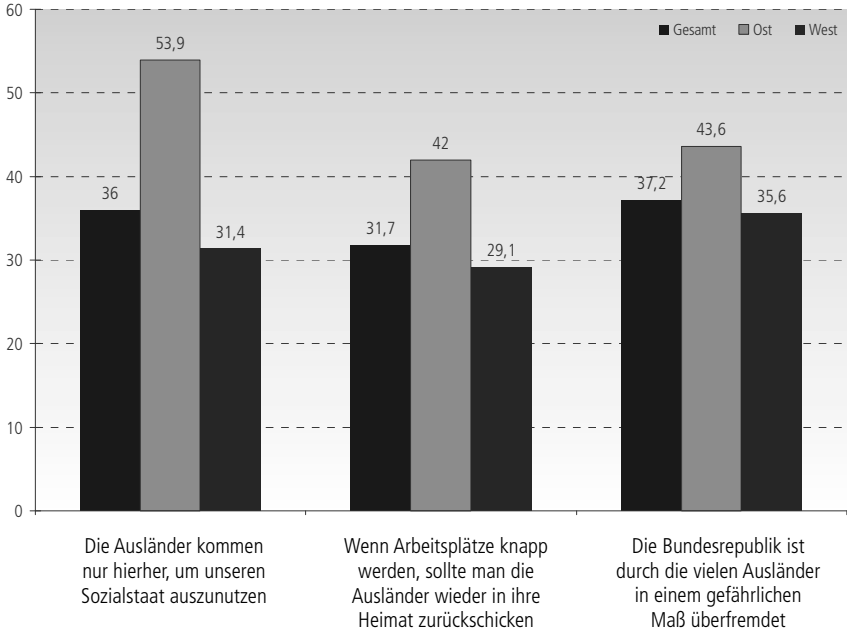


Mit der Aufwertung der Eigengruppen geht die Abwertung von Fremdgruppen einher. In der Dimension »Ausländerfeindlichkeit« finden wir konsequenterweise durchgängig hohe Zustimmungswerte, höher noch als in der Dimension »Chauvinismus« (vgl. Grafik 2.2.3). Nach wie vor herausstechend ist die extrem starke Befürwortung ausländerfeindlicher Aussagen in Ostdeutschland. Mehr als die Hälfte der ostdeutschen Befragten äußert die Ansicht, dass »die Ausländer« den Sozialstaat ausnutzen und nur deshalb nach Deutschland kommen würden. Auch den beiden anderen ausländerfeindlichen Aussagen stimmten jeweils deutlich über 40% der Ostdeutschen zu. Im Westen ist die Ausländerfeindlichkeit schwächer ausgeprägt. Die Werte liegen für die drei Aussagen dennoch durchgängig zwischen 29% und knapp 36%, sind also ebenfalls als hoch einzuschätzen. An dieser Stelle sei nochmals auf die in Tabelle

2.2.1 dargestellten, sehr hohen Anteile der »teils/teils«-Antworten hingewiesen. Ausländerfeindlichkeit als »Einstiegsdroge« in den Rechtsextremismus ist in der deutschen Bevölkerung extrem weit verbreitet.

Zustimmung zu den Aussagen der Dimension »Ausländerfeindlichkeit«
(in Prozent)

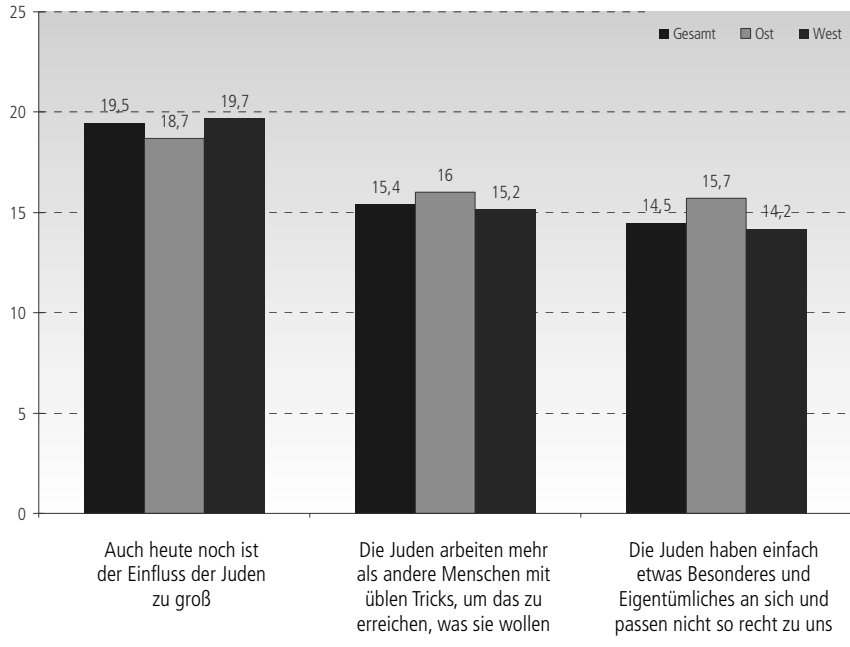
Grafik 2.2.3



Die Fremdgruppenabwertung finden wir ebenfalls in der Dimension »Antisemitismus«, auch wenn dieser nicht ähnlich hohe manifeste Zustimmung findet wie die Ausländerfeindlichkeit (vgl. Grafik 2.2.4). Wir haben in Kapitel 1 schon auf das Phänomen der Kommunikationslatenz des Antisemitismus hingewiesen und beschäftigen uns in Kapitel 3.2 noch eingehender mit dem Antisemitismus. Zunächst einmal fällt auf, dass mehr als jeder und jede sechste Deutsche keine Scheu hat, antisemitischen Vorurteilen zuzustimmen. Das gilt auch für Ostdeutschland, wo bis vor einigen Jahren der Antisemitismus noch geringer ausgeprägt war.

Zustimmung zu den Aussagen der Dimension »Antisemitismus« (in Prozent)

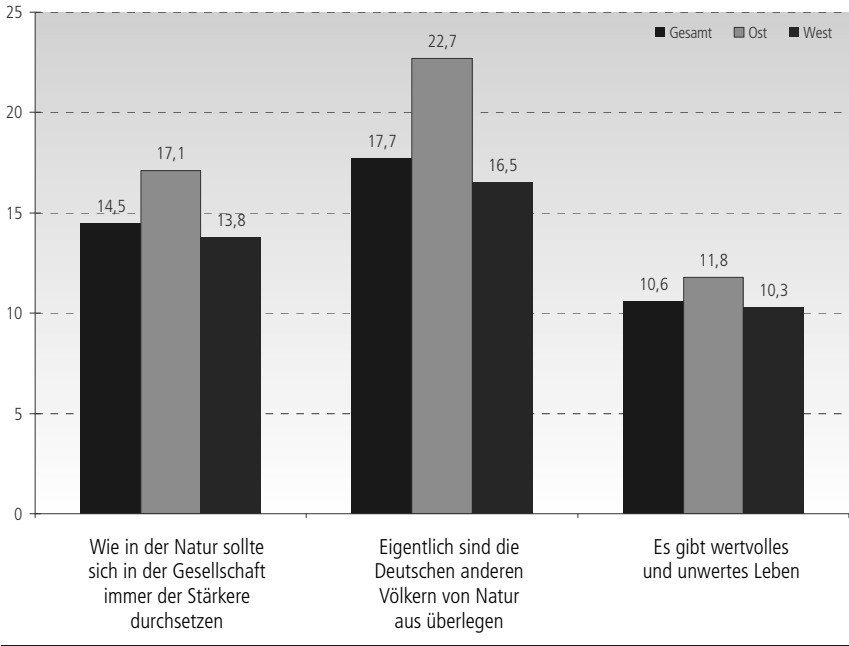
Grafik 2.2.4



In der Dimension »Sozialdarwinismus« kommt noch einmal sehr deutlich die Ideologie der Ungleichwertigkeit zum Ausdruck, welche die unterschiedlichen Dimensionen der rechtsextremen Einstellungen verbindet. Auch die sozialdarwinistischen Aussagen werden von mehr als jedem und jeder zehnten Deutschen befürwortet (vgl. Grafik 2.2.5). Über 22% der ostdeutschen und immerhin noch 16,5% der westdeutschen Befragten stimmten einer natürlichen Überlegenheit der Deutschen zu. Eine völkische Ideologie ist ebenso wie die anderen Merkmale des Rechts extremismus weithin verbreitet. Der zutiefst menschenverachtenden und biologischen dritten Aussage, dass es wertvolles und unwertes Leben gäbe, stimmten über 10% zu, ein Wert, der seit der Untersuchung 2010 stabil geblieben ist.

Zustimmung zu den Aussagen der Dimension »Sozialdarwinismus«
(in Prozent)

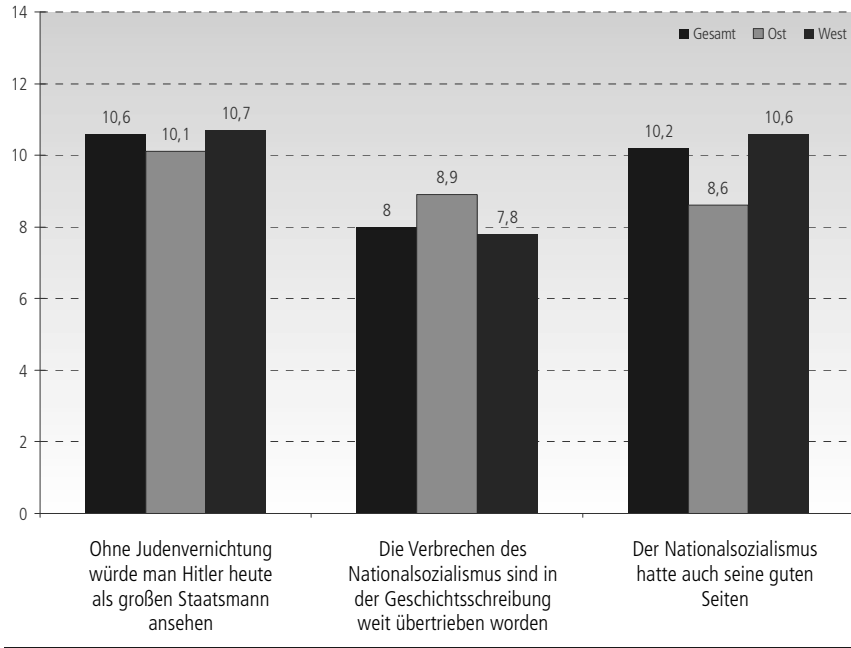
Grafik 2.2.5



Unter anderem mit den Begriffen »Führer« oder »Volk« sind in die Aussagen der bisher vorgestellten Dimensionen jeweils Versatzstücke nationalsozialistischer Ideologie in die Formulierung der Items aufgenommen worden. Während diese Items teilweise sehr hohe Zustimmung erhielten, finden Statements, die Nazideutschland ausdrücklich verharmlosen, die geringste Zustimmung (vgl. Grafik 2.2.6). Dennoch sind die Zustimmungswerte um die 10% mehr als nur ein kleiner »Rand« der Gesellschaft und ein deutlicher Verweis darauf, wie wichtig die intensive Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus bleibt.

Zustimmung zu den Aussagen der Dimension »Verharmlosung des Nationalsozialismus« (in Prozent)

Grafik 2.2.6



2.3 Rechtsextreme Einstellung nach soziodemografischen Merkmalen

Im Folgenden werden die Zustimmungswerte nach soziodemografischen Merkmalen – also in Abhängigkeit von Wohnort, Bildungsniveau, Geschlecht, Erwerbssituation und Alter – sowie nach Parteienpräferenz und Kirchenzugehörigkeit aufgeschlüsselt. Die Darstellung bezieht sich dabei nach wie vor auf die in Deutschland lebende Bevölkerung ab 14 Jahren mit deutscher Staatsangehörigkeit.

Für die Darstellung in den Tabellen wurden die Zustimmungswerte zu den jeweils drei Fragen der sechs oben beschriebenen Dimensionen zu

einem Wert zusammengefasst. Angegeben ist in Prozent also nur noch der Anteil der Befragten, der den jeweiligen drei Aussagen im Durchschnitt zustimmt. Mit dieser Zusammenfassung kann erreicht werden, dass sich die Zuverlässigkeit der Messung erhöht. Verloren geht dabei, wie bei jeder Aggregation, die Detailtiefe, etwa was die Latenz (»teils/teils«-Antworten) und eben die Zustimmung zu einzelnen Aussagen (»Führer-Frage«) betrifft. Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Werte zwischen den Bevölkerungsgruppen zwar schwanken, doch wie auch schon in anderen Studien – zum Beispiel über Gewerkschaftsmitglieder (Stöss et al. 2005) – festgestellt wurde, ist keine gesellschaftliche Gruppe »immun« gegenüber der rechtsextremen Einstellung. Auch die bisherigen »Mitte-Studien« bestätigten dies eindrucksvoll. Umgekehrt ist ein bestimmtes soziodemografisches Merkmal natürlich kein automatischer oder gar individualisierbarer Beleg für erhöhte Zustimmung zu einer rechtsextremen Einstellung. Nichtsdestotrotz lassen sich erste Zusammenhänge beobachten.

Unterschiede, auch bezüglich anderer Wertvorstellungen und politischer Einstellungen zwischen Ost und West, werden in der Literatur immer wieder dargestellt. Allerdings konnten wir mit dem Bundesländervergleich in der Studie »Bewegung in der Mitte« aufzeigen, dass die Unterschiede zwischen Ost und West kleiner sind als innerhalb der jeweiligen Gruppe und dass Stadtstaaten und Flächenstaaten genauso unterschieden werden können (Decker & Brähler 2008). Andererseits ist unter den ostdeutschen Befragten die Zustimmung in allen Dimensionen höher als bei den Westdeutschen (vgl. Tabelle 2.3.1). Die Unterschiede sind zum Teil ausgesprochen deutlich, 38,7% gegenüber 21,7% bei der »Ausländerfeindlichkeit«. Relativ hohe Differenzen finden sich bei der Befürwortung einer Diktatur (5,4% im Osten gegenüber 3% im Westen) und beim Sozialdarwinismus (7,8% gegenüber 3,4%). Bei der Dimension »Verharmlosung des Nationalsozialismus« beträgt der Unterschied nur 0,5%.

Rechtsextreme Einstellungen in West- und Ostdeutschland

(in Prozent)

Tabelle 2.3.1

	Gesamt	West (N=1929)	Ost (N=486)
Befürwortung Diktatur	3,5	3	5,4
Chauvinismus	19,4	18,4	23,5
Ausländerfeindlichkeit	25,1	21,7	38,7
Antisemitismus	8,6	8,2	10,4
Sozialdarwinismus	4,3	3,4	7,8
Verharmlosung des Nationalsozialismus	3,1	3	3,5

Wenig Überraschung bietet der Blick auf Tabelle 2.3.2, ist doch der Einfluss von Bildung auf die Verbreitung von rechtsextremen Einstellungen der Forschung seit längerem bekannt (Noack 2001; Rippl 2002). Dieser Zusammenhang bestätigt sich in der vorliegenden Studie erneut. Die Zustimmungswerte der Befragten ohne Abitur zu den einzelnen Dimensionen sind durchgehend mehr als doppelt so hoch wie bei der Gruppe, die mindestens den Bildungsabschluss Abitur hat. Verglichen mit unserer Studie aus dem Jahr 2010 ist der Unterschied sogar größer geworden. Es sollte jedoch im Hinblick auf die politische Bildungs- und Aufklärungsarbeit nicht vergessen werden, dass Personen mit höherem Bildungsniveau eher auf die soziale Erwünschtheit ihres Antwortverhaltens achten (Heyder 2003).

Rechtsextreme Einstellungen in Abhängigkeit von der Bildung

(in Prozent)

Tabelle 2.3.2

	Abitur (N=412)	nicht Abitur (N=2003)
Befürwortung Diktatur	1,2	3,9
Chauvinismus	10,7	21,3
Ausländerfeindlichkeit	10,4	28,1
Antisemitismus	4,4	9,5
Sozialdarwinismus	1	4,9
Verharmlosung des Nationalsozialismus	1	3,6

Auch die Unterschiede zwischen Männern und Frauen sind im Großen und Ganzen wieder erwartungskonform ausgefallen (vgl. Tabelle 2.3.3). Allerdings haben Frauen beim Sozialdarwinismus einen höheren Wert erreicht als die männliche Gruppe der Befragten. In den übrigen Dimensionen aber liegen die Zustimmungswerte bei Männern zum Teil deutlich höher.

Rechtsextreme Einstellungen in Abhängigkeit vom Geschlecht

(in Prozent)

Tabelle 2.3.3

	Männer (N=1115)	Frauen (N=1300)
Befürwortung Diktatur	4	3
Chauvinismus	21,6	17,6
Ausländerfeindlichkeit	27,8	22,8
Antisemitismus	10,1	7,4
Sozialdarwinismus	4,1	4,4
Verharmlosung des Nationalsozialismus	3,9	2,5

Einen deutlich sichtbaren Einfluss auf die Zustimmungswerte zu den verschiedenen Dimensionen der rechtsextremen Einstellung hat erwartungskonform auch wieder die Erwerbssituation erbracht (vgl. Tabelle

2.3.4), wengleich Vorsicht vor Pauschalisierungen angesichts zusätzlicher Einflussfaktoren geboten ist. Zunächst ist festzustellen, dass Arbeitslose die höchsten Werte in den Dimensionen Ausländerfeindlichkeit, Chauvinismus und Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur haben. Diese Beobachtungen werden in der Literatur unter anderem mit der Desintegrations- bzw. Deprivationserfahrung als Auslöser oder Nährboden einer rechtsextremen Einstellung erklärt. Wir werden darauf in Kapitel 3 zurückkommen. Befragte im Ruhestand stechen mit durchgehend hohen Zustimmungswerten negativ hervor, insbesondere beim Antisemitismus. Hier liegt es nahe, einen Alterseffekt zu vermuten. Umgekehrt gilt dies ebenfalls für die Gruppe der Auszubildenden, die die niedrigsten Werte aufweisen, aber eben auch am jüngsten sind.

Rechtsextreme Einstellungen in Abhängigkeit vom Erwerbsstatus

(in Prozent)

Tabelle 2.3.4

	Ausbildung/ Wehrdienst (N=204)	Erwerbs- tätige (N=1295)	Arbeitslos (N=90)	Hausfrau/ Hausmann (N=106)	Ruhestand (N=720)
Befürwortung Diktatur	2	2,6	5,6	2,8	5,3
Chauvinismus	12,9	17,5	26,7	23,8	23,3
Ausländerfeindlichkeit	16,2	21,9	36,7	24,5	32
Antisemitismus	6,4	6,4	4,4	10,5	13,5
Sozialdarwinismus	2	3,1	5,6	6,6	6,5
Verharmlosung des Nationalsozialismus	2	2,2	4,4	2,8	4,9

Die angenommenen Altersunterschiede bestätigen sich, differenziert man die Ergebnisse nach verschiedenen Altersgruppen (vgl. Tabelle 2.3.5). Befragte über 60 Jahre haben in allen Dimensionen deutlich höhere Zustimmungswerte, während die 14- bis 30-Jährigen in vier von sechs Dimensionen die niedrigsten Werte haben. Bemerkenswert ist, dass die Jüngsten in dieser Befragung eher eine rechtsautoritäre Diktatur befürworteten und den Nationalsozialismus verharmlosen als die 31- bis 60-Jährigen.

Rechtsextreme Einstellungen in Abhängigkeit vom Alter
(in Prozent)

Tabelle 2.3.5

	14-30 (N=470)	31-60 (N=1180)	> 60 (N=765)
Befürwortung Diktatur	3,2	2,8	4,7
Chauvinismus	13,9	18,6	24,1
Ausländerfeindlichkeit	17,7	24,2	31
Antisemitismus	5,6	6,8	13,4
Sozialdarwinismus	3,4	3,6	5,9
Verharmlosung des Nationalsozialismus	3	2,2	4

Wir müssen allerdings auf etwas anderes hinweisen. Unterscheiden wir neben dem Alter auch zwischen Ost und West (vgl. Tabelle 2.3.6), so müssen wir feststellen, dass die Ostdeutschen zwischen 14-30 Jahren in vier von sechs Dimensionen die höchsten Werte erhalten. Dieses Potenzial an rechtsextremer Einstellung ist unter anderem auf die Struktur-schwächen der ostdeutschen Bundesländer zurückzuführen. Hier wächst eine Generation heran, die alle bisherigen Gruppen in ihrer rechten Einstellung zu überbieten droht. Diese Zahlen dürfen auch in der praktischen und politischen Arbeit nicht länger ignoriert werden.

**Rechtsextreme Einstellungen in Abhängigkeit vom Alter
in Ost- und Westdeutschland** (in Prozent)

Tabelle 2.3.6

	14-30 (N=470)		31-60 (N=1180)		> 60 (N=765)	
	West (N=405)	Ost (N=65)	West (N=945)	Ost (N=235)	West (N=579)	Ost (N=186)
Befürwortung Diktatur	2,5	7,7	2	6	5	3,8
Chauvinismus	11,7	28,1	16,7	26,4	25,9	18,3
Ausländerfeindlichkeit	14,3	38,5	20,7	38,3	28,4	39,3
Antisemitismus	5,5	6,4	5,5	12	14,5	9,7
Sozialdarwinismus	2,2	10,8	2,4	8,1	5,7	6,5
Verharmlosung des Nationalsozialismus	2,5	6,2	2	3	5	3,2

In der Forschung wird zumeist zwischen Handlungs- und Einstellungsebene unterschieden (vgl. dazu Kapitel 1), wobei das Wahlverhalten der Handlungsebene zugerechnet wird. Das durch unsere Studie abgefragte Wahlverhalten wird hier als handlungsbezogene Komponente bewertet. Den Befragten wurde dazu die sogenannte »Sonntagsfrage« gestellt, also nach der Partei gefragt, die sie wählen würden, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre. Vergleichen wir exemplarisch auf Basis des Bundesländervergleichs von 2008 (Decker & Brähler 2008) Bayern und Mecklenburg-Vorpommern, so zeigt sich, dass eine hohe Zustimmung in den verschiedenen Dimensionen rechtsextremer Einstellung nicht automatisch zu höheren Wahlergebnissen rechtsextremer Parteien führen muss. In Mecklenburg-Vorpommern ist derzeit die NPD im Landtag vertreten, in Bayern nicht, trotz ähnlicher Werte auf der Einstellungsebene. Deshalb ist gerade im Ost-West-Vergleich interessant, welche Parteien von Befragten mit rechtsextremer Einstellung bevorzugt werden (vgl. Tabellen 2.3.7 und 2.3.8). Die Antwortmöglichkeiten »Würde ungültig wählen« sowie »Andere Partei« sind wegen der zu geringen Fallzahl jeweils nicht in der Darstellung enthalten.

Anteil von Personen mit rechtsextremem Einstellungspotenzial unter den Parteianhänger/innen in Westdeutschland (in Prozent)

Tabelle 2.3.7

West	CDU /CSU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke	Rechte	Nichtwähler/innen	Piratenpartei	Unentschlossene
	N=425	N=518	N=45	N=192	N=46	N=16	N=203	N=93	N=176
Befürwortung Diktatur	3,3	2,7	0	1	0	37,5	3,9	0	0,6
Chauvinismus	18,6	22	15,6	6,8	15,2	75	14,3	14	17,6
Ausländerfeindlichkeit	20,8	24,1	15,6	6,8	19,6	75	22,7	22,6	21,6
Antisemitismus	7,5	9,1	2,2	2,6	8,7	68,8	5,9	8,6	4,6
Sozialdarwinismus	2,1	3,3	0	1,6	6,5	18,8	3,9	1,1	0
Verharmlosung des Nationalsozialismus	2,1	3,3	0	1	0	31,3	3,45	0	2,3

Blicken wir zunächst auf die Parteipräferenz der in Westdeutschland Befragten (vgl. Tabelle 2.3.7), so bestätigt sich wieder der Befund der vergangenen Studie: Insbesondere die sogenannten Volksparteien besitzen eine hohe Integrationskraft für Personen mit rechtsextremer Einstellung, wobei sich die Wähler der Volksparteien kaum von den »Unentschlossenen« unterscheiden. Auch die potenziellen Wähler der Partei »Die Linke« fallen durch überraschend hohe Werte auf, besonders in der Dimension »Sozialdarwinismus«, wobei rechtsextremes Gedankengut eigentlich im Widerspruch zu einer sich als »links« verstehenden Partei stehen sollte. Die Partei Bündnis 90/Die Grünen schneidet am besten ab, gefolgt, mit einigem Abstand, von den ebenfalls als »liberal« geltenden Parteien FDP und Piratenpartei, doch auch diese drei sind keineswegs frei von Anhängern mit rechtsextremer Einstellung. Die hohe Zustimmung in den einzelnen Dimensionen rechtsextremer Einstellung bei den Parteigängern rechtsextremer Parteien ist erwartungskonform.

**Anteil von Personen mit rechtsextremem Einstellungspotenzial
unter den Parteianhänger/innen in Ostdeutschland** (in Prozent)

Tabelle 2.3.8

Ost	CDU /CSU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke	Rechte	Nichtwähler/innen	Piratenpartei	Unentschlossene
	N=111	N=89	N=13	N=32	N=58	N=4	N=66	N=14	N=52
Befürwortung Diktatur	5,4	5,6	0	3,1	1,7	75	4,6	0	3,9
Chauvinismus	22,5	30,3	15,4	37,5	24,1	75	20	7,1	7,7
Ausländerfeindlichkeit	47,8	48,3	23	37,5	36,2	75	39,4	21,4	9,6
Antisemitismus	7,3	13,6	8,3	18,8	12,1	0	3,1	7,1	5,8
Sozialdarwinismus	5,4	10,1	7,7	9,4	10,3	50	1,5	0	1,9
Verharmlosung des Nationalsozialismus	1,8	2,3	0	6,3	5,2	0	1,5	0	1,9

Blicken wir im Vergleich dazu auf Tabelle 2.3.8, die die Parteipräferenz und rechtsextreme Einstellung in Ostdeutschland darstellt. Wieder zeigt sich die große Integrationskraft von SPD und CDU, allerdings folgen ihnen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke dicht. In einigen Dimensionen (»Verharmlosung des Nationalsozialismus« und »Antisemitismus«) haben die Parteigänger der beiden kleineren Parteien sogar höhere Zustimmungswerte. Die Parteigänger von FDP und Piratenpartei (allerdings mit jeweils sehr geringer Fallzahl!) sowie die »Unentschlossenen« weisen die niedrigsten Zustimmungswerte auf. Wie gesagt, vor allem für Ostdeutschland sind die Prozentangaben aufgrund der geringen Fallzahlen nur sehr bedingt aussagekräftig.

Verglichen mit der vorhandenen Präsenz rechtsextremer Parteien in ostdeutschen Landtagen gaben nur sehr wenige Befragte an, eine rechtsextreme Partei wählen zu wollen. Es könnte sein, dass wir es hier mit sozial erwünschtem Antwortverhalten zu tun haben. Die Befragten schätzen also die soziale Akzeptanz rechtsextremer Parteien als niedrig ein und

bekennen sich deswegen auch nicht offen zu ihnen. Zwar greift diese Veränderung des Antwortverhaltens im Sinne der sozialen Erwünschtheit auch bei den Aussagen des Rechtsextremismusfragebogens – allerdings, die hohen Zustimmungswerte beachtend, nicht im selben Maße wie das Bekenntnis zu rechtsextremen Parteien. Das deutet noch einmal darauf hin, dass die im Fragebogen formulierten Aussagen von einem großen Teil der Bevölkerung zum Common Sense gerechnet werden und man durchaus glaubt, sich zu ihnen bekennen zu können. Hierin findet sich auch ein Hinweis, warum sich die weite Verbreitung des rechtsextremen Weltbilds nicht eins zu eins in einem ebenso hohen bundesweiten Wahlergebnis rechtsextremer Parteien widerspiegelt.

Im Vergleich zu unseren Befunden aus dem Jahr 2010 hat sich die rechts-extreme Einstellung in ihrer Abhängigkeit von der Kircheng Zugehörigkeit umgekehrt. Waren Konfessionslose bisher am wenigsten rechtsextrem eingestellt, weisen sie nun die höchsten Zustimmungswerte auf. Beim Sozialdarwinismus, aber auch bei der Verharmlosung des Nationalsozialismus und der Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur ist der Unterschied besonders deutlich. Ein gewisser Teil dieser Entwicklung könnte durch die stärkere Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in Ostdeutschland erklärt werden, da die Kircheng Zugehörigkeit deutlich niedriger liegt als in Westdeutschland. Eine weitere Möglichkeit wäre, dass Kirchenmitglieder sensibler geworden sind durch offenes Thematisieren und Problematisieren von Rechtsextremismus durch die Organisationen selbst. Das wäre in der Tat ein ermutigendes Ergebnis. Einem konkreten Zusammenhang können wir hier allerdings nicht weiter nachgehen.

**Rechtsextreme Einstellungen in Abhängigkeit von der
Kirchenzugehörigkeit** (in Prozent)

Tabelle 2.3.9

	Evangelisch (N=996)	Katholisch (N=753)	Keine Konfession (N=561)
Befürwortung Diktatur	2,6	2,1	6,4
Chauvinismus	19,3	17,2	22,9
Ausländerfeindlichkeit	25,6	19,6	32,4
Antisemitismus	7,8	6,1	14
Sozialdarwinismus	2,5	1,5	10,9
Verharmlosung des Nationalsozialismus	1,7	2,8	5,9

Unterteilen wir die Kirchenzugehörigkeit nach Ost und West, so fällt auf, dass ostdeutsche Konfessionslose den Aussagen sogar eher weniger zustimmen. Umgekehrt waren die sich evangelisch bekennenden Ostdeutschen rechtsextremer eingestellt.

**Rechtsextreme Einstellungen in Abhängigkeit von der
Kirchenzugehörigkeit in Ost- und Westdeutschland** (in Prozent)

Tabelle 2.3.10

	Evangelisch (N=996)		Katholisch (N=753)		Keine Konfession (N=561)	
	West (N=843)	Ost (N=153)	West (N=739)	Ost (N=14)	West (N=266)	Ost (N=295)
	Befürwortung Diktatur	2	5,9	2,2	0	7,9
Chauvinismus	18,2	25,5	16,9	28,6	23,7	22,1
Ausländerfeindlichkeit	22,4	43,1	19,4	28,6	29,7	34,9
Antisemitismus	7,2	10,7	6,2	0	17,3	10,9
Sozialdarwinismus	1,8	6,5	1,5	0	13,5	8,5
Verharmlosung des Nationalsozialismus	1,8	1,3	2,8	0	7,5	4,4

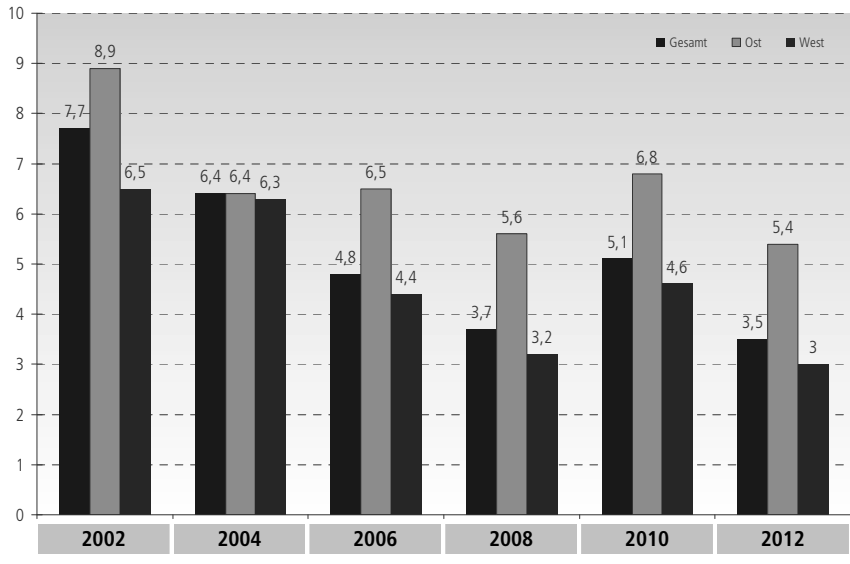
2.4 Rechtsextreme Einstellung im Zeitverlauf 2002-2012

Im Folgenden werden die bisher vorgestellten Ergebnisse von 2012 mit den Daten der Jahre 2002, 2004, 2006, 2008 sowie 2010 verglichen. Hierfür werden die Ergebnisse nach Dimensionen und nach Ost- und Westdeutschland unterteilt dargestellt.

Grafik 2.4.1 stellt den Zeitverlauf unserer ersten Dimension, »Befürwortung einer Diktatur«, dar. Nachdem wir bis 2008 für Gesamtdeutschland einen Abwärtstrend beobachten konnten, stieg die Zustimmung von 2008 zu 2010 wieder signifikant von 3,7% auf 5,1% an, um 2012 auf den mit 3,5% bisher niedrigsten Wert zu fallen. Es ist zu vermuten, dass die Werte auch weiterhin in diesem Bereich schwanken. Der Ost-West-Unterschied ist außerdem mit über zwei Prozentpunkten nach wie vor in etwa gleich (mit einer Ausnahme, nämlich 2004).

Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur – Entwicklung im Zeitverlauf (in Prozent)

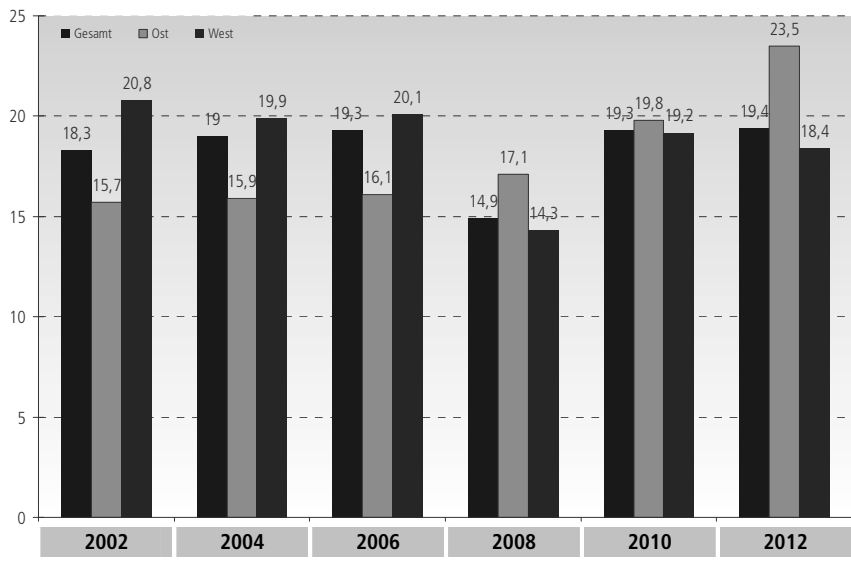
Grafik 2.4.1



Nachdem sich in der Dimension »Chauvinismus« die Werte zwischen Ost und West im Jahr 2010 stark angeglichen hatten, verzeichnen wir von 2010 auf 2012 in Ostdeutschland einen deutlichen Anstieg, während die Zustimmung in Westdeutschland leicht zurückging (vgl. Grafik 2.4.2). Zwei Interpretationen sind möglich: Zum einen könnte es sein, dass die Werte in Ost und West auf gleichwohl hohem Niveau schwanken, also um die 20% bleiben. Während das für Westdeutschland zutreffen mag, spricht der kontinuierliche Anstieg in Ostdeutschland eher dafür, dass wir hier einen Trend verzeichnen müssen: Chauvinistische Einstellungen gewinnen in Ostdeutschland an Boden.

Chauvinismus – Entwicklung im Zeitverlauf
(in Prozent)

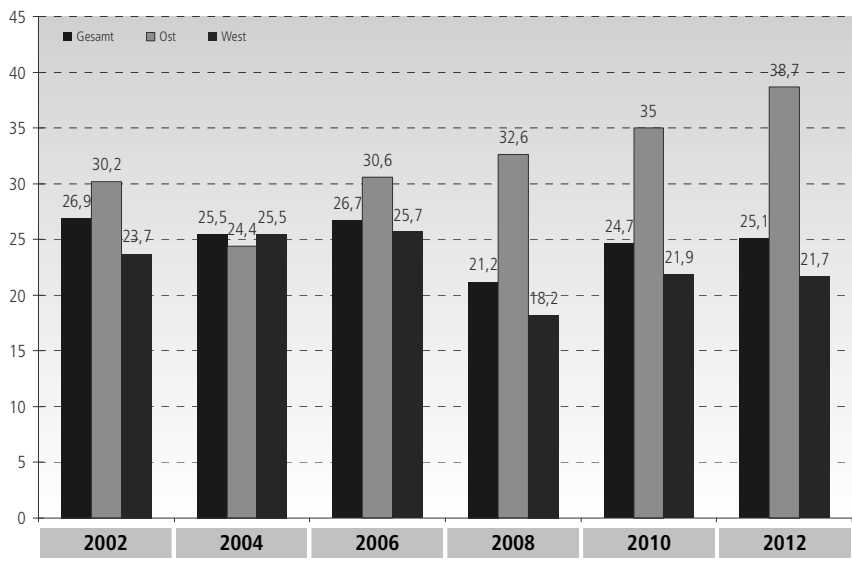
Grafik 2.4.2



Eindeutiger ist die Lage bei der Dimension »Ausländerfeindlichkeit« (vgl. Grafik 2.4.3). In Gesamtdeutschland hat der Zustimmungswert wieder das Niveau der ersten Jahre erreicht, nachdem der Wert 2008 mit 21,2% relativ niedrig ausfiel. Viel alarmierender aber ist der Trend in Ostdeutschland. Mit jetzt 38,7% ist der Wert so hoch wie nie zuvor, nachdem er seit 2004 – also zum fünften Mal in Folge – kontinuierlich anstieg. Ein Gegensteuern auf allen gesellschaftlichen Ebenen ist längst überfällig – zumal in einer Region, die mehr als 20 Jahre nach der Wende noch immer mit Abwanderung, massiver Arbeitslosigkeit usw. zu kämpfen hat.

Ausländerfeindlichkeit – Entwicklung im Zeitverlauf
(in Prozent)

Grafik 2.4.3

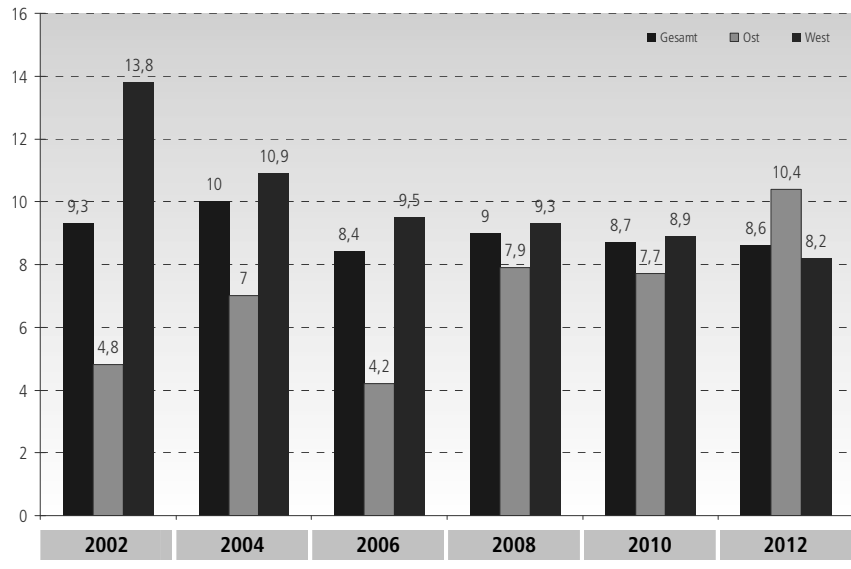


Im Zeitverlauf der Dimension »Antisemitismus« ist ein Novum zu beobachten. Das erste Mal seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 2002 ist der Wert für Ostdeutsche höher als für Westdeutsche (vgl. Grafik 2.4.4). Bisher waren wir von einer Angleichung der beiden Gruppen ausgegangen, die sich 2008 und 2010 abzeichnete. Zu vermuten sind ähnliche Gründe, wie sie bei der »Ausländerfeindlichkeit« eine Rolle spielen dürften.

Antisemitismus – Entwicklung im Zeitverlauf

(in Prozent)

Grafik 2.4.4

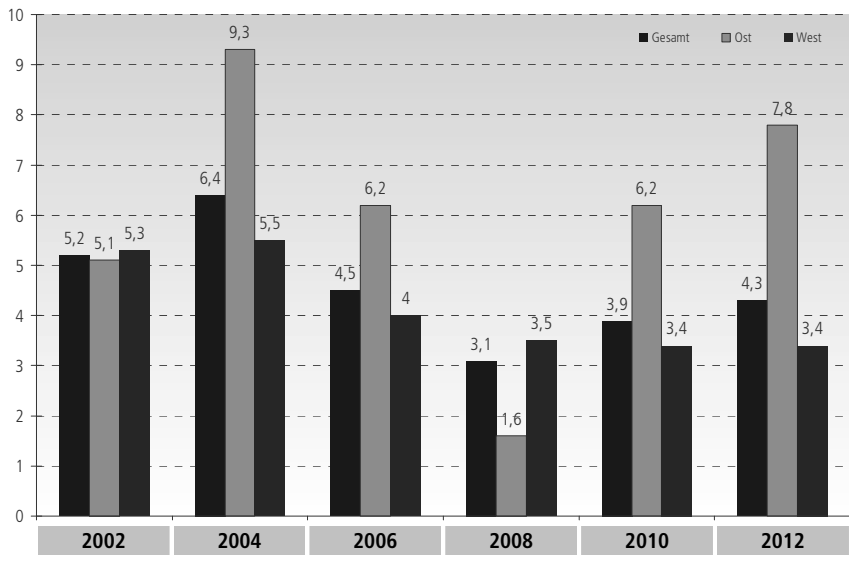


Die Dimension »Sozialdarwinismus« scheint im Zeitverlauf einigen Schwankungen zu unterliegen (vgl. Grafik 2.4.5). Ein signifikanter Anstieg unter den ostdeutschen Befragten von 2008 auf 2010 steht einem seit 2006 relativ stabilen Zustimmungswert in Westdeutschland gegenüber.

Sozialdarwinismus – Entwicklung im Zeitverlauf

(in Prozent)

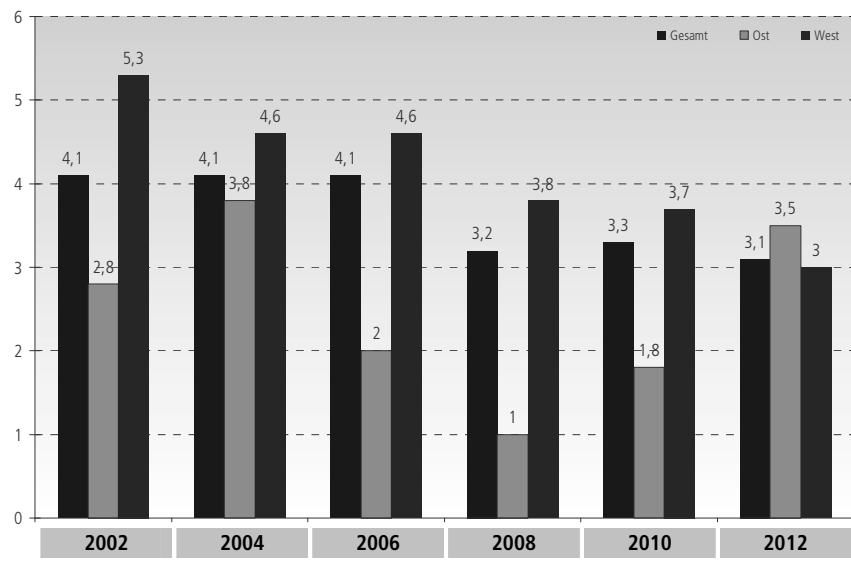
Grafik 2.4.5



Wie bei der Dimension »Antisemitismus« zeigt sich in Grafik 2.4.6 ein Novum: Zum ersten Mal ist der Wert für Ostdeutschland in der Dimension »Verharmlosung des Nationalsozialismus« in der hier vorliegenden sechsten Befragung höher ausgefallen als der für Westdeutschland. Im Zusammenhang mit der auch in den anderen Dimensionen beobachtbaren Entwicklung ist nicht davon auszugehen, dass es sich dabei nur um eine Angleichung zwischen Ost und West handelt. Vielmehr sind dahinter wiederum die insbesondere ökonomischen Strukturmerkmale in Ostdeutschland zu vermuten.

Verharmlosung des Nationalsozialismus – Entwicklung im Zeitverlauf
(in Prozent)

Grafik 2.4.6



Geschlossenes rechtsextremes Weltbild von 2002-2012

(in Prozent)

Tabelle 2.4.1

Geschlossenes rechtsextremes Weltbild	2002	2004	2006	2008	2010	2012
Gesamt	9,7	9,8	8,6	7,6	8,2	9,0
Ost	8,1	8,3	6,6	7,9	10,5	15,8
West	11,3	10,1	9,1	7,5	7,6	7,3

Grenzwert > 63 bei Minimum 18 und Maximum 90

Der Grenzwert von 63 wird überstiegen, wenn alle 18 Items mit durchschnittlich mindestens 3,5 (insgesamt fünf Antwortmöglichkeiten: 3 = »teils/teils«, 4= »stimme überwiegend zu«, 5 = »stimme voll und ganz zu«) beantwortet wurden.

Abschließend wird in Tabelle 2.4.1 die Entwicklung des geschlossenen rechtsextremen Weltbilds im Zeitverlauf dargestellt, also die durchschnittliche Zustimmung in allen Dimensionen (>63). Fanden wir in den ersten Untersuchungen noch im Westen eine höhere Verbreitung des geschlossenen rechtsextremen Weltbilds, hat sich dies im Jahr 2012 mehr als umgekehrt. Knapp 16% der Ostdeutschen besitzen eine durchgehend rechtsextreme Einstellung. Diese Entwicklung ist alarmierend.

2.5 Fazit

Wie sich im Jahr 2010 andeutete (Decker et al. 2010), können wir inzwischen von einem klaren Trend in Ostdeutschland sprechen: Derzeit haben knapp 16% der Ostdeutschen ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild, Tendenz steigend, und es ist der höchste in den »Mitte-Studien« bisher gemessene Wert. Besonders besorgniserregend ist, dass diese Tendenz mit einer neuen Generation des Rechtsextremismus einhergeht (vgl. Kap. 1). Bestand in der Vergangenheit ein enger Zusammenhang zwischen zunehmendem Alter und rechtsextremer Einstellung, so findet sich dieser nun nicht wieder. Im Gegenteil, gerade die jungen Ostdeutschen fallen mit hohen Werten auf. Alleine mit Strukturproblemen in Ostdeutschland, die auch 20 Jahre nach der Wende nicht adäquat angegangen werden, lässt sich diese Zunahme nicht erklären. Blicken wir in die europäischen Nachbarländer, aber eben auch in bestimmte Regionen

in Deutschland, so stimmen die enorme Jugendarbeitslosigkeit und die insgesamt unsicheren Aussichten der Menschen pessimistisch, gerade was die (regionale) Verbreitung rechtsextremer Einstellung betrifft. Die Brisanz dieser Situation darf keinesfalls unterschätzt werden.

Gleichwohl ist davor zu warnen, den Rechtsextremismus (wieder) als ostdeutsches Problem zu klassifizieren. Wie wir 2008 in einem Bundesländervergleich gezeigt haben (Decker & Brähler 2008), sind es bei näherer Betrachtung nicht die Differenzen zwischen ostdeutschen und westdeutschen Bundesländern, die auffallen. Vielmehr scheinen die sozioökonomischen Strukturmerkmale der Bundesländer entscheidend zu sein. Abwärtsdriftende Regionen gibt es zwar vor allem in Ostdeutschland, aber nicht nur dort. Stadtstaaten (Hamburg, Berlin) schneiden grundsätzlich besser ab als ländlich geprägte, weniger industrialisierte Flächenstaaten. Die Ausländerfeindlichkeit ist zudem nicht etwa da besonders hoch, wo sich unterschiedliche Bevölkerungsgruppen täglich begegnen, sondern dort, wo kaum Migranten wohnen. Was sich in der Gegenüberstellung von Ost und West jedenfalls zeigt, ist die Abkoppelung ganzer Regionen von der gesamtstaatlichen bzw. europäischen Entwicklung. Diese zurückgelassenen Regionen bringen für die Demokratie langfristig viel schwerwiegendere Probleme mit sich als »nur« hohe Arbeitslosenzahlen oder Verschuldungsraten.

3. Politik und Leben in Deutschland 2012

In diesem Kapitel werden zunächst die Einstellung zur Demokratie im Zeitverlauf und die Bereitschaft zu politischer Aktivität erfasst (Kapitel 3.1). Wie schon in der Einleitung erwähnt, ist die Untersuchung von rechtsextremer Einstellung eng verbunden mit der Frage nach dem Zustand der Demokratie. Dieser Zustand lässt sich ganz direkt an der Einstellung der Bevölkerung zur Idee und zum Funktionieren der Demokratie ablesen ebenso wie an der Bereitschaft zur Partizipation. Nicht formaldemokratische Merkmale der Gesellschaft werden in diesem Kapitel zum Gradmesser für den Zustand der Demokratie, sondern ihre Mitglieder. Vereinfacht ausgedrückt: Eine Demokratie ist nur insoweit intakt, als ihre Mitglieder sie fordern und gestalten. Außerdem wollen wir einen genaueren Blick auf die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage durch die Befragten werfen. Die tatsächliche und die wahrgenommene wirtschaftliche Lage sind jeweils wichtige Faktoren zur Erklärung rechtsextremer und auch anderer politischer Einstellungen.

Daran anschließend werden mit dem Antisemitismus und der Islamfeindschaft zwei Phänomene untersucht, die sich in den bisherigen »Mitte-Studien«, insbesondere in der Erhebung 2010 (Decker et al. 2010), als relevante antidemokratische Einstellungen mit hoher Zustimmung in der Bevölkerung gezeigt haben. Wurde in den bisherigen »Mitte-Studien« der Antisemitismus in seiner »primären« Variante beschrieben, so haben wir dieses Jahr auch den sekundären Antisemitismus erhoben (Kap. 3.2). In ähnlicher Weise wird im Kapitel 3.3 die in den letzten Jahren wachsende Islamfeindschaft genauer analysiert. Die Untersuchung ist an der Unterscheidung zwischen einer an universalistischen Werten orientierten Islamkritik und einer antidemokratischen Islamfeindschaft orientiert.

Hieran schließt die Beschreibung der politischen Einstellungen bei einer Bevölkerungsgruppe an, die in den bisherigen »Mitte-Studien« noch nicht thematisiert worden ist: Migrantinnen und Migranten – sowohl jene, die als deutsche Staatsbürger einen Migrationshintergrund haben, als auch jene, die in Deutschland leben, ohne die Staatsbürgerschaft zu besitzen (Kapitel 3.4).

3.1 Politische Einstellungen und wirtschaftliche Lage

Johannes Kiess, Oliver Decker, Elmar Brähler

Im Folgenden wird die politische Einstellung der Deutschen beschrieben (ohne nicht-deutsche Staatsbürger), angefangen mit der Akzeptanz der Demokratie. Nach dieser wird differenziert gefragt zwischen Idee der Demokratie (»sehr dafür« bis »sehr dagegen«), Verfassungsnorm und Verfassungsrealität in Deutschland (»sehr unzufrieden« bis »sehr zufrieden«). Für die Auswertung wurden die zustimmenden Aussagen zusammengefasst, und es zeigt sich, dass nach wie vor die Zustimmung zur Demokratie als Staatsform erfreulich hoch ist (Tabelle 3.1.1). Insgesamt zeigen diese Zahlen einen überwiegenden demokratischen Konsens. Dieses Bild trübt sich allerdings ein wenig ein, fragt man nach der Demokratie, wie sie im Grundgesetz verankert ist und wie sie tatsächlich funktioniert. Nach wie vor scheinen die Ostdeutschen skeptischer oder kritischer gegenüber dem System der Bundesrepublik zu sein, nur ein Drittel von ihnen ist mit dem tatsächlichen Funktionieren der Demokratie zufrieden. Dieser Wert steigt seit 2006 leicht an, bleibt aber deutlich von der höheren Zustimmung (knapp 55%) in Westdeutschland entfernt.

Zufriedenheit mit Demokratie

(in Prozent)

Tabelle 3.1.1

	2012			2010			2006		
	Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost
Demokratie als Idee im Vergleich zu anderen Staatsformen	94,9	95,5	92,1	93,2	94,5	88,4	94,5	95,1	92
Demokratie in BRD, wie sie in Verfassung festgelegt ist	78,5	80,5	70,3	73,6	78,4	55,3	71,2	74,8	57,2
Demokratie in BRD, wie sie tatsächlich funktioniert	50,6	54,8	34	46,1	49,8	32,1	46	50,8	27,3

Auch der Autoritarismus-Kurzfragebogen wird zum wiederholten Mal eingesetzt, er besteht aus vier Items (Schmidt, Stephan & Herrmann 1995). Zu jedem konnten die Befragten auf einer siebenstufigen Skala ihre Zustimmung oder Ablehnung zu Aussagen abgeben, die das Merkmal der autoritären Aggression erfüllen (vgl. Tab. 3.1.2; als zustimmende Aussagen wurden Werte ≥ 4 aufgenommen, abweichend zu Decker, Brähler & Geissler 2006). Die autoritäre Orientierung variiert im Zeitraum 2006 bis 2012 je nach Aussage leicht. Die Items »Kriminalität und sexuelle Unmoral (...)« und »Gehorsam gegenüber den Eltern dem Kind dienlich« erhalten eine höhere Zustimmung als noch vor 6 Jahren. Bei den anderen beiden Items ging die Zustimmung dafür etwas zurück. Insgesamt finden sich 2012 etwas mehr autoritär Orientierte als 2006.

Anteil der autoritär-orientierten Befragten 2006 und 2012

(in Prozent)

Tabelle 3.1.2

	2012	2006
Wichtigste Eigenschaft: Unbedingter Gehorsam gegenüber der Autorität	24,1	27,8
Kriminalität und sexuelle Unmoral lassen es unumgänglich erscheinen, mit gewissen Leuten härter zu verfahren	65,1	58,8
Dankbarkeit für führende Köpfe	24	23,7
Gehorsam gegenüber den Eltern dem Kind dienlich	24,4	20,5
Autoritarismus insgesamt	17,5	17

Besorgniserregend sind die Ergebnisse hinsichtlich der sozialen und politischen Deprivation (Deprivation = Verlusterfahrung, Gefühl der Benachteiligung).¹⁰ Die Befragten konnten wie in den Vorjahren zu jeder der vier Aussagen zustimmend (trifft völlig zu, trifft eher zu) und ablehnend antworten (trifft eher nicht zu, trifft überhaupt nicht zu). In der Darstellung sind jeweils die zustimmenden Antworten zusammengefasst.

Mit mehr als Dreiviertel bzw. fast Zweidrittel Zustimmung zeigen die Deutschen, dass sie hochgradig von Benachteiligungsgefühlen geprägt sind (depriviert). Die Befragten stimmten der Aussage »Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut« beinahe in gleicher Höhe wie in den Vorjahren zu. Positiv fällt auf, dass die Zahl derjenigen, die es für sinnlos halten, sich politisch zu engagieren, leicht gesunken ist. Seit 2006 (nicht in der Tabelle) ging die Zahl bundesweit von 68,8% auf 59,2% zurück. Sozial depriviert zeigten sich, je nach Aussage, zwischen 12% und 20% der Befragten. Die Werte sind in etwa gleich geblieben, im Osten aber im Vergleich zu 2006 leicht angestiegen.

10 Unterschiede zu den Daten in Decker et al. 2010 resultieren aus einer neu gewählten Zusammenfassung der Antwortkategorien.

Soziale und politische Deprivation im Zeitverlauf
(in Prozent)

Tabelle 3.1.3

	Gesamt		West		Ost	
	2010	2012	2010	2012	2010	2012
Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.	79,4	77,6	78,5	76,1	82,9	83,1
Ich halte es für sinnlos, mich politisch zu engagieren.	70,9	59,2	70,2	57,8	73,5	64,8
In meiner unmittelbaren Umgebung gibt es nicht genügend Menschen, die mich so nehmen, wie ich bin.	19,5	20,1	19,1	19,3	21,3	23,3
In meiner unmittelbaren Umgebung fühle ich mich nicht wohl und sicher.	13,3	12	13,4	11,7	12,8	12,8

Die sich stetig selbst überholende Moderne, der beständige Strukturwandel der Gesellschaft verändert auch die politische Kultur. Gradmesser sind schon in den letzten Jahren die Demokratieakzeptanz und die Erfahrung von Teilhabe gewesen. Mit diesen Befunden stellte sich die Frage nach der tatsächlich gewählten politischen Partizipation. Deshalb wurden die Probanden nach ihrer aktiven Teilnahme bzw. ihrer grundsätzlichen Bereitschaft zur Partizipation (getrennt nach verschiedenen Formen) gefragt.¹¹ Die Befragten konnten auf jeden der 13 Vorschläge antworten, ob sie diese Formen bereits gewählt hatten oder ob sie sie wählen würden. Zur Auswahl standen konventionelle und unkonventionelle Partizipationsformen.¹² Tabelle 3.1.4 gibt sowohl die Formen als auch die berichtete politische Partizipationsbereitschaft wieder.

11 Bei diesem Fragebogen handelt es sich um eine modifizierte Form des im ALLBUS 2008 eingesetzten Verfahrens (http://www.gesis.org/fileadmin/upload/dienstleistung/daten/umfragedaten/allbus/Fragebogen/ALLBUS_2008.pdf).

12 Die politische Partizipation wird in der Forschung häufig dichotomisiert untersucht, also etwa zwischen Bewegungs- und institutionellem Engagement (für eine Übersicht vgl. Wolfsfeld et al. 1994) oder illegalen und legalen Methoden (Muller & Opp 1986). Wir entschieden uns für die Bezeichnung als konventionelle und unkonventionelle Partizipationsformen, ohne damit aber eine normative Bewertung von einzelnen Formen auszuschließen oder sie implizit zu legitimieren.

Erwartungsgemäß übersteigt die Bereitschaft zu konventionellen Partizipationsformen die Bereitschaft, auch zu unkonventionellen Mitteln der politischen Auseinandersetzung (z.B. Besetzungen) zu greifen, deutlich. Erstaunlich ist, dass selbst unter den konventionellen Methoden des Engagements die Mitarbeit in einer Partei die geringste Zustimmung erfährt. Die Parteien sind als Ort politischer Partizipation den meisten Menschen unbekannt. Dass der Wahlgang die häufigste Form der Partizipation ist, ist für sich genommen sehr zu begrüßen. Sie steht in Einklang mit dem Modell der repräsentativen Demokratie der Bundesrepublik. Für die Vitalität einer Demokratie ist die im internationalen Vergleich regelmäßig hohe Wahlbeteiligung (Steinbrecher, Huber & Rattinger 2007) allerdings nicht ausreichend. Schließlich ist auf die Ambivalenz der Antwortmöglichkeit »Würde ich nutzen« zu verweisen. Man könnte die hierauf entfallenden Antworten als demokratische Reserve lesen. Allerdings ist es eine Sache, sich die Möglichkeit des eigenen Aktivwerdens vorzustellen, und eine andere, dann auch wirklich im wahren Sinne des Wortes aufzustehen. Der Politologe Wolfgang Fach formulierte treffend: »*Teil-Habe* und *Teil-Nahme* verhalten sich oft reziprok zueinander – je besser ihr Recht auf Partizipation abgesichert ist, desto weniger nutzen Menschen den Spielraum aus« (Fach 2004, 201). Bisher scheint es noch keinen Anlass für vermehrtes Teilnehmen zu geben, ein Großteil fühlt sich durch genügend Teilhabe (an der Öffentlichkeit, dem Wohlstand etc.) befriedigt und scheint somit von der Teilnahme entbunden. Diese Enthaltensamkeit kann sich allerdings auch plötzlich im negativen Sinne umkehren, etwa in Pogromstimmungen, wie sie sich Anfang der 1990er-Jahre gegen Asylbewerberheime entluden.

Berichtetes politisches Partizipationsverhalten

(in Prozent)

Tabelle 3.1.4

	Habe ich schon gemacht	Würde ich nutzen	Keins von beiden
01 Mich an Wahlen beteiligen	67,6	25,4	7
02 Mich in Versammlungen an öffentlichen Diskussionen beteiligen	22,5	30	47,6
03 Mitarbeit in einer Bürgerinitiative	13,1	33,1	53,8
04 In einer Partei aktiv mitarbeiten	10,5	14,5	75
05 Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration	8,6	14	77,4
06 Hausbesetzung, Besetzung von Fabriken, Ämtern	7,2	7,6	85,3
07 Bei einer Demonstration mal richtig Krach schlagen, auch wenn dabei einiges zu Bruch geht	8	4,4	87,6
08 Für eine Sache kämpfen, auch wenn dazu Gewalt gegen Personen notwendig ist	7,6	3,6	88,8
09 Teilnahme an einer genehmigten Demonstration	18,8	31,8	49,4
10 Aus Protest nicht wählen gehen	27,4	22,4	50,1
11 Aus Protest einmal eine andere Partei wählen als die, der man nahesteht	21,6	24,2	54,2
12 Beteiligung an einer Unterschriftensammlung	42,3	37	20,7
13 Mich an einer Online-Protestaktion beteiligen	9,6	25,3	65,1

Wie ist es – nach der Teilnahme – nun um die Teilhabe an der Gesellschaft bestellt? Demokratie kann sich zum einen durch »output« legitimieren, was vor allem Teilhabe am Wohlstand einer Gesellschaft bedeutet. Es spielen aber auch Effekte wie die von uns beschriebene »narzisstische Plombe« eine Rolle. Es muss also keineswegs ein direkter Zusammenhang vorhanden sein nach dem Muster: gute Tarifabschlüsse und Lohnzuwächse gleich höhere Zustimmung zur Demokratie. Dennoch, die wirtschaftliche Lage hat in jedem Fall einen Einfluss sowohl auf die Einstel-

lung der Bevölkerung zur Demokratie selbst als auch auf die Zustimmung in den einzelnen Dimensionen der rechtsextremen Einstellung als ihrer Antithese.

Die wirtschaftliche Deprivation hat seit 2010 weiter abgenommen. Bei der Frage, wie die Befragten die eigene wirtschaftliche Lage heute und in einem Jahr beurteilen, konnten die Befragten fünfstufig antworten (von »sehr gut« bis »sehr schlecht bzw. von »wesentlich besser als heute« bis »wesentlich schlechter als heute«; die beiden Pole wurden für die Darstellung jeweils zusammengefasst; vgl. Tabelle 3.1.5). Die eigene wirtschaftliche Lage wurde dabei noch einmal deutlich besser eingeschätzt als noch 2010 – das spiegelt wahrscheinlich die bisher vergleichsweise gute Situation für die deutsche Bevölkerung in der Eurokrise wider. Die eigene Lage in einem Jahr verbessert sich zwar nach Ansicht der meisten Befragten nicht, verglichen mit den Werten der Vorjahre nimmt die Angst vor einer wirtschaftlich schlechten Lage in der Zukunft nicht zu. Nach wie vor ist die Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage in Ostdeutschland etwas schlechter als in Westdeutschland.

Eigene wirtschaftliche Lage 2006-2012

(in Prozent)

Tabelle 3.1.5

	Gesamt			West			Ost		
	2006	2010	2012	2006	2010	2012	2006	2010	2012
Wie beurteilen Sie Ihre eigene wirtschaftliche Lage heute?									
sehr gut/gut	38,5	41,3	51	39,5	42,6	51,8	34,4	36,7	47,9
teils gut/teils schlecht	43,9	40,6	36,6	43,8	39,7	36,9	44,2	44,2	35,8
schlecht/sehr schlecht	17,6	18	12,3	16,7	17,7	11,3	21,3	19,1	16,3
Wie wird Ihre eigene wirtschaftliche Lage in einem Jahr sein?									
wesentlich besser als heute	13,7	15,4	14	14,4	16,8	14,6	11	10,3	11,9
gleichbleibend	60,4	67,5	66,7	61,2	67,4	66,8	57,5	67,9	66,3
etwas/wesentlich schlechter als heute	25,9	17,1	19,3	24,4	15,8	18,6	31,6	21,8	21,8

Zur Erinnerung: Wer alle Aussagen im Rechtsextremismus-Fragebogen zustimmend beantwortet, gilt als Proband mit manifest rechtsextremer Einstellung (vgl. Kap. 2.4). Etwas anders fallen die Antworten aus, wenn nur diese Gruppe der manifest Rechtsextremen betrachtet wird. In dieser Gruppe steigen die Werte 2012 bei der negativen Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage. Dieser Anstieg ist bemerkenswert. Wirtschaftliche Deprivation und Zukunftsangst steigern die Zustimmung zum Rechtsextremismus, im Jahr 2012 trifft das in besonderem Maße zu, wie Tabelle 3.1.6 zeigt. Unter den Befragten, die die eigene wirtschaftliche Lage heute und in einem Jahr jeweils schlechter beurteilten, befanden sich besonders viele mit einem rechtsextremen Weltbild.

Zusammenhang Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Lage und rechtsextreme Einstellung 2006-2012/Grenzwert > 63

(in Prozent)

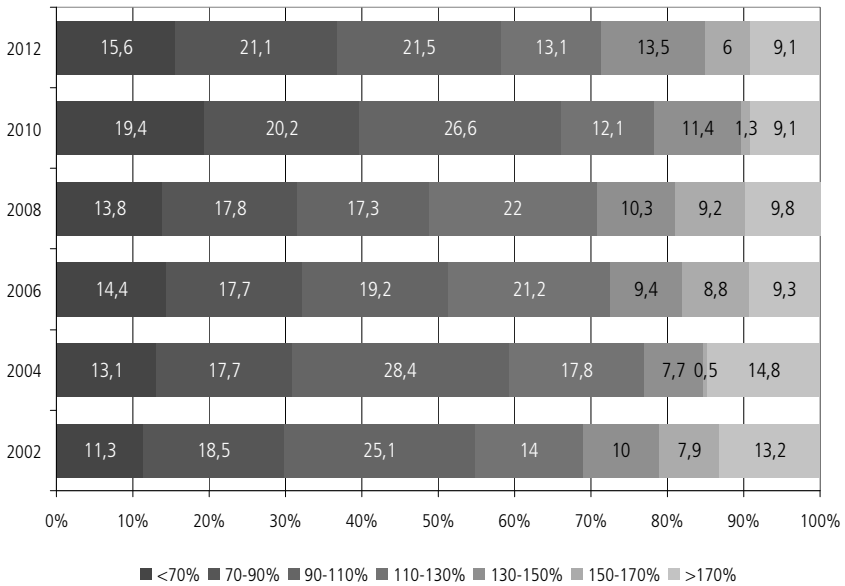
Tabelle 3.1.6

	Eigene wirtschaftliche Lage heute			Eigene wirtschaftliche Lage in einem Jahr		
	(sehr) gut	teils/ teils	(sehr) schlecht	(sehr) gut	teils/ teils	(sehr) schlecht
2006	8,2	7,9	11,5	8,8	8,4	9,4
2010	7,1	8,4	10,5	7,6	8,1	9,5
2012	7,4	5,6	25,6	8,2	6,6	18,1

In Grafik 3.1.1 können wir einen Grund für die relative Zuversicht der Befragten vermuten: Die Einkommensstrukturentwicklung hat sich stabilisiert, nachdem 2010 die höchste Prozentzahl unter 70% des Medians festzustellen war – jenem Wert, der die Verteilung in zwei gleich große Hälften teilt –, mit anderen Worten: als in dieser Zeitreihe die höchste Anzahl an Armen gemessen wurde. Im Vergleich zu den Jahren 2002 bis 2008 bleiben die Gruppen, denen unter 90% des Medians an Einkommen zur Verfügung steht, aber stark.

Einkommensstrukturentwicklung in Westdeutschland 2002-2012
(in Prozent)

Grafik 3.1.1

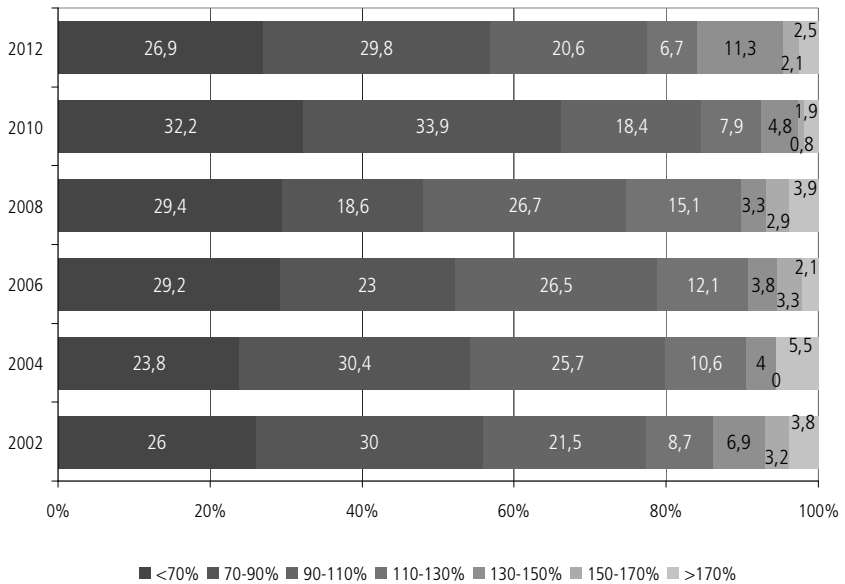


Nach wie vor deutlich ist der Unterschied der Einkommensstruktur zwischen Ost und West, wie ein Blick auf Grafik 3.1.2 zeigt. Da die Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungen in den unteren Einkommensgruppen insbesondere in Ostdeutschland über die Jahre stabil höher ist (vgl. Decker et al. 2010), steht hier ein Zusammenhang zu vermuten. Zu betonen ist jedoch, dass auch Personen mit höherem und hohem Einkommen in Ost und West sehr wohl rechtsextremen Aussagen zustimmen. In der Tat sind die Unterschiede in der Verbreitung einer rechtsextremen Einstellung bezogen auf das Einkommen gerade in Westdeutschland eher gering.

Einkommensstrukturentwicklung in Ostdeutschland 2002-2012

(in Prozent)

Grafik 3.1.2



Aus Sicht der Demokratie ist eine ungleiche Einkommens- und Wohlstandsverteilung in mehrerlei Hinsicht problematisch. Der Einfluss auf politische Entscheidungen hängt zum Beispiel nicht unwesentlich von den Ressourcen ab, die für die Lobbyarbeit eingesetzt werden können – bei ungleicher Reichtumsverteilung droht eine Machtellipse, Zugang zur politischen Entscheidungsfindung wird so zu einem Privileg. Die Höhe des Einkommens korreliert stark mit der Intensität der politischen Partizipation. Höher Gebildete und Personen mit höherem Einkommen sind deutlich öfter in Parteien engagiert, arbeiten öfter in Bürgerinitiativen mit und gehen eher zur Wahl. Je weiter die Gesellschaft ökonomisch auseinanderdriftet, desto ungleicher wird auch die politische Partizipation und Repräsentation. Je weniger die Demokratie aber über Partizipation und Repräsentation Legitimität beanspruchen kann, desto schwieriger wird auch der Kampf gegen Rechts.

In Kapitel 2 sind wir bereits auf den Einfluss der Erwerbssituation der Befragten auf die Zustimmungswerte zu den verschiedenen Dimensionen der rechtsextremen Einstellung eingegangen (siehe Tabelle 2.3.4). Arbeitslose hatten die höchsten Werte in den Dimensionen »Ausländerfeindlichkeit«, »Chauvinismus« und »Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur«. Im Ruhestand befindliche Personen fielen mit durchgehend hohen Zustimmungswerten auf. Wir wollen uns zunächst den Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und rechtsextremer Einstellung genauer ansehen und vergleichen dabei auch zwischen verschiedenen Altersgruppen. Bei den Personen, die angaben, bisher nie arbeitslos gewesen zu sein, ist ein Anstieg der Zustimmung über die Altersgruppen (aufsteigend) in jeder Dimension und auch in der Zeile »geschlossenes rechtsextremes Weltbild« zu beobachten. Dieser auf den Alterseffekt (siehe auch Tabelle 2.3.5) und teilweise auch auf einen Bildungseffekt zurückführbare Eindruck relativiert sich allerdings bei steigender Betroffenheit von Arbeitslosigkeit (vgl. Tabelle 3.1.7). Mehrmalige Arbeitslosigkeit führt zu höheren Werten in allen Dimensionen und in allen Altersgruppen.

Rechtsextreme Einstellung in Abhängigkeit von der Arbeitslosigkeit 2012 (in Prozent)

Tabelle 3.1.7

	Nie arbeitslos			Einmal arbeitslos			Mehr als arbeitslos		
	bis 30 Jahre	31-60 Jahre	Ab 61 Jahre	bis 30 Jahre	31-60 Jahre	Ab 61 Jahre	bis 30 Jahre	31-60 Jahre	Ab 61 Jahre
Befürwortung Diktatur	2,8	3,1	4,6	1,5	1,7	2,5	10,3	3,3	10,9
Chauvinismus	13,8	20,1	24	9,9	13,6	17,7	21,1	19	34,8
Ausländerfeindlichkeit	16,2	24,1	30,2	13,6	19,8	30,4	35,9	31	43,5
Antisemitismus	5,5	6,8	13,2	1,5	7,4	7,6	13,2	6	26,1
Sozialdarwinismus	3,3	4,4	6,4	3	1,2	1,3	5,1	3,3	6,5
Verharmlosung des NS	2,5	2,5	4,6	3	0,8	3,8	7,7	2,7	6,5
Geschlossenes rechtsextremes Weltbild (Grenzwert > 63)	6,1	8,2	12,9	4,6	4,1	11,4	16,2	6,6	26,1

3.2 Judenfeindschaften – Alte Vorurteile und moderner Antisemitismus

Peter Ullrich, Oliver Decker, Johannes Kiess, Elmar Brähler

Im Frühjahr 2012 erhielt die jüdische Israelin Eti Doron, Inhaberin eines Spielzeuggeschäfts in Tel Aviv, eine E-Mail aus Nürnberg. In dieser E-Mail beschwerte sich der Absender, Co-Besitzer eines Accessoires- und Interieur-Herstellers, über eine ausgebliebene Zahlung. Abgesehen davon, dass das einst avisierte Geschäft niemals zustande gekommen war, keine Ware geliefert wurde und es mithin auch keinen Anlass für eine Beschwerde gab, ist doch der weitere Inhalt der E-Mail erschütternd – und gibt Aufschluss über Elemente und Erscheinungsformen von Antisemitismus im heutigen Deutschland.¹³ Der Verfasser beschwert sich über den großen ihm zugefügten materiellen Schaden. Er beschimpft die Empfängerin, dass sie sich entschieden habe, »ein echter Jude, nicht nur ein Lügner, sondern auch ein Betrüger zu sein«. Er erinnert im Weiteren, dass die Juden jahrhundertlang von vielen als »Pestilenz« angesehen wurden, eine Behauptung, die der Verfasser nie geglaubt, doch nun bestätigt gefunden habe. Im weiteren Verlauf erfolgt eine Darstellung Israels als Gefahr für den Weltfrieden und Unterdrücker der Palästinenser/innen und eine lobende Erwähnung des Gedichtes von »unserem großen Schriftsteller Günter Grass«, mit dem dieser kurz zuvor Israel massiv kritisiert hatte. Im Gedicht bezichtigte Grass Israel der möglicherweise bevorstehenden Ausrottung des iranischen Volkes. Abschließend droht der Firmeninhaber mit Polizei, sollte sich Frau Doron noch einmal einem Stand der Firma nähern, und vergisst auch nicht relativierend zu erwähnen, dass er verschiedene jüdische Personen kenne, die »gute Leute« seien.

Diese eine Mail zeigt wie im Brennglas Facetten und Charakteristika des heutigen Antisemitismus: welche Themen er aufgreift, wie er einem historischen Wandel unterliegt, mit welchen anderen Diskursen er sich verbindet, wie er sich legitimiert und anderes mehr. Der Rückgriff auf

13 <http://www.jpost.com/International/Article.aspx?ID=268476>,
<http://www.n-tv.de/politik/Hass-Mail-aus-Nuernberg-article6180081.html>.

mittelalterliche christlich-antijüdische Mythen erfolgt ebenso wie die modernere Verbindung von Jüdischsein mit Geld und Raffgier. Das eminent feindliche Judenbild des Verfassers untermauert eine negative Einschätzung Israels; es ist gekoppelt mit deutschem Nationalstolz und weiß sich gegen Kritik abzusichern, indem der eigene Rassismus durch die Aufzählung »guter Juden« relativiert wird. All diese und weitere Facetten des Antisemitismus sollen im Folgenden herausgearbeitet und mit den Ergebnissen der aktuellen Befragung in ihrer quantitativen Bedeutung analysiert werden.

Dazu wird zunächst geklärt, was unter Antisemitismus bzw. »Judenfeindschaften« zu verstehen ist und wo diese historisch zu verorten sind. Die wissenschaftlichen Kontroversen und deren Spannungsverhältnis zum politischen Diskurs über Antisemitismus werden umrissen. Anschließend werden aktuelle Befunde aus unserer Bevölkerungsumfrage vorgestellt. Dabei betonen wir die Koexistenz verschiedener Erscheinungsformen von Judenfeindschaft, die doch eng miteinander verbunden sind. Gesondert wird dabei die Frage verfolgt, welche Funktion und Bedeutung der sogenannte sekundäre Antisemitismus hat, die Judenfeindschaft »trotz und wegen Auschwitz«.

Was ist Antisemitismus?

Es gibt viele voneinander abweichende Definitionen, deren Kern doch darin besteht, Äußerungsformen, Meinungen und Handlungen zu erfassen, die durch Feindschaft, Ablehnung und Diskriminierung gegenüber dem Judentum oder jüdischen Menschen gekennzeichnet sind (Heyder, Iser & Schmidt 2005).

Die Erscheinungsformen des Antisemitismus sind äußerst vielfältig. Er umfasst einerseits stereotype Meinungen und abwertende Vorurteile von einzelnen Menschen und andererseits kollektive Organisationsformen (Bewegungen, Parteien), die sich seine Propagierung auf die Fahnen geschrieben haben und Manifestationen ihrer Anschauungen produzieren (Bilder, Symbole, Texte). Zum Antisemitismus gehören judenfeindliche Begriffe, Konzepte und Symbole im kollektiven Zeichenvorrat, bei-

spielsweise in Sprichwörtern und Redensarten, ebenso wie konkrete und oft massivste Gewalt oder andere strafrechtlich relevante Taten gegen jüdische Menschen oder Einrichtungen. Die Gewalttaten sind Erscheinungsformen des Antisemitismus, die öffentlich sicht- und wahrnehmbar sind. Sie sollen an dieser Stelle nicht weiter Thema werden, obwohl sie »ein kontinuierlich präsenten Alltagsphänomen in Deutschland« darstellen (Expertenkreis 2011, 35). Hierzu gehören Schändungen jüdischer Friedhöfe, Brandanschläge auf Einrichtungen wie Synagogen, Schmierereien, Beleidigungen und körperliche Angriffe, hasserfüllte Sprechchöre von Fußballfans, die der gegnerischen Mannschaft eine U-Bahn nach Auschwitz bauen wollen, oder die explizite Leugnung des Holocaust. Die Statistik über »politisch motivierte Kriminalität« weist für die Jahre 2001 bis 2010 jährlich zwischen etwa 1200 und 1700 antisemitische Straftaten aus. Ein Teil davon (er schwankt in dieser Dekade zwischen 28 und 64 pro Jahr) sind antisemitische Gewaltdelikte (Expertenkreis 2011, 36; Holz 2005, 7 ff.). Diese Zahlen müssen, wie polizeiliche Kriminalstatistiken generell, mit großer Vorsicht interpretiert werden. Als Anzeigenstatistiken erfassen sie nur tatsächlich polizeilich behandelte Fälle, also nicht das möglicherweise viel größere Dunkelfeld. Und es ist keineswegs sicher, dass rechtsextremistische Straftaten auch als solche erfasst werden, wie aktuell die Affäre um die rassistischen Morde des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) zeigt. Die folgenden Darstellungen sollen sich – als Hinführungen zu unseren Daten, die sich ja auf Einstellungen in der Bevölkerung beziehen – mehr mit den Inhalten und der Bedeutungsstruktur des Antisemitismus in der Gesellschaft befassen. Denn: »Schon das Reden über die Antisemiten weckt Assoziationen an Judenhasser, Leute mit Schaum vor dem Mund, wilde Raserei. Aber das ist nur der Ausnahmezustand des Antisemitismus. Wie sieht der Normalzustand aus?« (Claussen 1987, 9).

*Vom Antijudaismus zum modernen Antisemitismus*¹⁴

Der Begriff Antisemitismus fungiert heute gemeinhin als Sammelbezeichnung für alle antijüdischen Phänomene, die aber hinsichtlich ihrer inneren ideologischen Struktur, ihrer historischen Entstehung und ihrer Funktion durchaus verschieden sein können. In einer engeren Verwendungsweise des Begriffs jedoch bezieht sich Antisemitismus nur auf einige dieser Phänomene, die sich besonders seit dem späten 19. Jahrhundert als Spezifika der Judenfeindschaft herauskristallisierten und den Kern des heutigen Antisemitismus beschreiben. Diese haben sich durch die Shoah noch einmal immens gewandelt. Deswegen hat es sich in der Forschung, anders als im allgemeinen Diskurs, eingebürgert, hauptsächliche Erscheinungsformen hinsichtlich des historischen Kontextes ihrer Entstehung und hinsichtlich ihrer dominanten Funktion zu unterscheiden. Die wichtigste Unterscheidung ist dabei die zwischen christlichem Antijudaismus und modernem Antisemitismus.

Die Judenfeindschaft des Christentums, die tatsächlich eine 2000-jährige Geschichte aufzuweisen hat, begründet sich in erster Linie religiös durch die Abgrenzung von der »Mutterreligion« (Benz 2004, 65 ff.). Unter den ersten Hetzern gegen das Judentum spielten christliche Geistliche eine prominente Rolle. Rationalisiert wird das Vorurteil durch Legenden über angebliche Untaten (der »Gottesmord« am mythologischen jüdischen Gründer des Christentums, Jesus Christus, oder der »Kindermord von Bethlehem«), die den Juden kollektiv zugeschrieben wurden. Damit gingen eine segregierende soziale Positionierungspraxis einher, die Jüdinnen und Juden auf bestimmte Wohnorte oder unangesehene Tätigkeiten beschränkte, und sich immer wieder gewalttätig entladende Pogrome. Aber was noch unter dieser Oberfläche liegt, ist der Hass auf die Angehörigen jener Gruppe, die glauben »es besser [zu] wissen«. »Der Antisemitismus soll bestätigen, dass das Ritual von Glaube und Geschichte recht hat, indem er es an jenen vollstreckt, die solches Ritual

14 Einen sehr konzisen und gut verständlichen, einführenden Überblick über die Antisemitismuskonzeptionen und die Periodisierungen bietet Späti (2005, 21-37); für eine umfangreiche Darstellung zu Geschichte und Entwicklung des Antisemitismus (vgl. Benz 2004).

verneinen.« (Horkheimer & Adorno 1944a, 209). Davon gibt auch der Ausweg Kunde, der Juden in den voraufgeklärten Jahrhunderten zur Verfügung stand: die Konversion zum Christentum, wobei mit dem Akt der Taufe die »Rehabilitierung« erfolgen konnte. Angesichts der weiterhin starken christlichen Prägung unserer Gesellschaft und des Fortbestehens christlicher Milieus, die in diesen Traditionen verwurzelt sind, gibt es auch heute noch Relikte dieser religiösen Judenfeindschaft (Expertenkreis 2011, 61 f.). Hinzu kommen aber auch neue Formen des Antisemitismus, welche unter anderem der Transformation christlicher Heilsversprechen in die warenproduzierende Gesellschaft geschuldet sind.

Doch die im christlichen Antijudaismus angelegte Konversionsmöglichkeit ist radikal ausgeschlossen in der Form von Judenfeindschaft, die sich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts herausbildet – nun tatsächlich auch unter der Bezeichnung Antisemitismus. Diese Verschiebung der Heilserwartung – von der christlichen Eschatologie zur kapitalistischen Moderne – radikalisierte auch den Hass auf die Juden und Jüdinnen. Als Wilhelm Marr den Begriff Antisemitismus mit seiner »Antisemitenliga« propagierte, haben sich die kategorialen Voraussetzungen geändert. Auch wenn die Ablehnung von Jüdinnen und Juden an die lange und feindliche Tradition des christlichen Mittelalters anknüpfen konnte, begründete sie sich nun – nach der Aufklärung und in der sich stets selbst überholenden Moderne der europäischen Gesellschaften – anders. Schon im gewählten Namen für die Weltanschauung von Antisemiten kommt zum Ausdruck, dass die Jüdinnen und Juden als Rasse (oder gelegentlich Volk) vorgestellt werden, also ihre unterstellte Andersartigkeit und die von Antisemiten betriebene Absonderung bis hin zur Verfolgung an angeborenen Differenzen liege. Der moderne Antisemitismus ist somit Teil des Rassismus, der einen weltgeschichtlichen Kampf zwischen verschiedenen Menschenrassen postuliert. Mit dieser biologistischen Konstruktion ist die Option des Übertritts ausgeschlossen und mit den Vorstellungen vom Kampf eine Idee aufgekommen, die sich in der Vernichtung der europäischen Juden in Nazi-Deutschland auf ihre radikalste Weise zuspitzte. Inhaltlich war – und ist – der Antisemitismus gekennzeichnet durch seine Personifizierung, d.h. die mit verschwö-

rungstheoretischem Impetus vorgetragene Zuschreibung aller unverstandenen Aspekte des modernen Lebens (z.B. Auflösung traditioneller Bindungen, Individualisierung, freie Presse, Liberalismus, Kapitalismus, Sozialismus) zum Judentum.

In diesem Zusammenhang wies man von Seiten der Kritischen Theorie immer wieder auf die besondere Position hin, welche Jüdinnen und Juden in der warenproduzierenden Ökonomie zugewiesen wurde. Die Beobachtung, dass im Zeitalter vor der Industrialisierung Juden von fast allen handwerklichen Berufen ausgeschlossen blieben, dient zur Erklärung einer Sonderposition im ökonomischen Gefüge der Gesellschaft, die bis heute nachwirkt. Es blieben als mögliche Einkommensquellen zumeist nur Bereiche übrig, die in Anlehnung an Marx als »Sphäre der Zirkulation« bezeichnet werden. Mit dieser Begriffsübernahme ist auch die Übernahme der Marxschen Analyse kapitalistischer Produktion verbunden. In der Sphäre der Produktion geschieht jener Betrug, der Voraussetzung zur Kapitalakkumulation ist: Der Lohn ist immer kleiner als der Wert dessen, was produziert oder vorher investiert worden ist. Allerdings kommt der Umstand, gerade einmal so viel Lohn zu erhalten, wie man zum Leben braucht, nicht in der Fabrik, sondern im Laden zu Bewusstsein: »Der Kaufmann präsentiert ihnen den Wechsel, den sie dem Fabrikanten unterschrieben haben. Jener ist der Gerichtsvollzieher fürs ganze System und nimmt das Odium für die andern auf sich. Die Verantwortlichkeit der Zirkulationssphäre für die Ausbeutung ist gesellschaftlich notwendiger *Schein*. (...) Darum schreit man: Haltet den Dieb! und zeigt auf den Juden.« (Horkheimer & Adorno 1944, 203; Hervorhebung d.A.)

Ein wichtiges Moment ist die Funktion des modernen Antisemitismus im Prozess der Konstruktion von Nationen, was besonders Klaus Holz (2001) betont. Das lange 19. Jahrhundert war das Jahrhundert der Durchsetzung von Nationalstaaten in Europa, die die alten Königreiche durch moderne Staatsformen ersetzten und sich oft als ethnisch homogene Gebilde legitimierten. Diese »imaginierten Gemeinschaften« (Anderson 1998) mussten nach innen wie außen mit Macht, Gewalt und Ideologie durchgesetzt werden (Weber 1976; Hobsbawm 2005). Die von den National-

bewegungen propagierte Vorstellung einer übergeschichtlichen, schicksalhaft verbundenen Wir-Gruppe wurde auf den Schlachtfeldern, beispielsweise des Deutsch-Französischen Krieges, zur mörderischen Praxis. Das deutsche Wir konstituierte sich gegen das (komplementäre) französische. In der Stabilisierung dieser nationalen Weltbilder, so Holz (2005, 30ff), kam dem Jüdischen gerade durch das Transnationale seiner Existenz eine besondere Funktion zu. So wurde das Judentum nicht als eine Nation unter vielen gesehen, sondern zum Antiprinzip der Nation an sich stilisiert. Auch dies findet sich noch heute in der häufigen diskursiven Gegenübersetzung der Jüdinnen und Juden zu den »Deutschen« (sogenannte »jüdische Separation«), auch wenn es um deutsche Jüdinnen und Juden geht. Diese starke Verknüpfung des Antisemitismus mit dem Nationalismus, besonders in seiner radikalen und chauvinistischen Variante, besteht weiterhin (Frindte & Wammetsberger 2008; Imhoff 2010) für bestimmte Ausprägungen des Antisemitismus, wie auch unsere Daten zeigen.

Antisemitismus nach der Shoah:

sekundärer und antizionistischer Antisemitismus

Die Shoah, der industrielle Massenmord an den Jüdinnen und Juden, erwies sich, zumal in Deutschland, als Wendepunkt für den Antisemitismus. Einerseits war sie mit den Millionen Opfern der grausame Tiefpunkt der Absonderung des Judentums, die in der antisemitischen Denkweise angelegt ist. Mit der deutschen Niederlage und im Angesicht des Menschheitsverbrechens änderten sich jedoch auch die Existenzbedingungen des Antisemitismus grundsätzlich. Quasi über Nacht wurde die mörderische Staatsideologie durch eine Norm des Anti-Antisemitismus ersetzt (Erb & Kohlstruck 2006), die insbesondere ab den 1980er-Jahren, als der Holocaust weltweit eine größere Rolle in der Erinnerungspolitik zu spielen begann, durch öffentliches Gedenken und insbesondere durch Skandale kommunikativ gefestigt wurde (Bergmann 1997). Dies führte zu einer langfristigen Abnahme sichtbarer antisemitischer Einstellungen.¹⁵

15 Gleichzeitig war der Antisemitismus in der Bevölkerung keineswegs verschwunden. Aus dieser Differenz zwischen verbreiteten Einstellungen und der öffentlichen Norm resultiert die »Kommunikationslatenz« – die Beibehaltung der Einstellung bei Vermeidung ihrer Thematisierung angesichts des immensen »Meinungsdrucks« (Bergmann & Erb 1986; Decker & Brähler 2010).

Mit der Shoah tritt jedoch auch ein neues Motiv für den Antisemitismus zutage. Denn Auschwitz ist etwas, was die Ideologie des – insbesondere deutschen – Nationalismus nachhaltig desavouiert. Die eigene Nation wertzuschätzen, sogar über die Zeit hinweg – das ist schwer möglich, wenn dies zugleich bedeutet, Auschwitz zu affirmieren. Das aus dem Nationalsozialismus und im Angesicht der mit ihm verbundenen Schande resultierende Bedürfnis nach Schuldabwehr verschafft sich Erleichterung und wird als »sekundärer Antisemitismus« bezeichnet. Die rechts-extreme (weitgehend marginalisierte und in der Bundesrepublik strafbewehrte) Variante ist die Holocaustleugnung. Die bis weit in die Mitte der Gesellschaft verbreiteten Varianten postulieren jüdische Mitschuld an ihrer Verfolgung und das jüdische Ausnutzen der Erinnerung für heutige Interessen; sie verkehren Täter und Opfer und fordern ein Ende der Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen. Auch der Nahostkonflikt stellt einen Schauplatz dar, auf den sich diese Bedürfnisse projizieren lassen. Dies zeigt sich in der Übertragung antisemitischer Muster auf den Nahostkonflikt, namentlich in einer exzessiven, mit antisemitischen Stereotypen agierenden Kritik an Israel oder in der Gleichsetzung Israels mit dem Nationalsozialismus.¹⁶ Durch die Verknüpfung oder Überlagerung der Wahrnehmung des realen Nahostkonfliktes mit Verschwörungstheorien und Ressentiments kann dieser »antizionistische Antisemitismus« auch in migrantischen oder eigentlich antisemitismusfernen Milieus wie Teilen der politischen Linken (Haury 2002; Ullrich 2012) Unterstützung gewinnen.

Entsprechend dieser vielfältigen Entstehungskontexte, Trägergruppen und Motive sowie deren jeweiliger kultureller Tradierung und auch durch Gegenbewegungen wie den Philosemitismus und öffentlichen anti-antisemitischen Meinungsdruck gibt es keinen homogenen Antisemitismus, sondern inhaltlich-konkret recht unterschiedlich ausgestaltete judenfeindliche Differenzkonstruktionen, die in Einzelfragen sogar zueinander in

16 Zu den Schwierigkeiten und möglichen Kriterien der Abgrenzung legitimer und antisemitischer Kritik an Israel vgl. Ullrich (2011); zur Debatte, ob es sich hierbei um einen »neuen Antisemitismus« handelt vgl. Rabinovici et al. (2004).

Widerspruch stehen können, gleichwohl aber an der Stigmatisierung des Jüdischen festhalten.

Aktuelle Befunde: Antisemitismus 2012

Antisemitismus ist nicht leicht messbar. Dies hängt insbesondere mit seiner öffentlichen Ächtung, aber auch mit der beschriebenen inhaltlichen Fragmentierung und dem hohen Potenzial an damit verbundenen Befangenheiten zusammen. »Ein Gespräch über Juden findet im Horizont von Schuld, moralischem Versagen, Anklage und kulturell tradiertem antijüdischem Ressentiment statt. Deshalb wird das Thema von vielen als belastet und unangenehm empfunden« (Bergmann & Erb 1991, 504). Dazu kommen die generellen Probleme der Umfrageforschung. Die Art der Fragestellung und Annahmen über soziale Erwünschtheit haben Einfluss auf die Beantwortung. Auch können Fragen missverstanden und aus Versehen falsch beantwortet werden. Zudem müssen Grenzwerte festgelegt werden, ab denen ein Tatbestand als erfüllt gilt. Wir haben für unsere Untersuchung primären und sekundären Antisemitismus getrennt analysiert.¹⁷ Während primärer Antisemitismus sich vor allem in direkten Vorurteilen gegenüber Jüdinnen und Juden äußert, ihnen als Angehörigen einer angeblich rassistischen Gruppe zumeist negative Eigenschaften zuschreibt, ist der sekundäre Antisemitismus das Produkt einer Schuldabwehr nach der Shoah und äußert sich in Relativierungen deutscher Verbrechen bei gleichzeitiger Betonung eigener Opfer (Adorno 1964).

Im eingesetzten Fragebogen sollen auf einer fünfstufigen Skala Zustimmung/Ablehnung zu verschiedenen antijüdischen Äußerungen angegeben werden. Die Werte zu den jeweiligen Aussagen (z.B. »Durch ihr Ver-

17 Verwendet wurde eine gekürzte Variante des validierten Fragebogens von Roland Imhoff (2010) mit den beiden Subskalen primärer moderner Antisemitismus (MPA) und sekundärer moderner Antisemitismus (SMA). Von den theoretisch relevanten Dimensionen waren damit operationalisiert: jüdische Macht, Jüdinnen/Juden als Störenfriede, Israelbezogener Antisemitismus (PMA) und Generalisierung der Opfer, Instrumentalisierung von Erinnerung und Schlussstrichforderung (SMA). Die Dimension Antisemitismus im Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung (vgl. Kap. 2.2) misst in diesem Sinne die primär antisemitischen Einstellungen der Befragten.

halten sind die Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig«) geben an, wie viel Prozent der Bevölkerung dieser jeweils zustimmen (Tab. 3.2.1).

Von der gelegentlichen Zustimmung zu einer im gesellschaftlichen Diskurs verbreiteten Aussage kann jedoch nicht auf ein festes antisemitisches Weltbild der befragten Person geschlossen werden. Allerdings zeigt sich hierin die Akzeptanz antisemitischer Stereotype durch die Befragten. Um eine Differenzierung zu ermöglichen, wurden nur diejenigen, die einer Mehrheit der antisemitischen Einzelaussagen entweder »überwiegend« oder »voll und ganz« zustimmen als Antisemit/innen klassifiziert, d.h. als Menschen, bei denen man von einer Konstanz und Konsistenz, also einem Syndrom antisemitischer Einstellungen sprechen kann (Tab. 3.2.2).

Zustimmung und Ablehnung zu antisemitischen Aussagen

(in Prozent)

Tabelle 3.2.1

	Lehne völlig ab %	Lehne überwiegend ab %	Stimme teils zu/teils nicht zu %	Stimme überwiegend zu %	Stimme voll und ganz zu %
Primärer Antisemitismus					
Juden haben zu viel Einfluss auf die öffentliche Meinung in diesem Land.	30,5	22,2	27	13	7,4
Juden haben zu viel Kontrolle und Einfluss an der Wall Street.	27,7	18,6	26,2	16,6	11
Juden sorgen mit ihren Ideen immer für Unfrieden.	33,5	22,1	24,9	12,9	6,6
Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig.	48,9	19,4	17,3	9	5,4
Durch die israelische Politik werden mir die Juden immer unsympathischer.	25,5	21,2	29,2	13,7	10,5
Sekundärer Antisemitismus					
Es macht mich wütend, dass Vertreibung der Deutschen und die Bombardierung deutscher Städte immer als kleinere Verbrechen angesehen werden.	22	19,6	26,5	19,3	12,7
Die Juden nutzen die Erinnerung an den Holocaust heute für ihren eigenen Vorteil aus.	22,5	16,7	28,9	19,5	12,4
Reparationsforderungen an Deutschland nützen oft gar nicht mehr den Opfern, sondern einer Holocaust-Industrie von findigen Anwälten.	14,9	13,8	28,6	24,6	18,2
Ich bin es leid, immer wieder von den deutschen Verbrechen an den Juden zu hören.	21,1	14,5	26,7	21	16,7
Wir sollten uns lieber gegenwärtigen Problemen widmen als Ereignissen, die mehr als 60 Jahre vergangen sind.	10,1	8,9	19,1	26	36

Auffallend ist, dass die Zustimmung zu *allen* antisemitischen Einzelaussagen jeweils deutlich über dem Gesamtpotenzial an antisemitischen Personen in der Bevölkerung liegt (vgl. Tabellen 3.2.1 und 3.2.2). Antisemitische Einstellungsfragmente finden sich also auch bei vielen Personen, die nicht als manifeste Antisemit/innen klassifiziert werden können. Dies zeigt vor allem die starke Fragmentierung antisemitischer Diskurse und den genuin sozialen bzw. kommunikativen Charakter des Phänomens – des sogenannten »Antisemitismus ohne Antisemiten« (Marin 1979), der auch und gerade ohne das individuelle Bekenntnis zum Antisemitismus als geschlossener Weltanschauung existiert.

Die beiden Hauptformen (Subskala primärer und Subskala sekundärer Antisemitismus) sind nicht nur theoretisch, sondern nach unseren Befunden auch empirisch deutlich voneinander abgrenzbare Phänomene. Fasst man trotzdem beide Formen der Judenfeindschaft zusammen, wird deutlich, dass bei 28% der Befragten mindestens eine der beiden Formen des Antisemitismus vorliegt. Daher kann es nicht beruhigen, dass 72% der Bevölkerung sich weder primär noch sekundär antisemitisch präsentieren. Im Einzelnen zeigte sich, dass der sekundäre Antisemitismus mit deutlich höheren Zustimmungsraten (23,8%, gegenüber 11,5% primären Antisemiten) heute die Hauptform des Antisemitismus darstellt (Tab. 3.2.2), wobei 7,4% sowohl primär als auch sekundär antisemitisch eingestellt sind. Hinsichtlich religiöser Gruppen fällt auf, dass der primäre Antisemitismus gerade bei Muslimen sehr ausgeprägt ist, während diese beim sekundären Antisemitismus eher durchschnittliche Werte erreichen.

Antisemitismus in Abhängigkeit von Geschlecht, Konfession und Wohnort (in Prozent)

Tabelle 3.2.2

	Gesamt	West	Ost	Männer	Frauen	Evan- gelisch	Katho- lisch	Muslim	Ohne Konf.
Primärer Antisemitismus	11,5	11,3	12,6	12,7	10,6	9,5	10,6	16,7	16,6
Sekundärer Antisemitismus	23,8	24,9	18,8	27,4	20,5	25,1	26,4	20,8	17,5

In der Gruppe der über 65-Jährigen gibt es 19% antisemitisch eingestellte Personen, in allen jüngeren Kohorten sind nur jeweils 7-11% Antisemitinnen und Antisemiten. Ein sozialisatorischer Hintergrund zeigt hier wahrscheinlich einen gewissen Einfluss (Sozialisation während oder kurz nach dem Nationalsozialismus vs. spätere Sozialisation). Der sekundäre Antisemitismus steigt eher linear mit zunehmendem Alter, er ist also nicht nur Ausdruck einer im Verschwinden begriffenen Generation (Tab. 3.2.3). Ost-West-Unterschiede scheinen immer weniger ins Gewicht zu fallen (Brähler & Decker 2010), aber sekundärer Antisemitismus ist im Osten weiterhin weniger verbreitet.

Antisemitismus in Abhängigkeit vom Alter

(in Prozent)

Tabelle 3.2.3

	bis 24 J.	25-34	35-44	45-54	55-64	65-74	ab 75
Primärer Antisemitismus	7,4	8,7	10,8	8,4	10,1	18,6	19,4
Sekundärer Antisemitismus	15,3	18,5	17,8	22,4	26,4	34,7	27,8

Personen, die als rechtsextrem eingestuft werden oder zu rechtsextremistischen Parteien tendieren, neigen naturgemäß am stärksten zum Antisemitismus. Einen differenzierteren Blick auf die »Mitte« erlaubt die Untergliederung nach Parteipräferenzen. Primärer Antisemitismus ist bei den Anhängerinnen und Anhängern der großen Volksparteien und der Linken stärker verbreitet, bei den kleineren, eher liberalen Parteien deutlich weniger. Der sekundäre Antisemitismus hingegen folgt dem links-rechts Schema mit höheren Werten bei CDU/CSU und SPD und niedrigeren Werten bei der Linken, den Piraten und besonders den Grünen.

Antisemitismus in Abhängigkeit von der Parteipräferenz

(in Prozent)

Tabelle 3.2.4

	Rechte	CDU/ CSU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke	Piraten	Nicht- wähler	Unent- schiedene
Primärer AS	61,1	11,8	13,7	7,1	5,4	15,7	5,7	7,9	7,1
Sekundärer AS	63,2	24,1	28,5	25,9	14,3	21,2	19,6	21,3	22,4

Verschiedene Daten zeigen die Bedeutung des Antisemitismus für eine exklusive (= ausschließende) nationale Wir-Gruppen-Konstruktion. Der sekundäre Antisemitismus (für primären Antisemitismus gibt es diesen direkten Zusammenhang nicht) korreliert hoch mit dem Grad nationaler Identifikation. Es gilt: Je größer die Identifikation mit dem Kollektiv, umso größer die Wahrscheinlichkeit antisemitischer Einstellungen. Erwartungsgemäß ist sekundärer Antisemitismus auch unter deutschen Staatsangehörigen verbreiteter (23,7%) als unter Nichtdeutschen (10,6%).¹⁸ Auch die Befunde zum Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Lage und Antisemitismus verdeutlichen dies. Vier verwendete Indikatoren mit Bezug zur ökonomischen Situation (Einschätzung der allgemeinen und der eigenen wirtschaftliche Lage, jeweils zum Befragungszeitpunkt und in einem Jahr) haben einen negativen Einfluss auf Antisemitismus. Je schlechter die Situation eingeschätzt wird, umso größer ist die Neigung zum primären Antisemitismus. Anders stellt sich dies beim sekundären Antisemitismus dar. Hier gibt es auf den meisten Dimensionen keine klaren Zusammenhänge, bis auf diesen: Je pessimistischer die Zukunftsaussichten für die deutsche Wirtschaft eingeschätzt werden, umso stärker der Antisemitismus (von 4,3% Antisemiten unter den sehr optimistischen Befragten, bis zu 43% unter den sehr pessimistischen). Dies zeigt, wie sehr im Sinne des Konzepts der »nazistischen Plombe« die wahrgenommene ökonomische Macht des Standorts Deutschland als Quell personalen Selbstwerts dient, der auch durch die Abwertung anderer Wir-Gruppen aufrechterhalten wird.

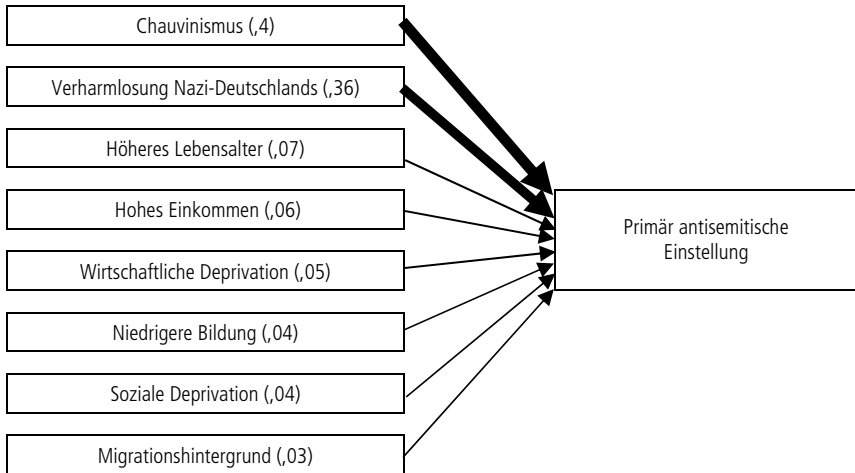
18 Für die soziodemografische Beschreibung der Untersuchungsgruppe der Migrant/innen mit und ohne deutsche Staatsbürgerschaft siehe Kapitel 3.4.

Zur Beschreibung verschiedener Einflussfaktoren auf die antisemitische Einstellung wurden Regressionsanalysen für primär und sekundär antisemitische Einstellung getrennt gerechnet. Mit einer Regressionsanalyse kann die Stärke des Einflusses von Merkmalen im Verhältnis dieser Merkmale untereinander bestimmt werden. Als soziodemografische Merkmale wurden die christliche Konfession, Bildungsgrad, Geschlecht und Lebensalter sowie das Einkommen berücksichtigt. Daneben ging die Wahrnehmung einer sozialen und wirtschaftlichen Deprivation durch die Befragten mit in die Berechnung ein. Die chauvinistische Einstellung wurde als Eigengruppenaufwertung mitberücksichtigt und die Verharmlosung Nazi-Deutschlands als Kennzeichen für eine geschichtsrevisionistische Einstellung. Letztere dient damit auch zur Bestimmung des Einflusses der deutschen Täter-Geschichte auf den Antisemitismus in der Gegenwart.

In der Regressionsanalyse zeigen sich unterschiedliche Einflüsse auf den sekundären und primären Antisemitismus. Der primäre Antisemitismus (vgl. Grafik 3.2.1) scheint geschlechtsunabhängig zu sein und findet sich bei Menschen höheren Lebensalters. Einfluss hat auch ein niedriger Bildungsgrad. Selbst wenn das Gefühl, wirtschaftlich schlechter gestellt und sozial eher isoliert zu sein, Einfluss auf die primär antisemitische Einstellung hat, ist ein tatsächlich niedriges Einkommen kein Einflussfaktor, im Gegenteil. Der größte Einflussfaktor ist die chauvinistische Einstellung, dicht gefolgt von der Verharmlosung Nazi-Deutschlands. Direkt antisemitisch äußern sich eher Menschen, die die Verbrechen Nazi-Deutschlands relativieren, auch wenn sie beispielsweise mindestens ein Eltern teil haben, welches nicht in Deutschland geboren worden ist.

Regressionsanalyse zu Einflussfaktoren auf den primären Antisemitismus

Grafik 3.2.1

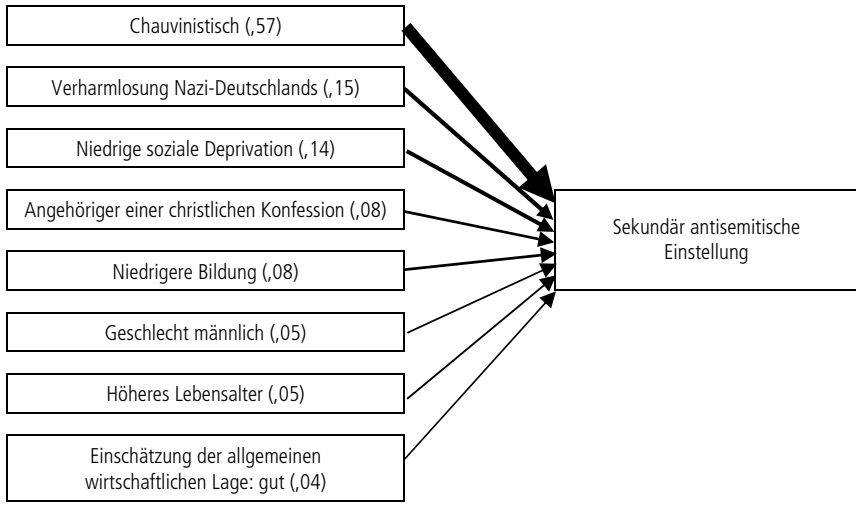


Stärke des Einflusses auf die antisemitische Einstellung: Die Dicke des Pfeils markiert den Einfluss, die Zahl in Klammern die Stärke im Verhältnis zu den anderen Merkmalen. Alle Zusammenhänge sind signifikant ($p < .05$); keine signifikanten Einflüsse hat das Geschlecht, die christliche Konfession und die Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage ($R^2 = .49$)

Hier ist auch der deutlichste Unterschied zu den Einflussfaktoren auf die sekundär antisemitische Einstellung zu finden (vgl. Grafik 3.2.2). Die Verharmlosung Nazi-Deutschlands gehört ebenfalls zu den wichtigen Einflussfaktoren, ist aber nicht mehr so stark wie beim primären Antisemitismus. Der Migrationshintergrund spielt keine Rolle mehr, dafür hat die christliche Konfession Einfluss auf den sekundären Antisemitismus. Geschlecht und Alter sind wieder relevante Faktoren, auch niedrigere Bildung ist relevant beim Zustandekommen des sekundären Antisemitismus. Dafür fühlen sich sekundär antisemitisch Eingestellte aber im sozialen Umfeld gut aufgehoben, und die wirtschaftliche Lage wird als gut eingeschätzt.

Regressionsanalyse zu Einflussfaktoren auf den sekundären Antisemitismus

Grafik 3.2.2



Stärke des Einflusses auf die antisemitische Einstellung: Die Dicke des Pfeils markiert den Einfluss, die Zahl in Klammern die Stärke im Verhältnis zu den anderen Merkmalen. Alle Zusammenhänge sind signifikant ($p < .05$); keine signifikanten Einflüsse haben das Einkommen, die wirtschaftliche Deprivation und der Migrationshintergrund ($R^2 = .46$)

Nationalismus ist ein gewichtiger Einflussfaktor, der zu antisemitischen Einstellung führt. Es überrascht nicht, dass beim sekundären Antisemitismus die manifeste Verharmlosung Nazi-Deutschlands eine geringere Rolle spielt als beim primären Antisemitismus. Die Schuldabwehr scheint auf den sekundären Antisemitismus verschoben zu sein. Allerdings hat die geschichtsrevisionistische Einstellung bei beiden Formen einen starken Einfluss. Dass die sekundär antisemitisch Eingestellten sich gut sozial integriert fühlen, kann auch für eine Akzeptanz dieser Vorurteile sprechen.

Antisemitismus als wissenschaftliches und politisches Thema

Die deskriptiven Befunde verdeutlichen die gesamtgesellschaftliche Gegenwart des Antisemitismus. Zumindest Fragmente der verschiedenen

Arten von Judenfeindschaften sind in sehr großen Teilen der Bevölkerung verbreitet. Dies zeigt sich in Zustimmungsraten zu einzelnen jüdenfeindlichen Äußerungen von bis zu 62%.

Es besteht allerdings ein deutlicher Widerspruch zwischen dem wissenschaftlichen und dem politischen Diskurs über Antisemitismus. Ersterer betont immer mehr die überindividuelle Struktur des Antisemitismus als kulturelle oder diskursive Instanz, die in die Struktur unserer kapitalistisch und nationalstaatlich verfassten Welt eingebettet ist und damit als prägende Kraft die *gesamte* Gesellschaft betrifft. Die Auswirkungen von Antisemitismus, Antisemitismusdebatten und Antisemitismusabwehr erschöpfen sich entsprechend auch nicht in den untersuchten Phänomenen, sondern werden flankiert von einer großen Grauzone an kausal eng damit verbundenen Befangenseiten, Ängsten und Gegenbewegungen wie der philosemitischen Umkehrung – alles Modi des Umgangs mit einer fundamentalen Problemstruktur langer Dauer. Der öffentliche und politische Diskurs jedoch fokussiert sich, in der Regel in Form von Empörung und Skandalen (Benz 2004, 11 ff.), auf die mit kriminalistischem Spürsinn praktizierte Überführung von einzelnen Menschen als (motivationale) Antisemitinnen und Antisemiten (Zuckermann 2010) – in der Regel mit dem Ergebnis entrüsteter Zurückweisung des Vorwurfs. Die Komplexität des wissenschaftlichen Wissens über Antisemitismus findet keine Entsprechung im öffentlichen Diskurs. Vielmehr verweist ein verzerrtes, vereinfachendes und emotional höchst aufgeladenes Zerrbild immer auf den Antisemitismus der anderen.

Dies zeigte sich jüngst wieder einmal in der Debatte um die Verleihung des Adorno-Preises an die Philosophin und Israelkritikerin Judith Butler und im Streit um das Gedicht »Was gesagt werden muss« von Günter Grass. Beide Auseinandersetzungen verdeutlichten sowohl die auffällige Besetzung des Nahostthemas im Allgemeinen (sehr einfache Lager in der Debatte, entweder absolute Dämonisierung oder Bejubelung der umstrittenen Person) und – zumindest im Fall der Grass-Debatte – die enge Verbindung mit Antisemitismus als Täter-Opfer-Umkehr. Dabei ist Grass gewiss kein Antisemit im Sinne einer Person mit kontinuierlicher Äuße-

rung judenfeindlicher Ansichten, aber er kann offensichtlich auch keine Kritik an Israel formulieren, ohne zugleich den Maßstab vollkommen zu verlieren und eine implizite Gleichsetzung mit dem Nationalsozialismus vorzunehmen.

Ohne in den kulturpessimistischen Diskurs vom »ewigen Antisemitismus« einzustimmen, kommt man doch nicht umhin zu konstatieren, dass die Feindschaft gegenüber den Jüdinnen und Juden ein beharrliches und recht wandlungsfähiges Problem der (nicht nur) deutschen Gesellschaft, sondern der Moderne überhaupt darstellt.

3.3 Islamfeindschaft und Islamkritik

Oliver Decker, Benjamin Schilling, Johannes Kiess, Elmar Brähler

Ausländerfeindlichkeit gilt als Einstiegsdroge in den Rechtsextremismus. Bei näherer Betrachtung scheint dasselbe ebenfalls für den Sonderfall der Islamfeindschaft zu gelten. Rechtspopulistische Parteien setzten in den vergangenen Jahren nicht nur in Deutschland verstärkt auf anti-islamische Propaganda in Wahlkämpfen und bei öffentlichen Veranstaltungen. Nicht ohne taktische gute Gründe: Immerhin wollen etwa 58,4% der Deutschen die grundgesetzlich garantierte Religionsfreiheit für Muslime beschränken (Decker & Brähler 2010). Diese gegen Muslime als »Fremde« gerichtete Agitation führt zu einer Zwickmühle in der Auseinandersetzung mit dem Islam. Wie zwischen Skylla und Charybdis befindet sich die politische Auseinandersetzung zwischen Kulturalismus und Religionskritik: Sie läuft Gefahr, entweder selbst Teil eines rassistischen Diskurses zu werden oder religiöse Positionen unreflektiert bestehen zu lassen. Dabei war die Kritik der Religion lange Zeit Erkennungsmerkmal der Aufklärung und eines modernen Staates, wie sich die Säkularisierung als Bedingung der Möglichkeit mit einem demokratischen Gemeinwesen verband. Wie wenig sich Letzteres tatsächlich bisher realisieren ließ, wie stark die Gegenwartsgesellschaft selbst auch von sakralen Motiven durchzogen ist, war bereits Thema in der Studie »Die Mitte in der Krise« (2010). Insofern bekam die Frage nach islamfeindlicher Einstel-

lung in der Bevölkerung bereits eine doppelte Brisanz: Wie stark können rechtsextreme Parteien mit einer antiislamischen Propaganda auf Akzeptanz oder gar Zustimmung bei der Bevölkerung hoffen? Und welche Auskunft über das Eigene im Fremden ist zu gewinnen?

Von Relevanz soll bei der Untersuchung im Folgenden aber auch sein, dass Religionskritik ein konstitutives Moment einer aufgeklärten Gesellschaft ist. Sie hat nicht nur mit Blick auf die christlichen Religionen ihre Berechtigung, sondern muss sich auch mit islamischen Religionen beschäftigen können. So stellt sich eine weitere Frage: Welcher Anteil an islamkritischen Positionen lässt sich von islamfeindlichen abgrenzen?

Laut Zick, Küpper und Hövermann (2011, 69 f.) sind knapp die Hälfte der Deutschen der Meinung, in Deutschland lebten zu viele Muslime. Gemäß der Studie »Deutsche Zustände« aus dem Jahre 2008 (Leibold & Kühnel 2008, 102) sind 27,2% der Befragten als »konsistent islamophob« und weitere 34,8% als dem Islam und den Muslimen »pessimistisch-kritisch« gegenüberstehend einzustufen. Bei der letztgenannten Studie wird thematisiert, was sonst in der öffentlichen Diskussion häufig genauso untergeht wie in der Einstellungsforschung: die Unterscheidung zwischen legitimer, aufgeklärter Religions- und damit auch Islamkritik und ressentimentgeladener Islamfeindschaft. Diesem Defizit zu begegnen, ist auch Anliegen der diesjährigen »Mitte-Studie«. Dazu soll zunächst die grundlegende Legitimität und Notwendigkeit auch der Islamkritik diskutiert werden. Im Anschluss daran werden die Kriterien herausgearbeitet, welche eine legitime Islamkritik vom rassistischen Ressentiment unterscheiden.

Zur Legitimität von Islamkritik

Die Zulässigkeit von westlicher Islamkritik wird insbesondere von postkolonialen und Diskurstheorien in Frage gestellt, welche an Edward Saids Kritik eines westlichen »Orientalismus« anknüpfen (Said 1978). Said bezeichnet mit dem Begriff Orientalismus keinesfalls eine eng umrissene, akademische Disziplin, sondern ein die westlichen Gesellschaften insgesamt überziehendes Netz aus politischen, intellektuellen, kultu-

rellen und moralischen Aussagen über den Orient (Said 1978, 12). Zusammen entstünde so eine Struktur, die nicht nur rassistische Einstellungen, sondern auch einen Machtanspruch des Westens über den Orient festigt und legitimiert (Said 1978, 11). Besonders relevant ist hier Suids Konzept des »latenten« Orientalismus: Der Orient erscheint hierin insgesamt als rückschrittlich, intolerant und inhuman (Said 1978, 300). Kein Mitglied einer westlichen Gesellschaften könne sich diesem Diskurs entziehen, womit konsequenterweise alle westlichen Individuen in ihrer Haltung zum Orient »[...] racist, [...] imperialist, and almost totally ethnocentric« seien (Said 1978, 204). Suids Kritik orientiert sich an der frühen Orientalistik, und er kann sie an dieser auch plausibel machen: Das Bild, welches die historische Orientalwissenschaft vom Orient gezeichnet hat, war tatsächlich von Vorurteilen aufgeladen. Hieran schließen sich die Überlegungen zum Verhältnis der westlichen Gesellschaften und des Islams sowie zum Verhältnis von Okzident und Orient der neueren postkolonialen Theorie und Diskurstheorie an und finden in so manchem Titelbild deutscher Nachrichtenmagazine auch ihre empirische Bestätigung.¹⁹ Allerdings: Hier wird den westlichen Gesellschaften konstitutiv ein islamophober Diskurs unterstellt, welcher wiederum die gesamte Gesellschaft durchdringe und dem sich keine Aussage über den Islam – auch keine positive, unterstützende – entziehen könne. Auch das heißt, das Kind mit dem Bade auszukippen. Der Islam nimmt laut diesen Theorien eine Art Gegenschablone zum Selbstbild des Westens ein, über welche dieser sich selbst als tolerant, aufgeklärt und liberal konstituieren könne (Attia 2009; Hafez 2009). Die Berechtigung dieser Sicht liegt auf der Hand. Problematisch an derartigen Konzepten ist jedoch, dass sie *jede*

19 Vgl. etwa das Titelbild eines »Spiegel Special« Heftes; unter der Überschrift »Weltmacht hinterm Schleier – Rätsel Islam« wird das Bild einer verschleierte Frau gezeigt (1/1998). Von dieser Frau ist durch die Wahl des Ausschnitts nur die halbseitige Augenpartie zu sehen, welche dafür aber in großer Intensität auf etwas rechts hinter dem Betrachter schaut. Die Augenbraue ist in Form eines stilisierten Krummsäbels gestaltet. Der westliche Assoziationsraum zum Islam scheint unmittelbar mit Gefahr und Weiblichkeit verbunden zu sein. Ohne diese Interpretation hier fortführen zu können, wäre es mit Sicherheit lohnend, die fortschreitende Entblößung (vor allem weiblicher) Körper in westlichen Ländern und die zunehmende Verhüllung des weiblichen Körpers in muslimischen Ländern seit etwa dreißig Jahren als eine aufeinander bezogene Entwicklung zu rekonstruieren.

westliche Aussage über den Orient bzw. den Islam als Bestandteil eines orientalistischen bzw. islamophoben Diskurses ansehen und eine kritische Auseinandersetzung mit dem Islam als Religion überhaupt nicht mehr möglich wäre.

Universalismus und Kulturalismus in der Islamkritik

Nur: Wo soll die Grenze gezogen werden? Das Problem einer Unterscheidung zwischen legitimer Kritik und kulturalistisch-rassistischem Ressentiment lässt sich nicht en passant lösen. Im Folgenden wird unterschieden zwischen einer universalistischen Ausrichtung auf die Freiheit und Gleichheit der Individuen einerseits, welche auch durch Islamkritik vorangetrieben werden soll, und einer kulturalistisch-rassistischen Wesenszuschreibung andererseits.

Letztere sieht »die Muslime« als einen einheitlichen Block, innerhalb dessen keine Abweichung möglich sei. Das Bild lässt sich, hieran anschließend, in idealtypischer Weise weiter beschreiben: Die individuelle Abweichung sei auch von den Mitgliedern dieses »Blocks« selbst nicht erwünscht, da alle Muslime ihrem Wesen nach gleich seien. Diese Wesensgleichheit wird im Gegensatz zum klassischen Rassismus nicht mehr genetisch begründet, sondern aus der Zugehörigkeit zum Islam hergeleitet. Bestehen bleibt die projektive Aufladung »des Islam«. Der Islam bringe eine Weltsicht mit sich, die mit der des Westens nicht kompatibel sei und von der sich die Muslime auch nicht emanzipieren könnten (vgl. Bunzl 2009, 39). Muslimische Stimmen, die sich nicht unter diese angebliche Blockbildung der Muslime subsumieren lassen – etwa indem sie selber scharfe Kritik am Islam üben –, müssen entweder ignoriert, als keine echten Muslime dargestellt oder der *Taqqiya*, d.h. der angeblich religiös begründeten und erlaubten Lüge und Täuschung gegenüber Nichtgläubigen bezichtigt werden (Bielefeldt 2009, 182, 197; Schiffer & Wagner 2009, 69). Insbesondere mit Hilfe des Wahnbilds der *Taqqiya* versuchen kulturalistische Islamkritiker, ihnen missliebige muslimische Stimmen aus dem öffentlichen Diskurs auszuschließen. Die Wahrnehmung aller Muslime als ein monolithischer Block bedeutet zudem, dass der Islam als die primäre und tendenziell einzige Identitätsquelle für alle

Muslime angesehen wird. Alle anderen identitätsbildenden Momente – Nationalität, sozialer Stand, Beruf, Geschlecht etc. – würden von der Identität als Muslim überschattet oder gar verdrängt (Halliday 2002, 21; Schiffauer 2007, 115). Die Fähigkeit, sich *zum Islam* zu verhalten, sich also die Relevanz der Religion für die eigene Lebensführung selbst auszusuchen, wird Muslimen abgesprochen, ihr Handeln wird ausschließlich über ihren Glauben erklärt. Muslime verlieren hiermit tendenziell ihren Status als Subjekte, sie werden nurmehr zu Agenten des Islam (Bielefeldt 2009, 184 f.).

Damit einher geht eine Positionierung, die den Islam bzw. die islamisch geprägte Kultur als hinreichende Erklärung aller Schwierigkeiten innerhalb der mehrheitlich islamischen Länder sowie bei der Integration von Muslimen in westlichen Länder ansieht. Debatten über gesellschaftliche Missstände werden somit zu einer alleinigen Frage der Religion gemacht und Konflikte in sozialen Randlagen ethnisiert, soziale Probleme werden so nur als Resultate einer rückständigen Religion und Kultur gesehen.

Mit der Annahme eines einheitlichen muslimischen Wesens geht die Behauptung der Unwandelbarkeit des Islam an sich einher. Die kulturalistische Islamkritik propagiert somit eine ahistorische Sicht des Islam (Schiffer & Wagner 2009, 85 f.). Alle Probleme der islamischen Welt werden aus zeitlosen Vorschriften des Islam abgeleitet. So wird beispielsweise die religiös legitimierte Unterdrückung der Frau von kulturalistischen Islamkritikern einzig unter dem Gesichtspunkt der Vorschriften des Koran bzw. des Lebens Mohammeds betrachtet (Uslucan 2009, 374).

Eine an der Aufklärung orientierte Islamkritik lässt sich an universalistischen Werten orientiert beschreiben – also beispielsweise als Kritik an der fehlenden Säkularisierung, an der Ungleichheit der Religionen, an der Frauenunterdrückung oder der Verfolgung von Homosexuellen (Leibold & Kühnel 2008, 100). Im Gegensatz zum kulturalistisch-rassistischen antimuslimischen Ressentiment kann die Religionskritik nicht von der Angst vor einem Verlust der eigenen nationalen und kulturellen Identität geleitet sein und es muss eine Differenzierung zwischen Individuen

erfolgen, anstatt ethnische Gruppen zu konstruieren. Das kann beispielsweise bedeuteten, dass die Kritik getragen ist von der Prävention vor einer autoritär geprägten Gesellschaft (vgl. Bielefeldt 2009, 175) und dabei die Bedrohung der freiheitlichen Gesellschaft nicht nur durch konservative bis fundamentalistische Muslime wahrgenommen wird, sondern sowohl auch in »einheimischen« autoritären politischen Kräften, die im Zweifelsfall Bündnisse untereinander eingehen.

Islamkritik muss – nicht nur in Abgrenzung zur Islamfeindschaft – immer in den Kontext einer Selbstreflexion über die eigene Gesellschaft eingebettet sein, die die eigenen Fehlentwicklungen und Schwachstellen im Hinblick auf eine universalistisch-individualistische Entwicklung der Menschheit ebenso im Blick behält und kritisiert wie die anderer Gesellschaften. Dies bedeutet, dass die Islamkritik auch immer über sich selber kritisch reflektieren sollte. Es darf nicht zu einer Grenzziehung kommen, in der sich der Islamkritiker selber als aufgeklärt und modern darstellt, während *den Muslimen* wiederum ein unaufgeklärtes Wesen unterstellt wird (Bielefeldt 2009, 186).

Islamfeindliche und islamkritische Einstellung in Deutschland 2012

Die Erhebung islamkritischer und islamfeindlicher Einstellungen erfolgte im Rahmen der Repräsentativerhebung (Beschreibung s. Kap. 2.1) mit einem gekürzten Fragebogen von Imhof (Imhoff & Recker in press). Die Probanden erhielten einen Fragebogen vorgelegt, welcher die in Tabelle 3.2.1 wiedergegebenen Aussagen enthielt. Die Befragten wurden um ihre persönliche Einschätzung dieser Aussagen gebeten, wofür ihnen eine fünfstufige Skala zur Verfügung stand (»lehne voll und ganz ab« bis »stimme voll und ganz zu«).

Islamfeindschaft und Islamkritik

(in Prozent)

Tabelle 3.3.1

		Lehne völlig ab %	Lehne überwiegend ab %	Stimme teils zu/teils nicht zu %	Stimme überwiegend zu %	Stimme voll und ganz zu %
Islamfeindschaft						
01	Die islamische Welt ist rückständig und verweigert sich den neuen Realitäten.	5	9,8	27,8	30	27,5
02	Der Islam ist eine archaische Religion, unfähig sich an die Gegenwart anzupassen.	5,7	10,8	27,2	29,4	26,9
03	Ich denke, dass die Nähe von Islam und Terrorismus schon im Islam selber und seinen aggressiven Seiten angelegt ist.	11	14,7	27,7	25,6	21
04	Jegliche Kritik von Vertretern des Islam an der westlichen Welt ist übertrieben und ungerechtfertigt.	9,9	15,9	29,8	25,3	19,1
05	Muslime und ihre Religion sind so verschieden von uns, dass es blauäugig wäre, einen gleichen Zugang zu allen gesellschaftlichen Positionen zu fordern.	6,5	10,7	25,8	30,1	27
Islamkritik						
06	Die strikte Trennung von Staat und Kirche ist eine westliche Errungenschaft, die auch in vielen islamisch geprägten Ländern ein Fortschritt wäre.	3,4	5,5	20,3	30,9	40
07	Obwohl einige Frauen freiwillig ein Kopftuch tragen, sollte man nicht übersehen, dass es für einige auch Zwang bedeutet.	2,5	5	20,2	33,6	38,8
08	Der vom Islam vorgeschriebenen rigiden Geschlechtertrennung sollte – ob im Gesundheitswesen oder Sportunterricht – nicht nachgegeben werden.	4,3	7,7	20,8	29,9	37,3
09	Unsere Unterstützung sollte denjenigen liberalen Moslems gelten, die sich von der fundamentalistischen Auslegung des Islams distanzieren.	2,5	5,5	21,6	32	38,4
10	Universelle Menschenrechte und gewisse Rechtsnormen sollten immer über religiösen Geboten stehen.	2,6	4,3	18,9	25,7	48,4

Die islamfeindlichen Aussagen werden jeweils von etwa 50% bis nahezu 60% der Befragten zustimmend bewertet. Nur etwa 15% bis 25% stehen ihnen ablehnend gegenüber. Noch höher werden die Zustimmungswerte bei der Islamkritik. Diese finden jeweils bei weit über 60% bis zu einem Viertel der Befragten Zustimmung. Fasst man die Werte zusammen, bestätigt sich dieses Bild (vgl. Tab. 3.3.2; die folgenden Prozentwerte geben den Anteil derjenigen wieder, die allen Aussagen je Dimension durchschnittlich zustimmen). Die höchste Zustimmung findet Islamfeindschaft und Islamkritik im Osten. Im Westen sind diese Werte deutlich geringer ausgebildet.

Islamfeindliche/islamkritische Einstellungen in Abhängigkeit von soziodemografischen Merkmalen (in Prozent)

Tabelle 3.3.2

	Gesamt	West	Ost	Abitur	nicht Abitur	Männer	Frauen	14-30	31-60	> 60
	N=2415	N=1929	N=486	N=412	N=2003	N=1115	N=1300	N=470	N=1180	N=765
Islamfeindschaft	36,2	35	41,3	22,9	39	39,6	33,3	31,3	34,8	41,5
Islamkritik	60,8	58,6	69,6	59	61,2	62,3	59,5	59,3	62,4	59,4

Interessanterweise lassen sich ähnliche Tendenzen feststellen wie bei der rechtsextremen Einstellung. Dies gilt allerdings nur für die Islamfeindschaft, bei der sich deutliche Unterschiede zwischen den Bildungsgraden zeigen, was bei der Islamkritik so nicht der Fall ist. Auch der Geschlechtereffekt zeigt sich entsprechend ausgeprägt, mehr Männer stimmen den Aussagen zu als Frauen. Während die Islamkritik durch die Altersgruppen hindurch relativ gleich verteilt ist, lässt sich bei der Feindschaft ein Anstieg über die Altersgruppen beobachten.

Islamfeindliche/islamkritische Einstellungen in Abhängigkeit von der Kirchenzugehörigkeit (in Prozent)

Tabelle 3.3.3

	Evangelisch (N=996)	Katholisch (N=753)	Keine Religion (N=561)
Islamfeindschaft	38,0	35,3	35,6
Islamkritik	62,9	55,8	64,1

Die deutlichste Islamkritik findet sich bei Konfessionslosen. Während Katholiken eher weniger zu einer solchen kritischen Position gegenüber dem Islam neigen, zeigen sich die Protestanten stärker einer solchen Religionskritik verbunden. Bei ihnen ist allerdings auch die islamfeindliche Position stärker anzutreffen. Dies ist interessant, fand doch schon Max Weber für seine Kompilation des sakralen Erbes der kapitalistischen Akkumulation vor allem Bestätigung bei Angehörigen des protestantischen Glaubens. Die These von der »narzisstischen Plombe« setzt hieran an, indem sie den Stellenwert der Rückversicherung von Macht und die Prothetisierung durch die kapitalistische Wirtschaftsweise betont. Die Entstehung der islamfeindlichen Einstellung kann nun von hier ausgehend näher betrachtet werden.

Warum islamfeindlich, warum islamkritisch?

Die Probanden konnten allen Aussagen zustimmen, sowohl den islamfeindlichen als auch den islamkritischen. Das ist ein Grund dafür, dass der Anteil der Islamkritischen höher liegt als der Anteil der Islamfeindlichen: Die islamfeindlich Eingestellten konnten auch den islamkritischen Aussagen zustimmen, während die Islamkritischen in der Regel den islamfeindlichen Aussagen nicht zustimmten. Zur Erklärung der Ursachen islamfeindlicher Einstellungen ist es sinnvoll, auch nur auf die zurückzugreifen, die nur diese Einstellung zeigen. Von großem Interesse ist daher der Anteil jener, die nur den islamkritischen Aussagen zustimmen, nicht aber den islamfeindlichen. Es lassen sich vier Antworttypen finden, die Ergebnisse sind Tabelle 3.3.4 zu entnehmen.

Antwortverhalten

(in Prozent)

Tabelle 3.3.4

Typus 1	Weder Zustimmung zu islamfeindlichen noch islamkritischen Aussagen	33,9%
Typus 2	Zustimmung nur zu islamkritischen Aussagen	29,9%
Typus 3	Zustimmung zu islamfeindlichen und islamkritischen Aussagen	31%
Typus 4	Zustimmung nur zu islamfeindlichen Aussagen	5,2%

Wer islamfeindlich eingestellt ist, beantwortet in der Regel auch die islamkritischen Einstellungen zustimmend. Die in Tabelle 3.3.3 genannten 36,2% islamfeindlich Eingestellten setzten sich aus Antwortverhalten vom Typus 3 und 4 zusammen, d. h. es gibt islamfeindlich Eingestellte, die auch die islamkritischen Aussagen unterstützen, und es gibt Islamfeindliche, die islamkritischen Aussagen nicht zustimmen. Diese Antworten vom Typus 4 können herangezogen werden, um zu verstehen, welche Bedingungsfaktoren zu einer islamfeindlichen Haltung führen. Als Vergleich dazu werden die Probanden herangezogen, welche im Sinne des Typus 2 geantwortet haben. Die im Folgenden vorgestellten Unterschiede beziehen sich auf die Mittelwerte in beiden Gruppen, deren signifikante Ausprägung mit einem T-Test für unabhängige Stichproben berechnet worden ist. Zur Berechnung der soziodemografischen Zusammensetzung in den Gruppen wurde der Chi-Quadrat-Test verwendet.

Auch in der Gruppe der islamfeindlich Eingestellten gibt es einen signifikant höheren Anteil an Männern (54%), während Frauen eher bei den Islamkritischen zu finden sind (55,4%; $p < .05$). Unter den Islamfeindlichen finden sich mit 88,1% überdeutlich viele Probanden mit niedrigem Bildungsgrad, während die Befragten mit Abitur zu 11,9% vertreten sind ($p < .005$). Es fällt in jedem Fall ins Auge, dass die Islamfeindschaft mit den Einkommensgruppen steigt, wie auch die Islamkritik die höchste Zustimmung bei den Höherverdienenden findet (Tabelle 3.3.5).

Zustimmung nach Haushaltseinkommen

(in Prozent)

Tabelle 3.3.5

	weniger als 750 €	bis 1249 €	bis 1999 €	ab 2000 €
Islamkritisch	2,6	14,6	28	54,7
Islamfeindlich	0,8	18,7	37,4	43,1

Interessanterweise schätzen die Islamfeindlichen die wirtschaftliche Lage nicht schlechter ein als die Islamkritischen (beide $M=2,7$), allerdings beschreiben sie dafür zum einen ihre eigene wirtschaftliche Lage als geringfügig schlechter ($M=2,7$) als die Islamkritischen ($M=2,5$; $p<.01$). Zum anderen besteht gleichzeitig bei den Islamfeindlichen nicht das Bewusstsein, den sozio-ökonomischen Lebensbereich kontrollieren zu können (Spittal et al. 2002), die Sicherheit, dass auf den Wohlstand auch Verlass sei, ist schwächer ausgeprägt ($M=10,2$) als bei Islamkritischen ($M=8,9$). Islamfeindlich Eingestellte stimmen also mit Aussagen überein wie: »Schlechte wirtschaftliche Bedingungen werden durch Weltereignisse verursacht, die außerhalb unserer Kontrolle liegen.« Die Unberechenbarkeit wirtschaftlicher Entwicklungen und damit auch der Bestand des eigenen Wohlstands ist ein Einflussfaktor auf die Einstellung und spricht für ein projektives Moment: die Unsicherheit darüber, ob die Prothesensicherheit des eigenen Kulturraums auf Dauer Bestand hat (vgl. Decker et al. 2010).

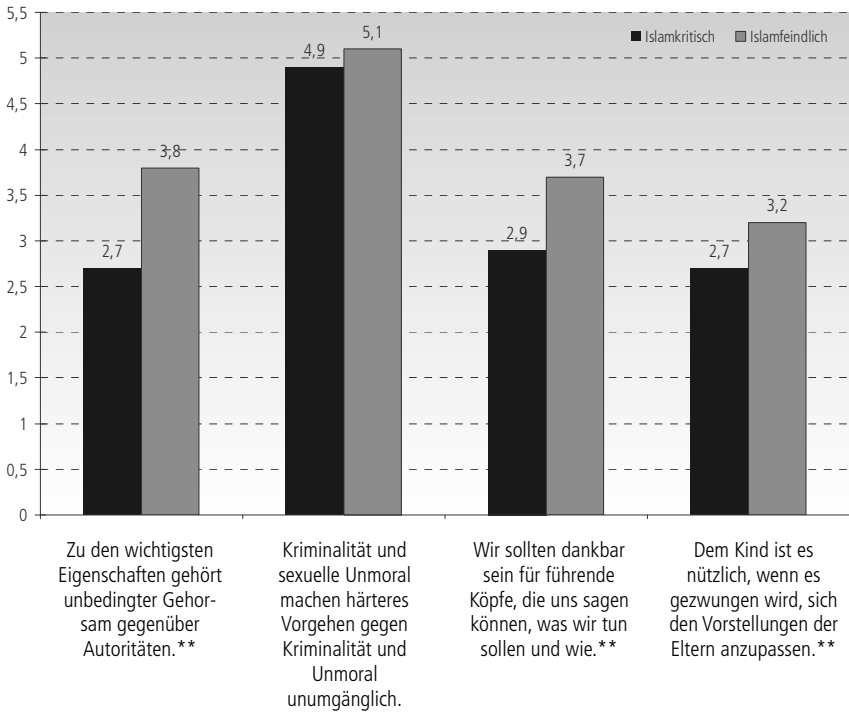
Wenden wir uns den Einstellungsunterschieden und psychosozialen Bedingungsfaktoren islamfeindlicher und islamkritischer Einstellung zu: Während Islamfeindliche im Rechtsextremismusfragebogen (vgl. Kap. 2) eine deutliche chauvinistische Ausprägung zeigen ($M=9,7$), die auch über der chauvinistischen Einstellung der Islamkritischen liegt ($M=8,1$; Unterschiede sind deutlich signifikant $p<.001$), können mit einem Fragebogen, der die Identifikation mit Deutschsein misst (Schubert & Otten 2002), keine Unterschiede zwischen islamfeindlich ($M=5,7$) und islamkritisch ($M=5,7$) eingestellten Personen festgestellt werden. Wer nationalistisch eingestellt ist, ist auch eher islamfeindlich, die Stärke der Identi-

fikation mit der eigenen Gruppe scheint wiederum keine Rolle bei der Abwertung der anderen Gruppe zu spielen.

Allerdings sind deutlich Unterschiede im Autoritarismus zu finden. Autoritarismus ist seit den Studien zum autoritären Charakter eine der wichtigsten Traditionslinien der Vorurteilsforschung. Ihm liegt die sozialpsychologische Annahme zugrunde, dass vorturteilsverhaftete Persönlichkeiten durch Sozialisationserfahrungen zur Fremdgruppenabwertung neigen. Wir finden hierfür gewichtige Hinweise: Die Islamfeindlichen sind deutlich autoritärer orientiert ($M=15,9$) als die Islamkritischen ($M=13,3$). Auch die einzelnen Aussagen finden durchgängig höhere Zustimmung bei Islamfeindlichen. Die Unterschiede sind bei Aussagen, die eine autoritäre Unterwerfung, konventionalistische Orientierung und autoritäre Aggression gegenüber denjenigen fordern, die den Konventionen nicht genügen, signifikant (vgl. Grafik 3.3.1).

**Mittelwertsunterschiede bei der Zustimmung zu autoritären Einstellungen
(höchster Wert 7), sämtliche signifikanten Unterschiede**

Grafik 3.3.1



** $p < .01$

Bei den Islamfeindlichen ist deutlich stärker als bei den Islamkritischen die Tendenz festzustellen, Gruppen wahrzunehmen, die von Konventionen abweichen. Gleichzeitig damit findet man auch häufiger autoritär-aggressive Forderungen. Das projektive Element spielt in dieser autoritären Aggression eine zentrale Rolle. Die Bereitschaft, andere mit Aggressionen zu verfolgen, kommt durch die eigene Unterwerfung und die Abwehr der aus dieser Unterwerfung resultierenden aggressiven Impulse zustande (Adorno et al. 1950). Hierzu passt auch, dass nur 10,3% der Islamfeindlichen angeben, am Arbeitsplatz, in der Familie oder im Freundeskreis Kontakt zu Ausländerinnen und Ausländern zu haben,

während dies bei 89,7% der Islamkritischen der Fall ist ($p < .001$). Konkrete Erfahrungen mit Menschen stehen Vorurteilen eher im Weg. Generell scheinen Islamfeindliche sich im persönlichen Umfeld eher isoliert wahrzunehmen. Während sie zwar ihre politischen Partizipationsmöglichkeiten nicht besser oder schlechter wahrnehmen als die islamkritisch Eingestellten, erreichen sie höhere Mittelwerte in der sozialen Deprivation (vgl. Tab. 3.3.6).

Mittelwerte der Erfahrung sozialer Deprivation bei Islamfeindlichen/Islamkritischen (höchster Wert 4)

Tabelle 3.3.6

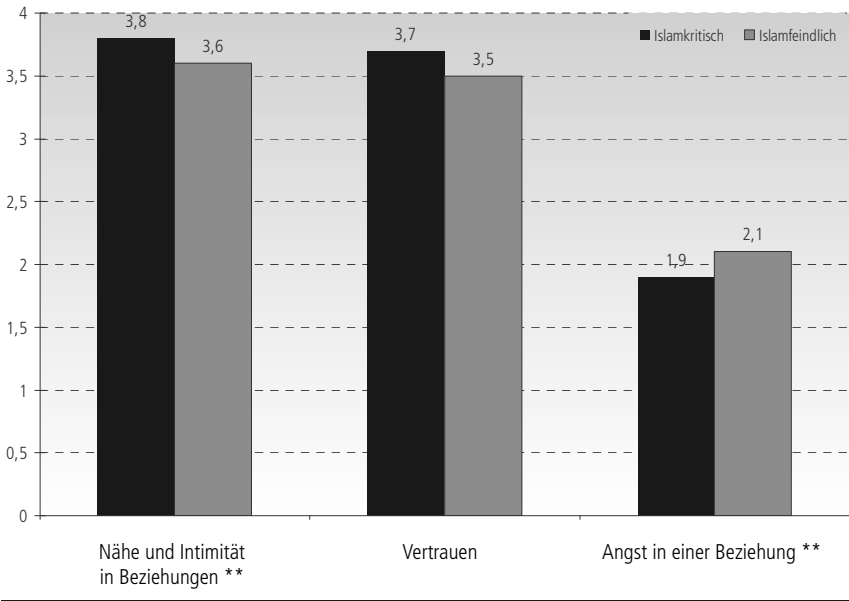
	Islamkritisch	Islamfeindlich
In meiner unmittelbaren Umgebung gibt es nicht genügend Menschen, die mich so nehmen, wie ich bin.**	1,7	2
In meiner unmittelbaren Umgebung fühle ich mich nicht wohl und sicher.**	1,4	1,8

** $p < .01$

Diese Beobachtung erfordert es, die sozialpsychologischen Aspekte noch etwas vertiefend zu betrachten: Dass insbesondere autoritäre Reaktionen als Voraussetzung für die Fremdgruppenabwertung in einem engen Zusammenhang mit einem sozialisatorisch erworbenen Bindungsverhalten stehen, wurde bereits gezeigt (Hopf 1993). Hierfür wurde in dieser Studie auch die Adult Attachment Scale in der deutschen Version eingesetzt (Schmidt et al. 2004). Mit diesem Fragebogen werden Probanden gebeten, die Qualität der Kontakte mit anderen Menschen zu beschreiben, wie sie sich selbst in Beziehungen wahrnehmen und welche Erfahrung sie in diesen machen. Grafik 3.3.2 unterstützt die Relevanz innerpsychischer Faktoren bei der Wahrnehmung des Islam und beim konfrontativen Umgang mit diesem als einer als fremd wahrgenommenen Religion.

Bindungsbezogene Selbsteinschätzung nach Dimension im Mittelwert (Skale 1-5)

Grafik 3.3.2



** $p < .01$

Die Probanden mit islamfeindlicher Haltung berichten eher über Schwierigkeiten mit Nähe und Intimität in Beziehungen und mit dem Bemühen, Vertrauen auszubilden. Gleichzeitig bestehen manifeste Ängste in einer Beziehung.

Fazit

Die Berechtigung einer Kritik am Islam ist nicht nur gegeben, sie wird auch von gut 60,8% der Bevölkerung geübt. Eine islamfeindliche Haltung wird allerdings auch von 36,2% der Bevölkerung eingenommen. Dieser Wert ist ähnlich wie bei der Ausländerfeindlichkeit (Kap. 2.2) und beim primären und sekundären Antisemitismus (Kap. 3.2) erschreckend hoch. Beunruhigend ist, dass nur gut 30% der Islamkritischen keine Ressentiments gegenüber dem Islam haben. Das Potenzial der Islamfeindschaft

wird auch durch die hohen Zustimmungswerte zu islamfeindlichen Aussagen illustriert, sie liegen zwischen 44,4% und 57,5%.

Die Ursachen einer islamfeindlichen Einstellung lassen sich durch den Kontrast zwischen den Gruppen erhellen, die nur islamfeindlich und nur islamkritisch eingestellt sind. Unmittelbare Umgebungsfaktoren entscheiden in einem weit geringeren Maße darüber, ob eine islamfeindliche oder islamkritische Einstellung angenommen wird. Gewichtiger sind die sozialpsychologischen Unterschiede zwischen den Gruppen. Persönlichkeitsfaktoren wirken gemeinsam mit der kulturellen Bedeutung von Wohlstand und Wirtschaft auf die Einstellung. Die Unsicherheit über die dauerhafte Teilhabe an der wirtschaftlichen Prosperität lädt auch und gerade die Gruppe, die noch an diesem Wohlstand teilhat, mit Ressentiments auf. Ein autoritärer Reflex entscheidet dann über die Fremdgruppenabwertung, genauso wie die sozialpsychologischen Faktoren der sozialen Deprivation und die Beziehungserfahrungen der Probanden. Der protektive Faktor eines Kontakts zu Migrantinnen und Migranten tritt zwar deutlich hervor. Aber es muss offen bleiben, ob der Kontakt zu Migrantinnen und Migranten selbst bereits Ausdruck geringer Vorurteile ist oder ob diese durch den Kontakt abgebaut wurden.

3.4 Politische Einstellungen bei Migrantinnen und Migranten

Oliver Decker, Johannes Kiess, Elmar Brähler

Die Bundesrepublik ist seit den Gastarbeiterverträgen der 1960er Jahre ein Einwanderungsland. Diese Feststellung gilt schon lange, auch wenn in Teilen der Öffentlichkeit und Parteien diese Realität geleugnet worden ist. Der Migrationshintergrund ist demnach eine wichtige soziodemografische Bezugsgröße. Bisher haben sich alle Darstellungen auf die Befragten bezogen, die eine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen (mit und ohne Migrationshintergrund). Im Folgenden wollen wir auf die politischen Einstellungen bei Menschen eingehen, die in Deutschland leben und einen Migrationshintergrund haben. Um diesen zu erfassen, orientierten wir uns an den Vorschlägen zur migrationssensiblen Messung

(Schenk et al. 2006): Wer mindestens ein Elternteil hat, das in einem anderen Land als Deutschland geboren wurde, gilt als eine Person mit einem Migrationshintergrund. Außerdem sind nun alle befragten Personen mit und ohne deutsche Staatsbürgerschaft im Datensatz berücksichtigt. In Tabelle 3.4.1 sind die soziodemografischen Merkmale für Deutsche ohne und für Deutsche mit Migrationshintergrund und für alle Befragten ohne deutsche Staatsbürgerschaft angegeben. Letztere Gruppe (N=95) wurde auch im Rahmen der Befragung erhoben, jedoch in der Stichprobenbeschreibung in Kapitel 2.1 nicht berücksichtigt, da die Auswertung bisher auf Befragte mit deutscher Staatsbürgerschaft bezogen war.

Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund nach soziodemografischen Merkmalen (in Prozent)

Tabelle 3.4.1

		Deutsche ohne Migrationshintergrund (N=2206)		Deutsche mit Migrationshintergrund (N=209)		Befragte ohne deutsche Staatsbürgerschaft (N=95)	
Alter	Mittelwert	50,46		41,9		40,7	
	Standardabweichung	17,8		18,7		14,8	
		absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Altersgruppen	bis 24 Jahre	211	9,6	52	24,9	12	12,6
	25-34 Jahre	294	13,3	32	15,3	23	24,2
	35-44 Jahre	299	13,6	39	18,7	23	24,2
	45-54 Jahre	414	18,8	27	12,9	22	23,2
	55-64 Jahre	430	19,5	29	13,9	8	8,4
	65-74 Jahre	381	17,3	20	9,6	4	4,2
	ab 75 Jahre	177	8	10	4,8	3	3,2
Geschlecht	männlich	1011	45,8	104	49,8	55	57,9
	weiblich	1300	54,2	105	50,2	40	42,1
Wohnort	West	1733	78,6	196	93,8	93	97,9
	Ost	473	21,4	13	6,2	2	2,1
Familienstand	verheiratet/zusammenlebend	1102	50	100	47,9	52	54,7
	verheiratet/getrennt lebend	28	1,3	3	1,4	5	5,3
	ledig	548	24,8	73	34,9	23	24,2
	geschieden	263	11,9	22	10,5	11	11,6
	verwitwet	265	12	11	5,3	4	4,2

→

		Deutsche ohne Migrationshintergrund		Deutsche mit Migrationshintergrund		Befragte ohne deutsche Staatsbürgerschaft	
		absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Partnerschaft	ja (leben mit Partner)	1289	58,4	114	54,6	58	61,1
	nein (leben ohne Partner)	1012	41,6	95	45,5	37	38,9
Schulabschluss	ohne Abschluss	25	1,1	6	2,9	11	11,6
	Hauptschule/8. Klasse	815	36,9	80	38,3	42	44,2
	mittlere Reife/Realschule	689	31,2	63	30,1	17	17,9
	POS 10. Klasse	180	8,2	5	2,4	3	3,2
	Fachschule	73	3,3	7	3,4	2	2,1
	Abitur/o. abgeschl. Studium	196	8,9	31	14,8	9	9,5
	abgeschl. Hoch-/FH-Studium	178	8,1	7	3,3	6	6,3
	Schüler/in einer allg. Schule	50	2,3	10	4,8	5	5,3
	Berufstätigkeit	Vollzeit mit > 35 h/Woche	908	41,2	80	38,3	44
Teilzeit mit 15-35 h/Woche		230	10,4	24	11,5	7	7,4
Teilzeit mit < 15 h/Woche		47	2,1	6	2,9	5	5,3
Wehr-/Zivildienst oder Mutterschutz-/Erziehungsur.		16	0,7	0	0	0	0
arbeitslos/0-Kurzarbeit		79	3,6	11	5,3	11	11,6
Rentner/Vorruhestand		682	30,9	38	18,2	8	8,4
nicht berufstätig		92	4,2	14	6,7	8	8,4
in Berufsausbildung		33	1,5	8	3,8	3	3,2
in Schulausbildung		119	5,4	28	13,4	9	9,5
Haushalts-einkommen	weniger als 750 €/Monat	61	2,8	7	3,4	4	4,2
	750 bis < 1250 €/Monat	329	14,9	28	13,7	16	16,8
	1250 bis < 2000 €/Monat	661	30,8	59	28,9	31	32,6
	2000 bis < 3500 €/Monat	828	38,6	87	42,7	41	43,2
	ab 3500 €/Monat	277	12,9	23	11,3	3	3,2
Kirchen-zugehörigkeit	evangelisch	941	43,5	55	27,4	1	1,1
	katholisch	753	31,4	73	36,3	33	34,7
	muslimisch	24	0,1	22	10,9	40	42,1
	andere Konfession	21	0,8	13	6,5	14	14,7
	konfessionslos	561	24,2	38	18,9	7	7,4

Blicken wir zunächst auf die Demokratiezufriedenheit aufgeschlüsselt nach »mit« oder »ohne« Migrationshintergrund (vgl. Tabelle 3.4.2). Von der Idee der Demokratie zeigen sich am meisten Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft überzeugt, sie sind allerdings mit einem Wert unter 50% am wenigsten zufrieden mit der Demokratie, wie sie in Deutschland funktioniert. Diametral entgegengesetzt ist die Einschätzung der Deutschen mit Migrationshintergrund: Sie zeigen sich am zufriedensten mit dem Funktionieren der Demokratie, zweifeln aber eher an der Idee – wobei dieser Wert bei allen Vergleichsgruppen deutlich über 90% liegt.

Zufriedenheit mit Demokratie nach Migrationshintergrund

(in Prozent)

Tabelle 3.4.2

	Deutsche ohne Migrations- hintergrund (N=2206)	Deutsche mit Migrations- hintergrund (N=209)	Ohne deutsche Staatsbürger- schaft (N=95)
Demokratie als Idee	95,1	91,9	96,8
Demokratie in BRD, wie in Verfassung festgelegt	78,8	75,6	74,7
Demokratie in BRD, wie sie tatsächlich funktioniert	50,3	54,8	47,4

Um die Deprivationserfahrung zwischen den drei Gruppen zu vergleichen, haben wir jeweils die Zustimmung auf der Viererskala (»trifft eher zu« und »trifft voll und ganz zu«) in Tabelle 3.4.3 zusammengefasst. Menschen mit Migrationshintergrund erleben sich häufiger politisch und sozial depriviert, deutlich trifft das für Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft zu. In den immer wieder aufflammenden »Integrationsdebatten« sollte dies eine erhöhte Aufmerksamkeit erfahren. Menschen, gleich welcher Herkunft, Hautfarbe oder Religion, sollten gleiche soziale Integrationsbedingungen und -möglichkeiten vorfinden.

Politische und soziale Deprivation nach Migrationshintergrund

(in Prozent)

Tabelle 3.4.3

	Deutsche ohne Migrationshintergrund	Deutsche mit Migrationshintergrund	Ohne deutsche Staatsbürgerschaft
Keinen Einfluss auf die Regierung	77,5	77,9	86,3
Sinnlos, mich politisch zu engagieren	58,8	63,3	68,4
In meiner unmittelbaren Umgebung gibt es nicht genügend Menschen, die mich so nehmen, wie ich bin	20,2	18,2	37,2
In meiner unmittelbaren Umgebung fühle ich mich nicht wohl und sicher	11,9	12,5	16,1

Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft beurteilen die gegenwärtige wirtschaftliche Lage schlechter als deutsche Staatsbürger (Tabelle 3.4.4), das bestätigt die berichtete Deprivation auf der sozialen und politischen Ebene. Ungleich verteilte wirtschaftliche Chancen mögen dafür eine Erklärung bieten. Im Gegensatz dazu blicken Befragte ohne deutsche Staatsbürgerschaft optimistischer in die Zukunft.

Wirtschaftliche Deprivation nach Migrationshintergrund

(in Prozent)

Tabelle 3.4.4

	Deutsche ohne Migrationshintergrund		Deutsche mit Migrationshintergrund		Ohne deutsche Staatsbürgerschaft	
	sehr gut bis teils/teils	schlecht/sehr schlecht	sehr gut bis teils/teils	schlecht/sehr schlecht	sehr gut bis teils/teils	schlecht/sehr schlecht
Wirtschaftliche Lage heute	87,8	12,2	86,1	13,9	78,8	21,3
Wirtschaftliche Lage in einem Jahr	80,5	19,5	82,7	17,3	85,4	14,6

Integration in eine funktionierende Demokratie beinhaltet immer auch aktive politische Partizipation. Interessant ist die Unterscheidung »mit« oder »ohne« Migrationshintergrund: Tabelle 3.4.5 listet unterschiedliche Partizipationswege und die jeweilige Inanspruchnahme pro Gruppe in Prozent auf. Befragte ohne deutsche Staatsbürgerschaft beteiligten sich demnach in der Vergangenheit seltener an öffentlichen Diskussionen, an Unterschriftenaktionen oder Online-Protestaktionen. Wegen des fehlenden Wahlrechts für Migrantinnen und Migranten ohne deutsche Staatsangehörigkeit werden die Ergebnisse für die Partizipationsform »Wählen« nicht mit in die Interpretation aufgenommen (vgl. Tab. 3.4.5). Dies verzerrt die Ergebnisse und erschwert eine Interpretation sehr. Schließlich geben Befragte ohne deutsche Staatsbürgerschaft häufiger an, schon unkonventionelle Mittel und Wege genutzt zu haben. Auch in Parteien und Bürgerinitiativen engagierten sie sich häufig. Deutsche mit Migrationshintergrund nutzten zwar ihr Wahlrecht etwa so häufig wie die ohne Migrationshintergrund, sie engagierten sich aber seltener in allen übrigen Kategorien. Viele Mittel und Wege nutzten sie sogar seltener als Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft.

**Berichtetes Partizipationsverhalten (»Habe ich schon gemacht«)
nach Migrationshintergrund (in Prozent)**

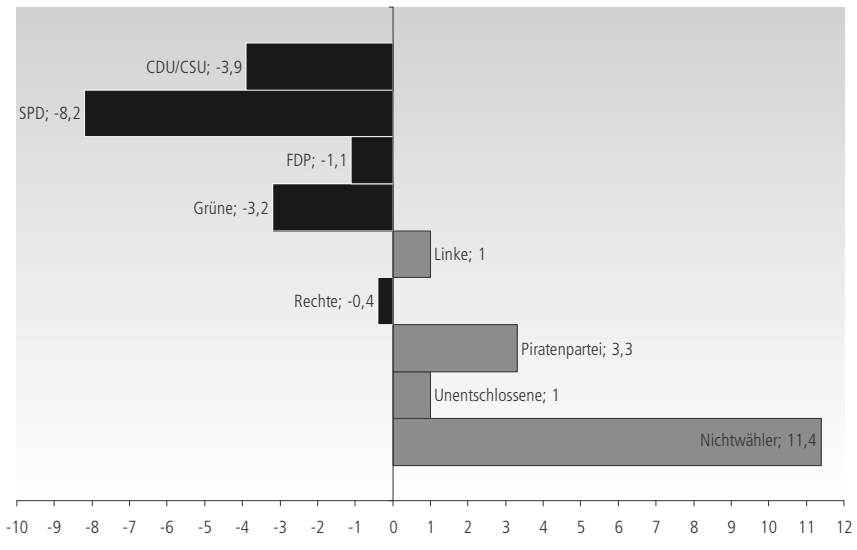
Tabelle 3.4.5

	Deutsche ohne Migrationshintergrund	Deutsche mit Migrationshintergrund	Ohne Staatsbürgerschaft
Mich an Wahlen beteiligen	68	64,1	27,4
Mich in Versammlungen an öffentlichen Diskussionen beteiligen	23	17,7	11,6
Mitarbeit in einer Bürgerinitiative	13,4	10,5	12,6
In einer Partei aktiv mitarbeiten	10,9	6,2	10,5
Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration	9	4,8	8,4
Hausbesetzung, Besetzung von Fabriken, Ämtern	7,3	5,3	10,5
Bei einer Demonstration mal richtig Krach schlagen, auch wenn dabei einiges zu Bruch geht	8,2	6,2	11,6
Für eine Sache kämpfen, auch wenn dazu Gewalt gegen Personen notwendig ist	7,8	5,7	9,5
Teilnahme an einer genehmigten Demonstration	19,4	12	13,7
Aus Protest nicht wählen gehen	27,3	28,2	12,6
Aus Protest einmal eine andere Partei wählen als die, der man nahesteht	22,4	12,4	6,3
Beteiligung an einer Unterschriftensammlung	43,2	32,5	20
Mich an einer Online-Protestaktion beteiligen	9,7	8,6	7,4

Bei der Sonntagsfrage fällt auf, dass Deutsche mit Migrationshintergrund häufig angaben, nicht wählen gehen zu wollen (vgl. Grafik 3.4.1). Ein Viertel der Befragten antwortete entsprechend. In den Diskussionen um Integration sollte dies eine verstärkte Rolle spielen, nicht zuletzt Migrantinnen und Migranten deutlich mehr in das politische Leben zu integrieren, eben auch was ihre Wahlbeteiligung angeht. Selbst für die gewerkschaftliche Arbeit konnten sie bisher nicht deutlich gewonnen werden. Eventuell hängt es mit den Ressentiments gegenüber Migrant/innen im Arbeitermilieu zusammen, dass sich Deutsche mit Migrationshintergrund

weniger häufig von der SPD angesprochen fühlen als Deutsche ohne Migrationshintergrund. Auffällig sind außerdem die relativ hohen Anteile bei der Partei »Die Linke« und bei der Piratenpartei. Von diesen Parteien fühlen sich Migrantinnen und Migranten scheinbar etwas eher vertreten als andere.

Wahlverhalten von Deutschen mit Migrationshintergrund gegenüber Deutschen ohne Migrationshintergrund. Sie wählen mehr oder weniger (in %) Grafik 3.4.1



Es ist plausibel zu vermuten, dass die Zustimmung zu rechtsextremem Gedankengut unter Migrantinnen und Migranten deutlich geringer ausfällt als in der Vergleichsgruppe. Der von uns genutzte Rechtsextremismus-Fragebogen ist auf Deutschland eingestellt, das heißt, die Items sind im Hinblick auf den nationalen Kontext formuliert. Insofern sind die Ergebnisse in Tabelle 3.4.6 erwartungskonform. Die Gruppe der Migrantinnen und Migranten mit deutscher Staatsbürgerschaft weist in allen Dimensionen einen niedrigeren Wert auf. Zudem ist der Unterschied in der Dimension »Antisemitismus« nicht besonders groß, mehr noch, die Gruppe der Befragten ohne deutsche Staatsbürgerschaft hat in diesen

beiden Dimensionen die höchste Zustimmung. Ebenso fällt auf, dass diese Gruppe den höchsten Wert in der Dimension »Verharmlosung des Nationalsozialismus« aufweist. Auch dass sich mehr als jeder und jede zehnte aus dieser Gruppe ausländerfeindlich äußert, ist bemerkenswert.

**Zustimmung zu Dimensionen der rechtsextremen Einstellung
Migrant/innen und Nicht-Migrant/innen** (in Prozent, Grenzwert > 12)

Tabelle 3.4.6

	Deutsche ohne Migrationshintergrund	Deutsche mit Migrationshintergrund	Migrant/innen ohne deutsche Staatsbürgerschaft
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur	3,4	3,8	5,3
Chauvinismus	20,2	11,5	4,2
Ausländerfeindlichkeit	26,2	13,4	5,3
Antisemitismus	8,8	6,7	14,7
Sozialdarwinismus	4,4	2,4	1,1
Verharmlosung des Nationalsozialismus	3,1	2,9	4,2
Rechtsextremes Weltbild (Grenzwert > 63)	9,4	4,8	4,2

Die relative Zustimmung von Migranten insbesondere ohne deutsche Staatsbürgerschaft in bestimmten Dimensionen des Rechtsextremismus-Fragebogens wird noch klarer, wenn wir die Zustimmung im Autoritarismus-Kurzfragebogen hinzuziehen (Tabelle 3.4.7). Befragte ohne deutsche Staatsbürgerschaft sind demzufolge nicht weniger autoritär eingestellt als solche im Besitz derselben, eher im Gegenteil. Grundsätzlich ist das nicht überraschend. Zustimmung zu menschenverachtenden Einstellungen ist auch in anderen Ländern verbreitet. Zieht man beispielsweise von der Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlichte Studie »Die Abwertung der Anderen« hinzu (Zick, Küpper & Wolf 2011), so fällt auf, dass es durchaus spezifische Unterschiede zwischen einigen Ländern gibt. In Westeuropa sind antimuslimische, in Osteuropa tendenziell antisemitische Einstellungen weiter verbreitet. Autoritäre Orientierung ist eine Bedingung antidemokratischer und menschenfeindlicher Einstellungen.

Letztlich bestätigen die relativ gleichen Werte für den Autoritarismus, dass sich menschenfeindliche Einstellungen in jeder Bevölkerungsgruppe und in jeder Kultur finden.

Zustimmung zu autoritären Aussagen nach Migrationshintergrund

(in Prozent)

Tabelle 3.4.7

	Deutsche ohne Migrationshintergrund	Deutsche mit Migrationshintergrund	Migrant/innen ohne deutsche Staatsbürgerschaft
Wichtigste Eigenschaft: Unbedingter Gehorsam gegenüber der Autorität	23,6	29,3	29,5
Kriminalität und sexuelle Unmoral lassen es unumgänglich erscheinen, mit gewissen Leuten härter zu verfahren	64,9	67,8	63,2
Dankbarkeit für führende Köpfe	24	25,1	26,3
Gehorsam gegenüber den Eltern dem Kind dienlich	24,1	26	26,3
Autoritarismus (aggregiert)	17,4	18,3	21,1

Interessant sind auch die Unterschiede bezüglich des sekundären und primären Antisemitismus (vgl. Kap. 3.2). Die Gruppe der Befragten mit Staatsbürgerschaft unterscheidet sich nicht in Abhängigkeit davon, ob ein Migrationshintergrund besteht oder nicht (vgl. Tabelle 3.4.8). Wohl aber beobachten wir einen deutlichen Unterschied zu den Befragten ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Während letztere sich sehr viel seltener sekundär antisemitisch zeigen, übertreffen sie die Deutschen (mit und ohne Migrationshintergrund) beim primären Antisemitismus um deutliche vier Prozentpunkte. Zu vermuten ist, dass der Wert bei den Befragten mit deutscher Staatsbürgerschaft eher durch die Kommunikationslatenz des Antisemitismus modifiziert wird, als dies bei der Vergleichsgruppe der Fall ist. Zugleich deutet die Differenz beim sekundären Antisemitismus darauf hin, dass Befragte ohne deutsche Staatsbürgerschaft eher einem direkten Judenhass zustimmen, der Antisemitismus also abweichend begründet wird.

**Zustimmung sekundären und primären Antisemitismus (aggregiert)
nach Migrationshintergrund** (in Prozent)

Tabelle 3.4.8

	Deutsche ohne Migrations- hintergrund	Deutsche mit Migrations- hintergrund	Migrant/innen ohne deutsche Staatsbürger- schaft
Primärer Antisemitismus	11,6	11,1	16
Sekundärer Antisemitismus	23,9	21,5	10,6

4. Zusammenfassung und Handlungsfelder

Johannes Kiess, Oliver Decker, Elmar Brähler

Die Gesellschaft befindet sich im Umbruch. Nicht eine kurze Episode geschichtlicher Entwicklung soll mit dieser Formulierung gekennzeichnet werden, sondern eine übergreifende Erfahrung seit Beginn der Moderne. Treffender noch, als eine bestimmte historische Epoche als »Moderne« zu bezeichnen, ist es, Moderne als Prozess zu beschreiben. In Abgrenzung zur Vorgängerstudie »Die Mitte in der Krise« wollen wir mit der vorliegenden Untersuchung nicht zuletzt auf langfristige Prozesse aufmerksam machen, die die Moderne kennzeichnet: Ihr Merkmal ist die Beschleunigung und die beständige Erfahrung von Ungewissheit. Die kapitalistische Ökonomie ist weniger Motor dieser Entwicklung als selbst von ihr angetrieben. In diesem Sinne ist auch die Entwicklung einer nachfordistischen (von der klassischen Fabrik abweichenden), obgleich immer noch kapitalistischen Produktionsweise und auch die digitale Revolution mit all den Konsequenzen für die ihr unterworfenen Individuen in das Wechselspiel von Moderne und Gegenmoderne und die Dialektik der Aufklärung eingebunden. Erfahrbare werden sie für die Gesellschaftsmitglieder durch die Beschleunigung und das Gefühl des Ausgeliefertseins an eben diese Prozesse.

Die Virulenz rechtsextremer Einstellung und auch die Aktivitäten von Neonazis und Rechtspopulisten können nur vor dem Hintergrund dieser Überlegungen zu Entwicklungsbewegungen der Gesellschaft verstanden und nachhaltig bekämpft werden. Dabei sorgen die von uns beschriebenen Entwicklungen für Brüche (in Traditionen, Erwerbsbiographien, Persönlichkeiten), sie verändern Formationen (von Familie, Produktion, Gesellschaft) und finden als Produkte der Moderne in Phänomenen wie dem Fundamentalismus ihre antimoderne Negation. Dies alles wirkt direkt und indirekt auf die politischen Einstellungen der Menschen und

nicht zuletzt auf ihr soziales Miteinander in der Öffentlichkeit und in der Sphäre der Politik.

4.1 Die Ergebnisse

Die Aufgabe war es, wie in allen »Mitte-Studien«, im Anschluss an die Formulierung »Extremismus der Mitte« von Lipset den Rechtsextremismus als Problem der Mitte zu untersuchen. Den Begriff der »Mitte« begreifen wir einerseits deskriptiv, andererseits hat er analytische Stärke. Der Begriff einer gesellschaftlichen Mitte bezeichnet das, was zwischen »oben« und »unten« ist, häufig die »Normalverdiener/innen«, das heißt die Mittelschicht. Diese steht im Verhältnis zu »oben« und – viel wichtiger – zu »unten«, was die ständige Gefahr des sozialen Abstiegs impliziert, wengleich in »guten Zeiten« auch das Versprechen des Aufstiegs. Mit der gesellschaftlichen Lage ist immer auch die politische Einstellung verbunden. Eine reichhaltige Literatur verweist daraus folgernd auf die besondere Latenz autoritärer bzw. rechtsextremer Einstellung in der »Mitte«. Die »Mitte« ist aber nicht nur ein analytischer Begriff der Soziologie. Vielmehr werden mit diesem Begriff normative ordnungspolitische Vorstellungen entweder implizit oder explizit transportiert und ausgedrückt. Das unterstreicht die Brisanz, die der »Mitte« anhaftet. In diese Untersuchung gehörte deshalb auch eine Darstellung der politischen Einstellungen, des Partizipationsverhaltens und der wirtschaftlichen Lage.

Im Rahmen der Untersuchung rechtsextremer Einstellungen ging es insbesondere darum, die Phänomene Antisemitismus und Islamfeindlichkeit näher zu betrachten. Im Folgenden sollen die Ergebnisse diskutiert und Denk- und Handlungsrichtungen skizziert werden, die aus den Ergebnissen folgen. Die Frage, die sich von Anfang an mit den »Mitte-Studien« verband, bleibt aktuell: Was kann in Politik und Gesellschaft getan werden, um die Arbeit gegen Rechtsextremismus zu intensivieren und die Demokratie zu stärken? Ergänzend war zu fragen, wie stark primärer und sekundärer Antisemitismus ausgeprägt ist und ob zwischen Islamkritik und Islamfeindschaft zu unterscheiden ist. Ein neuer Zugang

ist, die politischen Einstellungen von Migrantinnen und Migranten mit und ohne deutsche Staatsbürgerschaft zusätzlich zu untersuchen.

Der Sockel rechtsextremer Einstellungen ist weiterhin hoch

Der Sockel der rechtsextremen Einstellung ist in Deutschland nach wie vor hoch. Während 2010 die Hoffnung bestand, dass mit der Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen ein wirkungsvolles Mittel gefunden wurde, um antidemokratischen Einstellungen zu begegnen, muss die Zusammenfassung diesmal verhaltener ausfallen. Auch wenn es in Ost- und Westdeutschland abwärtsdriftende Regionen gibt, so lässt sich die Konsequenz aus der Schwäche der Wirtschaft am besten mit den empirischen Ergebnissen für Ostdeutschland verdeutlichen. Knapp 16% der Ostdeutschen haben ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild. Das ist der höchste in den »Mitte-Studien« bisher gemessene Wert, und die gegenwärtige Tendenz ist steigend. Besonders besorgniserregend ist, dass in der Erhebung eine neue Generation des Rechtsextremismus sichtbar wird. Bisher konnte immer ein Zusammenhang zwischen Alter und rechtsextremen Einstellungen festgestellt werden, d.h. die Jungen schienen weniger empfänglich. Doch gerade die jungen Ostdeutschen fallen nun zunehmend mit hohen Zustimmungswerten auf. Die Strukturprobleme in Ostdeutschland, die auch 20 Jahre nach der Wende nicht adäquat adressiert sind, schlagen sich hier nieder, wie auch das Gefühl einer Generation, nicht gebraucht zu werden. Blicken wir in die europäischen Nachbarländer, aber eben auch in bestimmte Regionen in (West- und Ost-)Deutschland, so stimmen die enorme Jugendarbeitslosigkeit und die insgesamt unsicheren Aussichten der Menschen pessimistisch, gerade was die (regionale) Verbreitung rechtsextremer und anderer Formen menschenverachtender Einstellung betrifft.

Es ist weniger die durchschnittliche Einschätzung z.B. der wirtschaftlichen Lage, die Sorgen bereitet. Allerdings scheint es Gruppen zu geben, die mehr und mehr aus der Gesellschaft »herausfallen«. Robert Castel hat für diese Entwicklung den Begriff der »Überflüssigen« geprägt (Castel 2000). Damit gehen auch Abstiegsängste von nicht direkt betroffenen Menschen einher, namentlich solcher, die sich selbst ökonomisch und politisch in der

»Mitte« verorten. Das Aufbrechen antidemokratischer Einstellung vollzieht sich in Momenten, in denen eine bis dahin integrierende Autorität, z.B. eine starke Wirtschaftsmacht, genau dieses Integrationspotenzial verliert.

Noch einmal wollen wir davor warnen, den Rechtsextremismus (wieder) als ostdeutsches Problem zu klassifizieren. Wie wir 2008 in einem Bundesländervergleich gezeigt haben (Decker & Brähler 2008), sind es bei näherer Betrachtung nicht die Differenzen zwischen ostdeutschen und westdeutschen Bundesländern, die auffallen. Vielmehr scheinen die sozioökonomischen Strukturmerkmale der Bundesländer entscheidend zu sein. Stadtstaaten (Hamburg, Berlin) schneiden grundsätzlich besser ab als ländlich geprägte, weniger industrialisierte Flächenstaaten. Die von uns gemessene Ausländerfeindlichkeit ist zudem nicht etwa da besonders hoch, wo sich unterschiedliche Bevölkerungsgruppen täglich begegnen, sondern dort, wo kaum Migrantinnen und Migranten wohnen. Auch wenn wir die Verhaltensebene des Rechtsextremismus betrachten, können wir nicht von einem »ostdeutschen« Phänomen sprechen. Sogenannte »Freie Kräfte« oder »Autonome Nationalisten« sind im Westen genauso stark organisiert wie im Osten. Gewalt und andere Übergriffe fallen hier wie dort immer wieder durch ihre erschreckende Brutalität auf.

Was sich in der Gegenüberstellung von Ost und West jedenfalls zeigt, ist das Abkoppeln ganzer Regionen von der gesamtstaatlichen bzw. europäischen Entwicklung. Diese zurückgelassenen Regionen bringen für die Demokratie langfristig viel schwerwiegendere Probleme mit sich als »nur« hohe Arbeitslosenzahlen oder Verschuldungsraten. Diese Situation darf keinesfalls unbeantwortet bleiben. Und natürlich geht es dabei um politisch hart umkämpfte Verteilungsfragen, nämlich um die Verteilung von Arbeit und Wohlstand.

Politische Einstellung bei Migrantinnen und Migranten

Erstmals haben wir in unserer Auswertung nach dem Migrationshintergrund der Befragten unterschieden und auch Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft, die sonst nicht in der Auswertung berücksichtigt

werden, miteinbezogen. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass sich Menschen mit Migrationshintergrund häufiger politisch und sozial marginalisiert fühlen. Besonders für Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft trifft dies eindeutig zu. In den immer wieder aufflammenden »Integrationsdebatten«, die allzu oft in Polemik verhaftet bleiben, sollte diesem Umstand höhere Aufmerksamkeit gezollt werden. Menschen, egal welcher Herkunft, Hautfarbe oder Religion, müssen gleichermaßen sozial und politisch integriert sein.

Nicht überraschend war die niedrigere Verbreitung rechtsextremer Einstellung unter Migrantinnen und Migranten. Allerdings ist die Zustimmung zum Autoritarismus-Kurzfragebogen sogar etwas höher ausgefallen als bei den Deutschen ohne Migrationshintergrund. Außerdem konnten wir einen deutlichen Unterschied zwischen den Befragten mit und ohne deutsche Staatsbürgerschaft hinsichtlich des Antisemitismus feststellen: Während letztere sich sehr viel seltener sekundär antisemitisch zeigen, übertreffen sie die Deutschen (mit und ohne Migrationshintergrund) beim primären Antisemitismus.

Antisemitismus

Einen eigenen Abschnitt haben wir in der vorliegenden Untersuchung dem Antisemitismus gewidmet. Schon in der Einleitung haben wir außerdem auf das Phänomen der Kommunikationslatenz im Zusammenhang mit Antisemitismus hingewiesen. Die deskriptiven Befunde verdeutlichen die gesamtgesellschaftliche Virulenz des Antisemitismus. Zumindest Fragmente der verschiedenen Arten von Judenfeindschaft sind in sehr großen Teilen der Bevölkerung verbreitet. Dies zeigt sich in Zustimmungsraten zu einzelnen judenfeindlichen Äußerungen von bis zu 62%. Auf der Dimensionsebene, also in der durchschnittlichen Zustimmung je Teilphänomen, liegen die Werte für den primären Antisemitismus bei 11,5% und für den sekundären Antisemitismus bei 23,8%.

Wie im vorangegangenen Abschnitt bereits erwähnt, dreht sich das Verhältnis bei Migrantinnen und Migranten ohne deutsche Staatsbürgerschaft um. Soll heißen: Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft (mit und ohne

Migrationshintergrund) scheinen den sogenannten »Anti-Antisemitismus-Konsens« zu teilen – sie äußern sich weniger primär antisemitisch. Dass dies nicht unbedingt für ein geringeres Potenzial an Antisemitismus spricht, sondern vieles durch Kommunikationslatenz verdeckt wird, zeigen die Zustimmungswerte beim sekundären Antisemitismus. Befragte ohne deutsche Staatsbürgerschaft fühlen sich scheinbar einfach nur weniger an den offiziellen Konsens gebunden.

Islamfeindschaft und Islamkritik

Im Jahr 2012 ist ein enormes Potenzial an islamfeindlicher Einstellung zu konstatieren. Es lohnt sich allerdings, immer wieder darauf hinzuweisen, dass die Gruppen, die entsprechende Ressentiments auf sich ziehen, auswechselbar zu sein scheinen. Ende der 1980er- und Anfang der 1990er-Jahre waren »die Asylbewerber« öffentlich den größten Anfeindungen ausgesetzt, davor waren es »die Gastarbeiter«.

Die rassistische Grundlage der Islamfeindlichkeit macht auch den Unterschied zur Islamkritik aus. In unserer Analyse haben wir eine Gruppe herausgegriffen, die sich nicht islamkritisch, aber islamfeindlich äußert. Das zeigt am Extremfall, dass Islamfeindlichkeit sich eben nicht auf eine mitunter sehr wohl legitime Islamkritik stützen kann.

4.2 Handlungsfelder

Holocaust-Education und politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft

Die Einwanderungsgesellschaft stellt auch neue Anforderungen an die politische Bildung im schulischen wie außerschulischen Bereich. Identifikationsprozesse über Generationen hinweg führen zu unterschiedlichen Umgangsweisen mit der deutschen Vergangenheit. Die familiären Verstrickungen in den Angriffs- und Vernichtungskrieg Nazi-Deutschlands liegen bei Jugendlichen und Kindern aus Migrantenfamilien nicht vor. Auch Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund stehen in einer Auseinandersetzung oder sogar Identifikation mit den deutschen

Verbrechen, aber sie fällt anders aus und erfordert auch andere politische Bildungsmaßnahmen. Bis auf wenige Ausnahmen existieren kaum Ansatzpunkte zum Verständnis dieser Bildungsprozesse (Georgi 2003; Kühner 2010). Die stark verbreitete antisemitische Einstellung unter Migrantinnen und Migranten und ihre teilweise auch autoritäre Einstellung machen politische Bildung noch dringender erforderlich. Erstaunlich ist, dass es hierzu bisher kaum Forschungsbemühungen oder –förderungen gegeben hat. Zweifellos macht sich hier auch die jahrzehntelange Lebenslüge, Deutschland sei kein Einwanderungsland, bemerkbar.

Re-Solidarisierung

Ein wichtiges Ergebnis auch aus der einschlägigen Literatur ist die messbare und vor allem von der Bevölkerung wahrgenommene Entsolidarisierung. Wir finden sie in den Ergebnissen als menschenfeindliche Einstellungen wieder. Gemeint ist aber nicht nur z.B. die Abwertung von Migrantinnen und Migranten aus rassistischen Gründen. Auch sozial Schwache wie Arbeitslose oder Obdachlose werden immer weiter ausgegrenzt. Sie passen nicht in die eigenen Versuche, mit der andauernden Beschleunigung der Moderne mitzuhalten. Dabei sind die Herausforderungen dieser Moderne sicher nicht im Einzelkämpfermodus zu meistern. Eine Gesellschaft ist nicht aufgrund des einen Prozents an der Spitze erfolgreich, sondern nur in ihrer Differenziertheit und Vielfalt. Das bedeutet auch: Diese Vielfalt muss wertgeschätzt und abgesichert werden.

Dem stehen die bis heute wirksamen Programme des Neoliberalismus und seiner »Grammatik der Härte« (Fach 2000) entgegen. In dieser Grammatik ist der Verlust Einzelner vorgesehen oder zumindest einkalkuliert. Dem entspricht auf der Ebene der in unserer Studie untersuchten Einstellungen die weite Verbreitung von Autoritarismus und rechtsextremer Einstellung.

Teilhabe und Teilnahme lernen und lehren

Nach wie vor besteht ein deutlicher Zusammenhang zwischen Bildung und dem Grad der Zustimmung zu menschenverachtenden und rechtsextremen Einstellungen. Auch für die politische Beteiligung und die

Teilhabe an der Öffentlichkeit und Gesellschaft insgesamt ist sie eine wichtige Voraussetzung und Ressource. Die wichtigste Institution, um hier anzusetzen, ist natürlich das Schulsystem. Die Schule kann, das muss allerdings immer mitgedacht werden, nur dann ihren Auftrag erfolgreich ausführen, wenn sie die finanzielle und auch moralische Anerkennung und Unterstützung erhält, die ihr zusteht und die sie benötigt.

Es ist wichtig, dass weiterhin bzw. noch stärker als bisher im Unterricht Nationalsozialismus, Antisemitismus, verschiedene Religionen und Kulturen sowie Ausländerfeindlichkeit und heutiger Rassismus behandelt werden. Dabei ist die Schule nicht nur der Ort, an dem »Stoff« vermittelt wird. Es kommt im Sinne einer demokratischen Erziehung auch darauf an, Schule als sozialen Raum zu gestalten. Wichtigstes Hindernis dafür (wie auch für eine sachgerechte Vermittlung emotional herausfordernder Themen) ist die mangelnde Personalausstattung an vielen Schulen. Es gibt insgesamt zu wenig Lehrerinnen und Lehrer und außerdem zu wenige unterstützend arbeitende Schulpsychologinnen und -psychologen und andere Spezialisten. Ein drängendes Problem ist die weiterhin überfällige Einrichtung inklusiver Schulen – wozu sich Deutschland im Jahr 2009 mit Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet hat. Das alles müsste mit einer gesellschaftlichen Besserstellung (nicht unbedingt finanziell, sondern den Auftrag betreffend) der Lehrkräfte einhergehen, um mittelfristig noch mehr engagierte und motivierte Menschen für den Schuldienst zu gewinnen.

Schließlich kommt es für Lehrkräfte wie Schülerinnen und Schüler darauf an, Demokratie im Klassenraum und im Berufsalltag zu erleben – nicht bloß als Theorie zu lehren bzw. zu lernen. Zwar gibt es an vielen Schulen Beteiligungsformen für Schülerinnen und Schüler, doch sind diese oft nur bedingt erfolgreich, auch was die Beteiligung der Angesprochenen angeht. Zudem motivieren die ständige Fremdbestimmtheit und die mit autoritären Zuständen in Politik und Gesellschaft gemachten Erfahrungen jüngere Menschen nicht unbedingt zur Partizipation. Kurz gesagt: Von »den Jungen« mehr Demokratie und mehr Engagement zu fordern, wird alleine nicht ausreichen.

Politik wagen

Nicht nur müssen wir mehr Demokratie wagen, wie Willy Brandt schon vor 40 Jahren forderte. Wir müssen auch mehr Politik wagen. Das bedeutet, gerade in wirtschaftlich turbulenten Zeiten das Heft in der Hand zu behalten. Es bedeutet für Mandatsträgerinnen und Mandatsträger und Verwaltungsspitzen zu überlegen, welche Interessen wirklich wichtig sind. Lobbyismus ist in einer pluralistischen und korporatistisch organisierten Demokratie an sich kein Problem – eine ungleiche Beteiligung von Interessengruppen und die Bevorzugung der finanzstärksten aber sehr wohl. Es bedeutet außerdem, das Soziale wieder zu stärken. Eine strukturelle Jugendarbeitslosigkeit, die Entsolidarisierung des Gesundheitswesens und steigende Altersarmut, also die stärker werdende Belastung der Schwächeren in der Gesellschaft, wird dauerhaft zu hoher sozialer und wirtschaftlicher Deprivation beitragen und auch dem Rechtspopulismus und der Verbreitung rechtsextremer Einstellung weiter in die Hände spielen. Wenn wir es uns leisten können, die Verluste der Finanzkrise zu vergemeinschaften, sollte es uns erst recht wichtig sein, soziale Risiken zu vergemeinschaften.

Eine Studie der Otto-Brenner-Stiftung (Bödeker 2012, 41 f.) nennt drei Strategien, um der zunehmenden politischen Ungleichheit zu begegnen. Da das politische Partizipationsverhalten von den Faktoren Bildung und Einkommen abhängt, sollte sich auch die Bekämpfung von Einkommens- und Vermögensungleichheit sowie die Stärkung der Bildungsgleichheit positiv auf die Verteilung politischer Beteiligungschancen auswirken. Zweitens sollte die Repräsentation der Interessen von Schwächeren gestärkt werden. Die Interessen von Armen, weniger Gebildeten, Arbeitslosen, selbst vieler Arbeitnehmer sind strukturell immer benachteiligt gegenüber den finanzstarken Verbänden von Industrie und Wirtschaft. Schließlich kommt es auch darauf an, sozial Benachteiligte zu aktivieren. Dabei darf es nicht, wie im Fall der Bundesagentur für Arbeit, um das berühmte »Fördern und Fordern« gehen, das erstens oft genug zu noch mehr Ausgrenzung und Stigmatisierung führt und zweitens rein auf die ökonomische Situation beschränkt ist. Es muss vielmehr darum gehen, Menschen, die sozial benachteiligt sind, für mehr politisches En-

agement zu gewinnen und sie zur eigenen Interessenvertretung zu motivieren. Es ist nicht so, das sich die »Entbehrlichen der Bürgergesellschaft« nicht engagieren oder engagieren wollten. Sie tun dies meist aber in ganz anderen, verdeckten Formen (Klatt & Walter 2011). Eine repräsentative Vertretung ihrer Interessen in der Gesellschaft findet so allerdings nicht statt, sie werden überhört.

Schließlich bedeutet »mehr Politik wagen«, die zahlreichen Umbrüche aktiv zu gestalten. Die strukturell gewordene Arbeitslosigkeit, und mit ihr die Entnormalisierung des Normalarbeitsverhältnisses (Vobruba 1990) ist auch 30 Jahre nach der Diagnose des Problems nicht in Angriff genommen worden. Ein flächendeckender Mindestlohn gegen Lohn-dumping, Konzepte für ein bedingungsloses Grundeinkommen, eine Neuverteilung und Neubewertung von »Arbeit« – das alles sind Konzepte die seit längerem auf dem Tisch liegen. Sie brauchen aber Interessengruppen, die sie unterstützen.

Aktiv zu gestalten wäre auch ein besseres, ein soziales Europa. Das heißt: Mehr Europa, aber anders (vgl. Busch & Hirschel 2012). Die wirtschaftliche und die politische Integration müssen demokratisch legitimiert und die Risiken, die durch die Marktintegration entstanden sind, sozial abgedeckt werden.

Miteinander statt Ethnisierung

Auf europäischer wie nationaler Ebene ist es besonders wichtig, sozio-ökonomische Fragen, also Fragen der Wohlstandsverteilung, als eben solche auszuhandeln. Soziale Konflikte zu ethnisieren, nützt niemandem. Das würde bedeuten, Kampagnen gegen angebliche »ausländische« Dumpingkonkurrenz oder, noch schlimmer, gegen »Ausländer, die nach Deutschland kommen, um unsere Arbeitsplätze wegzunehmen«, konsequent eine Absage zu erteilen. Schließlich leiden mobile Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in anderen Ländern unter denselben Zwängen wie in Deutschland auch. Sie müssen Geld verdienen, um sich und ihre Familien zu ernähren.

Darüber hinaus gilt es, nicht das »Integrationsversagen« ethnisch-religiöser Minderheiten in den Vordergrund öffentlicher Auseinandersetzung zu stellen, sondern die gemeinsamen Herausforderungen der Zukunft. Integrationsproblemen in den Schulen wäre mit einer besseren personellen Ausstattung jedenfalls mehr geholfen als mit den oft diskriminierenden Debatten über die Leistungsfähigkeit einzelner Schülergruppen. Als vor Jahrzehnten die Bildungsverliererin im »katholischen Mädchen vom Land und aus proletarischem Milieu« ausgemacht wurde, war der erste Schritt gemacht. Bis endlich die richtigen Konsequenzen in der Bildungspolitik gezogen wurden, gab es eine lange Zeit der Biologisierung: Frauen seien »für die höhere Bildung eben nicht geeignet«. Nicht nur aus ethischen Gründen darf dieses Mal nicht so lange gewartet werden. »Der junge Mann aus großstädtischem Milieu mit Migrationshintergrund« als neuer Bildungsverlierer wird bisher ebenfalls mit rassistischen Gründen für seine Misere selbst verantwortlich gemacht und nicht die Gesellschaft, welche die Bildungschancen vergibt. Die eher wechselhaften Erfahrungen mit der Islamkonferenz des Bundesinnenministers zeigen, dass hier wohl noch ein weiter Weg zu gehen ist, auch und vor allem für die verantwortlichen Verwaltungen.

Anhand einer Analyse der skandinavischen Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung hat eine Veröffentlichung der Friedrich-Ebert-Stiftung im Vorjahr deutlich gemacht, welche Strategien gegen Rechtspopulisten am wirkungsvollsten sind (vgl. Lodenius & Wingborg 2011). Die Sozialdemokratie war dort am erfolgreichsten, wo es gelang, klassische Verteilungsfragen in den Vordergrund zu stellen. Keinesfalls sollten die Themen der Rechten übernommen werden. Damit werden die ethnizierenden und diskriminierenden Anliegen aufgewertet und erst recht öffentlich rezipiert – was den Rechtspopulisten als »Fachleuten« auch an der Wahlurne zugutekommt. Eine klare Linie gegen tendenziöse Stimmungsmacher ist erfolgreicher und sollte das Mittel der Wahl auch in Deutschland sein. Außerdem empfehlen Lodenius und Wingborg starke Gewerkschaften als Sozialisationsinstanz und Bollwerk gegen Rechtspopulismus. Zwar ist in Deutschland die rechtsextreme Einstellung unter Gewerkschaftsmitgliedern ebenso weit verbreitet wie unter Nichtgewerk-

schaftern. Doch Gewerkschaften konzentrieren das Wahlverhalten eher auf klassische (Arbeiter-)Parteien und können außerdem selbst als Akteure aktiv werden. Die Einzelgewerkschaften und der DGB in Deutschland sind verstärkt dabei, öffentlich und aktiv gegen Rechtsextremismus Position zu beziehen. Diese Bemühungen sollten vorangetrieben und durch andere Verbände der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft übernommen bzw. unterstützt werden.

Rechtsextremismus aktiv bekämpfen

Die dringlichste Aufgabe aller Mandats- und Entscheidungsträgerinnen und -träger, aber auch der Bürgerinnen und Bürger in ihrem jeweiligen sozialen Umfeld ist, rechtsextremem Gedankengut und rechtsextremen Straftaten gegenüber eine klare Linie und Haltung einzunehmen.

Darüber hinaus muss die zivilgesellschaftliche Arbeit weiter gestärkt werden und endlich mehr Anerkennung finden. Denn die Bekämpfung rechter Gewalt durch den repressiven Staatsapparat ist zwar notwendig, ohne eine starke Zivilgesellschaft jedoch dauerhaft kaum erfolgreich. Staatliche Repression drängt zwar rechtsextrem motivierte politische Handlungen und Gewalt zurück. Aber gleichzeitig legitimiert sie repressive Maßnahmen als Instrumente der Politik. Die Identifikation mit repressiven Maßnahmen stärkt dann paradoxerweise genau das, wogegen sie sich richten: rechtsextreme und autoritäre Einstellungen, nicht aber die demokratische Auseinandersetzung.

Die Extremismusklauseln des Bundesinnenministeriums und einiger Bundesländer, flankiert durch entsprechende undifferenzierte Gleichstellungen von »links« und »rechts« sind das prominenteste Beispiel für behördliches Misstrauen, das vielen zivilgesellschaftlichen Initiativen anstelle der notwendigen Wertschätzung und Kooperationsbereitschaft entgegengebracht wird. Auch die Kriminalisierung von Initiativen, die in Bündnissen Neonazi-Aufmärsche zu verhindern versuchen, setzt falsche Zeichen. Ein weiteres Thema ist die Verantwortung, die den Medien als Träger demokratischer Öffentlichkeit zukommt. Diese Verantwortung zu erkennen und wahrzunehmen, ist leider nach wie vor nicht selbstver-

ständig. Die Eruption von Gewalt und Fremdenhass zu Beginn der 1990er-Jahre war auch ein Produkt der Art und Weise, wie berichtet wurde, und dieses Urteil schließt die sogenannten Qualitätsmedien mit ein. Auch die Berichterstattung rund um das Buch und die Thesen von Thilo Sarrazin im Jahr 2010 war wiederum von wenig Sensibilität gekennzeichnet, wie überhaupt beim Thema Rechtsextremismus häufig eine vereinfachende, undifferenzierte Berichterstattung zu beobachten ist.

Anhang

Glossar

Beta Gewichte: Geben den Anteil der aufgeklärten Varianz, d.h. der unterschiedlichen Ausprägung eines Merkmals, wie z.B. rechtsextreme Einstellung, durch den jeweiligen Einflussfaktor im Vergleich zu den anderen verwendeten Einflussfaktoren an (siehe Varianzanalyse). So wird beispielsweise erklärt, ob die unterschiedlich starke Ausprägung der antisemitischen Einstellung zwischen den Befragten eher durch die Deprivationserfahrung oder durch die Erziehung begründet ist.

Chi-Quadrat-Test: Mit diesem Test wird bestimmt, ob sich die Verteilung eines Merkmals zwischen zwei Gruppen unterscheidet, z.B. ob sich Ost- und Westdeutsche in bestimmten politischen Einstellungen statistisch bedeutsam unterscheiden (vgl. Signifikanz). Dieser Test findet nicht Verwendung, wenn es um die Vergleiche von Mittelwerten geht, sondern nur bei Häufigkeiten (vgl. T-Test).

Korrelation/Produkt-Moment-Korrelation: Beschreibt, wie eng zwei Merkmale miteinander zusammenhängen. Dieser lineare Zusammenhang zwischen zwei Merkmalen wird mit Werten von -1 bis +1 angegeben, wobei +1 ein positiver Zusammenhang ist, bei dem beide Merkmale zusammen auftreten. Das ist so zu verstehen, dass bei Vorliegen eines Merkmals a immer auch das Merkmal b vorliegt. Bei dem Wert 0 besteht kein linearer Zusammenhang zwischen zwei Variablen: Wenn a vorliegt, ist b nicht gegeben. Dieser Zusammenhang muss statistisch bedeutsam sein, um interpretiert zu werden. Die Korrelation gibt keine Auskunft darüber, ob eine Ursache zwischen a und b besteht und in welche Richtung ein kausaler Zusammenhang angenommen werden kann.

Regressionsanalyse: Mittels dieses statistischen Verfahrens kann der Einfluss verschiedener Variablen auf eine andere Variable vorausgesagt werden, also etwa von verschiedenen soziodemografischen Merkmalen und der sozialen Lage auf die antisemitische Einstellung. So wird bestimmt, wie stark der Einfluss eines Merkmals auf ein anderes Merkmal ist. Dabei kommt es anders als bei der Korrelation, in der nur der Zusammenhang zwischen zwei Merkmalen berechnet wird, auch zu einer Gewichtung der Einflüsse untereinander. So kann sich die Größe des Einflusses einer Variable auch verändern, wenn ihr Einfluss in Relation mit anderen Variablen, also in einem anderen Modell, bestimmt wird.

Signifikanz/statistisch bedeutsam: Wenn ein Ergebnis statistisch bedeutsam ist, dann ist der gefundene Unterschied statistisch nicht zufällig. Ein solcher signifikanter Unterschied liegt vor, wenn neben dem Mittelwert der Abstand des einzelnen Wertes jedes Mitglieds dieser Gruppe vom Mittelwert gleichermaßen hoch ist (Streuung). Auch wenn die Unterschiede zwischen zwei Gruppen, etwa zwischen den Mittelwerten oder im Vergleich der prozentualen Ausprägung eines Merkmals, dem ersten Eindruck nach groß sind, können sie dennoch nicht statistisch bedeutsam sein.

Wenn ein Unterschied bedeutsam ist, wird für diese Bedeutsamkeit eine Irrtumswahrscheinlichkeit angegeben. Diese Irrtumswahrscheinlichkeit wird auch Signifikanzniveau genannt. Die Angabe, wie groß die Irrtumswahrscheinlichkeit ist, wird mit $p < .05$, $p < 01$ oder $p < .001$ angegeben. Die geringste Irrtumswahrscheinlichkeit ist $p < .001$. Der Wert ist so zu lesen: Die Wahrscheinlichkeit, dass der Unterschied fälschlicherweise als bedeutsam betrachtet wird, liegt bei 5% ($p < .05$), 1% ($p < 01$) oder geringer als 0,1% ($p < .001$).

Die statistische Bedeutsamkeit kann beispielsweise mit einem T-Test (siehe unten), einem Chi-Quadrat-Test (siehe oben) oder einem Mann-Whitney-U-Test untersucht werden. Die Wahl des Tests hängt davon ab, was miteinander verglichen werden soll: die Mittelwerte (T-Test), die Verteilung von Merkmalen wie der prozentuale Anteil (Chi-Quadrat-Test) oder die Ausprägung des Medians (Mann-Whitney-U-Test).

T-Test: Dieser statistische Test prüft, ob die unterschiedliche Ausprägung eines Merkmals statistisch bedeutsam ist. Hierfür wird der Mittelwert zwischen maximal zwei Gruppen verglichen. Die Daten müssen sich als Mittelwert ausdrücken lassen. Das ist etwa bei Geschlecht, Parteipräferenzen oder Bundesland nicht möglich, da aus dem Geschlecht kein Mittelwert gebildet werden kann. Möglich ist ein T-Test bei der Ausprägung des Rechtsextremismus im Vergleich zweier Gruppen, da die rechtsextreme Einstellung mit dem vorliegenden Instrument als Mittelwertvergleich bestimmt werden kann. Die beiden Gruppen können dann unterschieden werden mit einer nur dichotomen Variable (Geschlecht, Ost/West, etc). Wird aber der prozentuale Anteil an Rechtsextremen in den Bundesländern beschrieben, liegen zwei Gruppen vor (Rechtsextreme, Nicht-Rechtsextreme), die nicht als Mittelwert beschrieben werden können. Bei dem Vergleich von mehr als zwei Gruppen wird eine Varianzanalyse verwendet.

Varianzanalyse: Mit der Varianzanalyse können die Faktoren untersucht werden, die dafür verantwortlich sind, dass es eine Abweichung vom Mittelwert gibt. So kann beschrieben werden, warum sich Menschen unterscheiden. Es wird als Ergebnis angegeben, wie viel der Abweichung vom Mittelwert durch ein oder mehrere andere Merkmale verursacht wird. So kann eine Abweichung vom Mittelwert des Rechtsextremismusfragebogens untersucht werden, um herauszufinden, ob etwa das Deprivationserleben die höheren oder niedrigeren Werte erklärt. Es wird dann ein Prozentwert ermittelt, der angibt, wie viel von der Abweichung diesem Merkmal geschuldet ist. Diesen Wert nennt man Varianzaufklärung. Aufgeklärte Varianz R Square: Diese Zahl gibt an, wie viel Prozent der Varianz des untersuchten Merkmals, wie z.B. der rechtsextremen Einstellung, von dem angegebenen Merkmal erklärt werden.

Literatur

- Adorno, T. W. (1964). Zur Bekämpfung des Antisemitismus heute. In: Tiedemann, R. (Hrsg.). *Theodor W. Adorno - Gesammelte Schriften Bd.*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Adorno, T. W., Frenkel-Brunswik, E., Levinson, D. J. & Sandford, R. N. (Hrsg.) (1950). *The Authoritarian Personality*. New York: Harper.
- Anderson, B. (1998). *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*. Berlin: Ullstein.
- Attia, I. (2009). *Die »westliche Kultur« und ihr Anderes. Zur Dekonstruktion von Orientalismus und antimuslimischem Rassismus*. Bielefeld: Transcript.
- Benz, W. (2004). *Was ist Antisemitismus?* München: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Bergmann, W. (1997). *Antisemitismus in öffentlichen Konflikten. Kollektives Lernen in der politischen Kultur der Bundesrepublik 1949 - 1989*. Frankfurt/M.: Campus.
- Bergmann, W. & Erb, R. (1986). Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung. Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 223–246.
- Bergmann, W. & Erb, R. (1991). »Mir ist das Thema Juden irgendwie unangenehm«. Kommunikationslatenz und Wahrnehmung des Meinungsklimas im Fall des Antisemitismus. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 43, 502-519.
- Beyer, H. & Krumpal, I. (2010). »Aber es gibt keine Antisemiten mehr«: Eine experimentelle Studie zur Kommunikationslatenz antisemitischer Einstellungen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 62, 681–705.

- Bielefeldt, H. (2009). Das Islambild in Deutschland. Zum öffentlichen Umgang mit der Angst vor dem Islam. In: Schneiders, T. G. (Hrsg.). *Islamfeindlichkeit: Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen*, 167-200. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Bödeker (2012). *Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland*. Berlin: Otto-Brenner-Stiftung.
- Bröckling, U., Krasmann, S. & Lemke, T. (Hrsg.) (2000). *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Brodocz, A., Llanque, M. & Schaal, G. S. (Hrsg.) (2008). *Bedrohungen der Demokratie*. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Buck, E., Dölemeyer, A., Erxleben, P., Kausch, S., Mehrer, A., Rodatz, M., Schubert, F. & Wiedemann, G. (Hrsg.) (2011). *Ordnung. Macht. Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells*. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Bunzl, M. (2009). Zwischen Antisemitismus und Islamophobie: Überlegungen zum neuen Europa. In: Bunzl, J. & Hafez, F. (Hrsg.). *Islamophobie in Österreich*, 34-49. Innsbruck: Studien-Verlag.
- Busch, K. & Hirschel, D. (2012). Mehr Europa, aber anders. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 62, 39-42.
- Butterwegge, C. (2008). Marktradikalismus und Rechtsextremismus. In: Butterwegge, C., Lösch, B. & Ptak, R. (Hrsg.). *Neoliberalismus. Analysen und Alternativen*, 203-223. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Castel, R. (2000). *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*. Konstanz.
- Claussen, D. (1987). Über Psychoanalyse und Antisemitismus. *Psyche - Z psychoanal* 41, 1-21.
- Decker, O. & Brähler, E. (2008). *Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2008*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Decker, O. & Brähler, E. (2010). Antiamerikanismus, Globalisierung, Antikapitalismus, Islamfeindschaft und rechtsextreme Einstellung. In: Decker, O., Weißmann, M., Kiess, J. & Brähler, E. (Hrsg.). *Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland*, 122-134. Springe: zu Klampen! (2012).

- Decker, O., Brähler, E. & Geissler, N. (2006). *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellung und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Decker, O., Kiess, J., Weißmann, M. & Brähler, E. (2010). *Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung; Lizenzausgabe: Springe: zu Klampen! (2012).
- Decker, O., Niedermayer, O. & Brähler, E. (2003). Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung. *Zeitschrift für Psychotraumatologie und Psychologische Medizin* 1, 65-77.
- Druwe, U. (1996). Rechtsextremismus. Methodologische Bemerkungen zu einem politikwissenschaftlichen Begriff. In: Winkler, J. W., Jaschke, H.-G. & Falter, J. W. (Hrsg.). *Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung*, 66-80. Opladen.
- Erb, R. & Kohlstruck, M. (2006). *Eine Anmerkung zur aktuellen öffentlichen Diskussion um Antisemitismus*. Berlin.
- Erdheim, M. (1985). Die Repräsentanz des Fremden. In: Ders. (Hrsg.). *Psychoanalyse und Unbewußtheit in der Kultur*, 237-251. Frankfurt/M.: Suhrkamp (1988).
- Expertenkreis Antisemitismus. (2011). *Antisemitismus in Deutschland. Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze. Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus*. Berlin.
- Fach, W. (2000). Staatskörperkultur. Ein Traktat über den »schlanken Staat«. In: Bröckling, U., Krasmann, S. & Lemke, T. (Hrsg.). *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, 110-130. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Fach, W. (2004). Partizipation. In: Bröckling, U., Krasmann, S. & Lemke, T. (Hrsg.). *Glossar der Gegenwart*, 197-203. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Frindte, W. & Wammetsberger, D. (2008). Antisemitismus, Israelkritik, Nationalismus - Empirische Befunde. *Berliner Debatte Initial* 19, 29-42.
- Ganser, D. (2008). *Nato-Geheimarmeen in Europa. Inszenierter Terror und verdeckte Kriegsführung*. Zürich: Orell Füssli.
- Georgi, V. B. (2003). *Entliehene Erinnerung. Geschichtsbilder junger Migranten in Deutschland*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Glaser, S. & Pfeiffer, T. (2007). *Erlebnisswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert*. Schwalbach: Wochenschau Verlag.

- Globisch, C., Pufelska, A. & Weiß, V. (Hrsg.) (2011). *Die Dynamik der europäischen Rechten. Geschichte, Kontinuitäten und Wandel*. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Goffman, E. (1963). *Stigma. Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität*. Frankfurt/M.: Suhrkamp (1967).
- Greiffenhagen, M. (1981). *5 Millionen Deutsche: »Wir sollten wieder einen Führer haben ...« Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Grumke, T. (2009). »Sozialismus ist braun«: Rechtsextremismus, die soziale Frage und Globalisierungskritik. In: Braun, S., Geisler, A. & Gerscher, M. (Hrsg.). *Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten*, 148-162. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Hafez, F. (2009). Islamophobe Diskursstrategien in Grün und Blau. Eine diskursanalytische Analyse eines Interviews des Gründers Bundesrat Efgani Dönmez. In: Bunzl, J. & Hafez, F. (Hrsg.). *Islamophobie in Österreich*, 169-183. Innsbruck: Studien-Verlag.
- Halliday, F. (2002). West Encountering Islam: Islamophobia Reconsidered. In: Mohammadi, A. (Hrsg.). *Islam Encountering Globalization*, 14-35. London: Routledge.
- Haury, T. (2002). *Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Heitmeyer, W. (2002). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.). *Deutsche Zustände. Folge I*, 15-34. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Heitmeyer, W. & Mansel, J. (2008). Gesellschaftliche Entwicklungen und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit: Unübersichtliche Perspektiven. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.). *Deutsche Zustände Bd. 6*, 13-35. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Heyder, A., Iser, J. & Schmidt, P. (2005). Israelkritik oder Antisemitismus? Meinungsbildung zwischen Öffentlichkeit, Medien und Tabus. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.). *Deutsche Zustände Bd. 3*, 144-165. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

- Hobsbawm, E. J. (2005). *Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780*. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Hoffmann, A. (Hrsg.) (2010). *Flächenbrand. Extrem rechte Strukturen in der Grenzregion von Westerwald, Mittelhessen und Siegerland*. Berlin: argumente e.V.
- Holz, K. (2001). *Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Holz, K. (2005). *Die Gegenwart des Antisemitismus. Islamistische, demokratische und antizionistische Judenfeindschaft*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Hopf, C. (1993). Rechtsextremismus und Beziehungserfahrung. *Zeitschrift für Soziologie* 22, 449-463.
- Horkheimer, M. & Adorno, T. W. (1944). Dialektik der Aufklärung. In: Tiedemann, R. (Hrsg.). *Theodor W. Adorno - Gesammelte Schriften Bd. 3*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Hüpping, S. & Reinecke, J. (2007). Die Bedeutung sozioökonomischer Entwicklungen für Orientierungslosigkeit und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.). *Deutsche Zustände. Folge 5*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Imhoff, R. (2010). Zwei Formen des modernen Antisemitismus? Eine Skala zur Messung primären und sekundären Antisemitismus. *Conflict and Communication Online* 9.
- Imhoff, R. & Recker, J. (in press). Differentiating Islamophobia: Introducing a new Scale to Measure Islamoprejudice and Secular Islam Critique. *Political Psychology*.
- Kiess, J. (2011). Rechtsextrem – extremistisch – demokratisch – wie denn nun? Der prekäre Begriff »Rechtsextremismus« in der Einstellungsforschung. In: Buck, E., Dölemeyer, A., Erxleben, P., Kausch, S., Mehner, A., Rodatz, M., Schubert, F. & Wiedemann, G. (Hrsg.). *Ordnung. Macht. Extremismus*, 240-260. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Klärner, A. (2006). *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Klatt, J. & Walter, F. (2011). *Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement*. Bielefeld: Transcript.

- Kopke, C. & Rensmann, L. (2000). Die Extremismus-Formel. Zur politischen Karriere einer wissenschaftlichen Ideologie. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 45, 1451-1462.
- Kowalsky, W. & Schröder, W. (1994). *Rechtsextremismus Einführung und Forschungsbilanz*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kühner, A. (2010). »Wir, die Judenmörder, und ihr ...« Was Lehrer in sich und ihren »türkischen« Schülern sehen. *Gruppenpsychotherapie und Gruppendynamik* 46, 128-151.
- Leibold, J. & Kühnel, S. (2008). Islamphobie oder Kritik am Islam? In: Heitmeyer, W. (Hrsg.). *Deutsche Zustände. Folge 6*, 95-115. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Link, J. (1991). Links/Rechts, Mitte/Extreme - Metamorphosen einer politischen Landschaft. *kulturRRvolution* 26, 19-24.
- Lipset, S. M. (1959). Der »Faschismus«, die Linke, die Rechte und die Mitte. In: Nolte, E. (Hrsg.). *Theorien über den Faschismus*, 449-491. Köln: Kiepenheuer & Witsch (1967).
- Lodenus, A.-L. & Wingborg, M. (2011). *Radikale rechtspopulistische Parteien in den Nordischen Ländern. Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Erklärungsansätze*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Luhmann, N. (1994). Inklusion/Exklusion. In: Berding, H. (Hrsg.). *Nationales Bewußtsein und kollektive Identität: Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewußtseins*, 15-45. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Marcuse, H. (1963). Das Veralten der Psychoanalyse. In: Ders. (Hrsg.). *Schriften Bd. 8*, Springe: zu Klampen! (2004).
- Marin, B. (1979). Ein historisch neuartiger 'Antisemitismus ohne Antisemiten'? Beobachtungen und Thesen am Beispiel Österreichs nach 1945. *Geschichte und Gesellschaft* 5, 545-569.
- Muller, E. N. & Opp, K.-D. (1986). Rational Choice and Rebellious Collective Action. *The American Political Science Review* 80, 471-488.
- Neugebauer, G. (2000). Extremismus-Linksextremismus-Rechtsextremismus: Einige Anmerkungen zu Begriffen, Forschungskonzepten, Forschungsfragen und Forschungsergebnissen. In: Schubarth, W. & Stöss, R. (Hrsg.). *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz*, 13-37. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

- Peters, J. & Schulze, C. (Hrsg.) (2009). »Autonome Nationalisten«. *Die Modernisierung neofaschistischer Jugendkultur*. Münster: Unrast Verlag.
- Pettigrew, T. F. & Meertens, R. W. (1995). Subtle and Blatant Prejudice in Western Europe. *European Journal of Social Psychology* 25, 57-75.
- Rabinovici, D., Speck, U. & Sznajder, N. (Hrsg.) (2004). *Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Said, E. (1978). *Orientalism*. London: Penguin Books (2003).
- Schenk, L., Bau, A.-M., Borde, T., Butler, J., Lampert, T., Neuhauser, H., Razum, O. & Weilandt, C. (2006). Mindestindikatoren zur Erfassung des Migrationsstatus Empfehlungen für die epidemiologische Praxis. *Bundesgesundheitsbl - Gesundheitsforsch - Gesundheitsschutz* 49, 853-860.
- Schickert, P. (2010). Der Fächer des Bösen – Anmerkungen aus Sicht der Zivilgesellschaft. In: Hanneforth, G., Nattke, M. & Schönfelder, S. (Hrsg.). *Gibt es Extremismus? Extremismusansatz und Extremismusbegriff in der Auseinandersetzung zwischen Neonazismus und (anti-)demokratischen Einstellungen*, 19-21. Dresden: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Schiffauer, W. (2007). Der unheimliche Muslim – Staatsbürgerschaft und zivilgesellschaftliche Ängste. In: Wohlrab-Sahr, M. & Tezkant, L. (Hrsg.). *Konfliktfeld Islam in Europa*, 111-133. Baden-Baden: Nomos.
- Schiffer, S. & Wagner, C. (2009). *Antisemitismus und Islamophobie – ein Vergleich*. Wassertrüdingen: HWK-Verlag.
- Schmidt, P., Stephan, K. & Herrmann, A. (1995). Entwicklung einer Kurzskaala zur Messung von Autoritarismus. In: Lederer, G. S., P. (Hrsg.). *Autoritarismus und Gesellschaft. Trendanalysen und vergleichende Jugenduntersuchungen 1945-1993*, 221-227. Opladen: Leske + Buderich.
- Schmidt, S., Strauß, B., Höger, D. & Brähler, E. (2004). Die Adult Attachment Scale (AAS). Teststatistische Prüfung und Normierung der deutschen Version. *Psychotherapie, Psychosomatik, Medizinische Psychologie* 54, 376-383.
- Schubert, T. W. & Otten, S. (2002). Overlap of Self, Ingroup, and Outgroup: Pictorial Measures of Self-Categorization. *Self and Identity* 1, 353-376.

- Schwarz-Friesel, M., Friesel, E. & Reinharz, J. (2010). Aktueller Antisemitismus als ein Phänomen der Mitte – Zur Brisanz des Themas und der Marginalisierung des Problems. In: Dies. (Hrsg.). *Aktueller Antisemitismus als ein Phänomen der Mitte*, Berlin: de Gruyter.
- Späti, C. (2005). *Die schweizerische Linke und Israel. Israelbegeisterung, Antizionismus und Antisemitismus zwischen 1967 und 1991*. Essen: Klartext.
- Spittal, M. J., Siegert, R. J., McClure, J. L. & Walkey, F. H. (2002). The Spheres of Control Scale: the Identification of a Clear, Replicable Three-factor Structure. *Personality and Individual Differences* 32, 121-131.
- Steinbrecher, M., Huber, S. & Rattinger, H. (2007). *Turnout in Germany. Citizen Participation in State, Federal, and European Elections since 1979*. Baden-Baden: Nomos.
- Stöss, R. (1989). *Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Entwicklung, Ursachen, Gegenmassnahmen*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Stöss, R. (2010). *Rechtsextremismus im Wandel*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Stöss, R., Zeuner, B., Gerster, J., Fichter, M. & Kreis, J. (2007). *Gewerkschaften und Rechtsextremismus*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Ullrich, P. (2011). Antisemitismus, Shoa und deutsche Verantwortung. Die (Nach-)Wirkungen des Nationalsozialismus im Nahostdiskurs. *Königsweg der Befreiung oder Sackgasse der Geschichte? BDS - Boykott, Desinvestition und Sanktionen. Anna-Äherungen an eine aktuelle Nahostdebatte*, 23-38, 41-42-23-38, 41-42. Berlin: Aphorisma-Verlagsbuchhandlung.
- Ullrich, P. (2012). *Linke, Nahostkonflikt, Antisemitismus. Wegweiser durch eine Debatte. Eine kommentierte Bibliografie*. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Uslucan, H.-H. (2009). Muslime zwischen Diskriminierung und Opferhaltung. In: Schneiders, T. G. (Hrsg.). *Islamverherrlichung: Wenn die Kritik zum Tabu wird*, 367-377. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Vobruba, G. (Hrsg.) (1983). »Wir sitzen alle in einem Boot«. *Gemeinschaftsrhetorik in der Krise*. Frankfurt/M.: Campus.

- Vobruba, G. (1990). Lohnarbeitszentrierte Sozialpolitik in der Krise der Lohnarbeit. In: Ders. (Hrsg.). *Strukturwandel der Sozialpolitik*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Waldenfels, B. (1990). *Der Stachel des Fremden*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Weber, E. (1976). *Peasants into Frenchmen: The Modernization of Rural France, 1870-1914*. Stanford: Stanford University Press.
- Wolfsfeld, G., Opp, K.-D., Dietz, H. A. & Green, J. D. (1994). Dimensions of Political Action: A Cross-Cultural Analysis. *Social Science Quarterly* 75, 98-114.
- Zick, A., Küpper, B. & Hövermann, A. (2011). *Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Zick, A., Küpper, B. & Wolf, H. (2009). Europäische Zustände. Ergebnisse einer Studie über gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Europa. *Material für Pressekonferenz am 13.11.2009, Berlin*.
- Zuckermann, M. (2010). »Antisemit!«. *Ein Vorwurf als Herrschaftsinstrument*. Wien: Promedia-Verlagsgesellschaft.

Die Autoren

Prof. Dr. rer. biol. hum. habil. Elmar Brähler studierte Mathematik und Physik in Gießen, promovierte 1976 zum Dr. rer. biol. hum. in Ulm und habilitierte 1980 in Medizinischer Psychologie in Gießen. Von 1969 bis 1994 war er an der Psychosomatischen Klinik in Gießen bei Prof. Dr. Horst-Eberhard Richter tätig. Seit 1994 ist er an der Universität Leipzig Leiter der Selbständigen Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie. Er ist seit 2010 Mitglied des Hochschulrates der Universität Leipzig und seit 2011 Mitglied des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten. Seine Tätigkeitsschwerpunkte sind Migrantenforschung, Psychoonkologie, geschlechtsspezifische Aspekte von Gesundheit und Krankheit, Altersforschung und Psychodiagnostik.

PD Dr. phil. habil. Oliver Decker studierte Psychologie, Soziologie und Philosophie an der Freien Universität Berlin und ist seit dem Abschluss als Diplom-Psychologe 1997 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Medizinischen Fakultät der Universität Leipzig. Er promovierte 2003 und habilitierte 2010 mit der Monographie »Der Warenkörper – Zur Sozialpsychologie der Medizin« (erscheint 2013 bei Routledge/New York unter dem Titel »Commodified Bodies. Social Psychology of Market and Medicine«). Seit 2010 ist er Vertretungsprofessor für Sozial- und Organisationspsychologie an der Universität Siegen, seit 2012 Honorary Fellow am Birkbeck College der University of London. Er ist Gründungsherausgeber der Zeitschrift »Psychoanalyse – Texte zur Sozialforschung« und Mit-Herausgeber der Zeitschrift »Psychotherapie & Sozialwissenschaft«.

Johannes Kiess M.A. studierte Politikwissenschaft, Philosophie und Soziologie in Leipzig sowie im Masterprogramm Middle East Studies an der

Ben-Gurion Universität in Beer Sheva, Israel. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Leipzig und promoviert am Institut für Soziologie zum Thema »Die Europäische Union als Konfliktrahmen. Auswirkungen der Europäischen Integration auf die Aushandlungsbedingungen von Verteilungskonflikten«. Er ist Mitherausgeber der Zeitschrift »Powision« und wirkte bereits an den beiden vorangegangenen »Mitte-Studien« mit. Zu seinen Interessenschwerpunkten zählen neben der Rechts-extremismusforschung die Europasozioogie und die Politische Theorie.

Benjamin Schilling studierte Politikwissenschaft, Medien- und Kommunikationswissenschaft sowie Volkswirtschaftslehre an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. 2012 beendete er sein Studium mit dem Magister Artium.

Dr. phil. Dr. rer. med. Peter Ullrich ist Soziologe und Kulturwissenschaftler. Er arbeitet am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen vor allem in der Politischen Soziologie (Antisemitismus, Antizionismus, Rassismus). Seine Spezialgebiete sind darüber hinaus die politische Linke sowie die kultur- und diskurstheoretische Analyse von sozialen Bewegungen und sozialen Erscheinungen wie Protest oder Überwachung.

DEMOKRATIE! NEIN DANKE?

Die Demokratie steckt in der Krise. Zunehmende soziale Ungleichheit erzeugt Politikverdruss und Demokratiedistanz. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung präsentierte 2009 einen alarmierenden Befund und zeigte, wo die künftigen Aufgabengebiete von Politik und Gesellschaft liegen.

In zahllosen Verlautbarungen wird vor einer Spaltung der Gesellschaft in Arme und Reiche gewarnt. Dieses Buch, das die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zusammenfasst, zeigt: Es ist schon fast zu spät. Nicht nur Menschen, die in prekären sozialen Verhältnissen leben und unter Armut leiden, sondern auch immer mehr Angehörige der gesellschaftlichen Mittelschicht verlieren das Vertrauen in politische Entscheidungen, das Interesse an der Politik insgesamt und den Glauben an die Demokratie als Form der Meinungs- und Entscheidungsbildung. Politikskopsis und Demokratieverdruss müssen in den Fokus der Politik gelangen, wenn gesellschaftliche Integration auch künftig gelingen soll.



Serge Embacher
Demokratie! Nein danke?
Demokratieverdruss in Deutschland

135 Seiten, Broschur
12,80 Euro

ISBN 978-3-8012-0390-0

www.dietz-verlag.de

Verlag J.H.W. Dietz Nachf. – Dreizehnmorgenweg 24 – 53175 Bonn
Tel. 0228/184877-0 – Fax 0228/234104 – info@dietz-verlag.de

DIETZ

